



# Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Buitkamp, Bastian:

Freiheit, Wahrheit und Autorität

Eine integrative Annäherung an demokratisches Handeln im Ausnahmezustand durch Autoritarismusforschung und einer Neukonzeption deliberativer Autorität

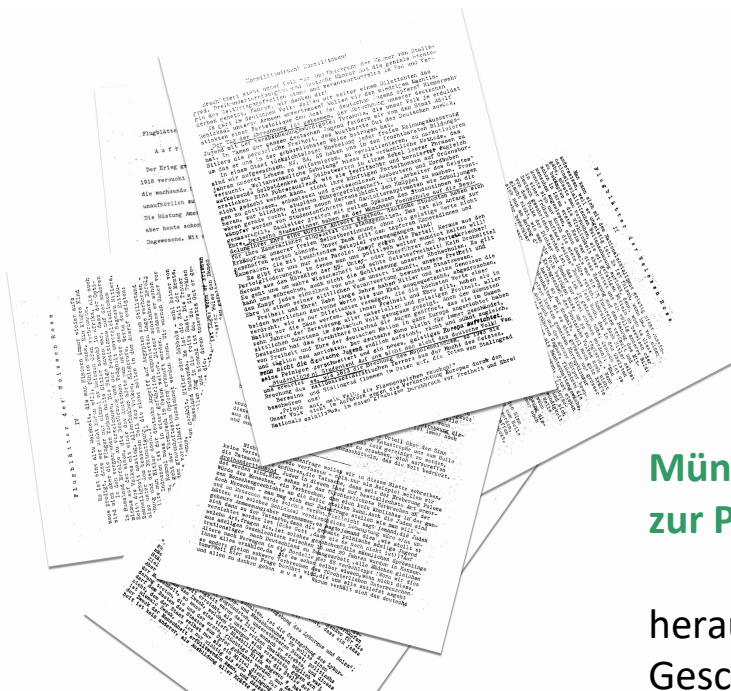
**Masterarbeit, Wintersemester 2025**

Gutachter\*in: Schwaabe, Christian

Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft  
Politikwissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.124629>



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

**2025**

Bastian Buitkamp

**Freiheit, Wahrheit und Autorität**

**Eine integrative Annäherung an  
demokratisches Handeln im  
Ausnahmestand durch  
Autoritarismusforschung und einer  
Neukonzeption deliberativer Autorität**

---

Masterarbeit bei  
Prof. Dr. Christian Schwaabe  
2025

# Inhalt

Abkürzungsverzeichnis .....	1
1. Einleitung: Die herausgeforderte Demokratie im Zeitalter der Polykrise .....	1
2. Zur Negativbestimmung demokratischen Handelns: Was zeichnet undemokratisches Handeln aus? 3	
2.1 Die vielen Gesichter des Autoritarismus.....	3
2.1.1 Die gesellschaftlichen Implikationen autoritären Verhaltens.....	4
2.1.2 Die autoritären Grundmechanismen: Mehr als die Grundlagen einer rechtsideologischen Einstellung .....	8
2.1.3 Die Rolle der Rhetorik.....	16
2.1.4 Lehren für das demokratische Handeln im Ausnahmezustand .....	22
2.1.5 Erklärungsansätze für den modernen Autoritarismus: Der libertäre Autoritarismus .....	23
2.2 Der Autoritarismus auf Systemebene .....	35
2.2.1 Demokratischer Nutzen autoritärer Mechanismen.....	38
3. Reziproke Autritätskonzeption als demokratische Legitimierungsgrundlage autoritären Regierungshandelns im Ausnahmezustand .....	44
3.1 Hannah Arendts Autoritätskonzeption als Ausgangspunkt .....	44
3.2 Autorität in der Deliberativen Demokratie .....	50
3.3 Annäherung an eine Autoritätskonzeption für deliberative Demokratien.....	53
3.4 Autorität und Legitimität in Autokratien .....	60
3.5 Der kontemporäre Gegner der deliberativen Autorität: Die Postfaktizität .....	61
4. Ausnahmezustand in Demokratien .....	65
5. Die Synthese von Autoritarismusforschung und deliberativ-demokratischer Autorität .....	67
5.1 Die Autoritarismusfallen für demokratische Regierungen während Krisenzeiten: Interaktionseffekte der Regierung mit der Bevölkerung .....	68
5.2 Der demokratische Handlungswillen in Krisenzeiten .....	70
5.3 Die Integration der Autoritarismusforschung mit der deliberativ-demokratischen Autoritätskonzeption .....	70
5.4 Anwendbarkeit der deliberativ-demokratischen Autoritätskonzeption .....	74
6. Exemplarische Anwendung der integrativen deliberativ-demokratischen Autoritätskonzeption: Die Corona-Pandemie in Deutschland .....	76
6.1 Die Pandemiebekämpfung in Deutschland aus Perspektive der Autoritarismusforschung 76	
6.2 Die deliberativ-demokratische Autoritätsevokation .....	83
7. Diskussion und Fazit .....	86
8. Literaturverzeichnis .....	88
9. Quellenverzeichnis.....	97
10. Abbildungsverzeichnis .....	99
11. Eigenständigkeitserklärung.....	100

# Abkürzungsverzeichnis

RWA: Right-Wing Authoritarianism

RKI: Robert Koch-Institut

SDO: Social Dominance Orientation

SDT: Social Dominance Theory

STIKO: Ständige Impfkommission

# 1. Einleitung: Die herausgeforderte Demokratie im Zeitalter der Polykrise

Kann regierungspolitisches Handeln im Ausnahmezustand demokratisch sein?

Je tiefer man in die wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debatte vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie einsteigt, desto kontroverser scheinen die Antworten, welche man auf diese Frage erhält. Eine Krise zeichnet sich vorrangig dadurch aus, dass vormals adäquate Problemlösungsstrukturen in einen Zustand der Überforderung versetzt werden. Systeme versagen, zeigen Unzulänglichkeiten auf, und machen im extremsten Fall eine vollständige Substitution dieser erforderlich. Aus diesem Grund steht die als Antwort auf eine Krise formulierte Politik im ständigen Spannungsverhältnis zwischen einer effektiven und effizienten Umsetzung von Maßnahmen zur Bewältigung dieser, und den deliberativen Abwägungsprozessen eines demokratischen Systems.

In der wissenschaftlichen Literatur findet sich trotz der zahlreichen Krisen der letzten Jahrzehnte denen sich Demokratien ausgesetzt sehen erstaunlich wenig darüber, wie sich demokratisches Handeln im Ausnahmezustand identifizieren und augenscheinlich autoritär getroffene Maßnahmen legitimeren lassen. Da auch in demokratischen Systemen in Krisenzeiten eine Zentralisierung der Macht in der Exekutive stattfindet und reguläre Entscheidungs- und Kontrollprozesse in vielen Fällen weitgehend außer Kraft gesetzt werden, benötigt es einer differenzierteren Bewertungsgrundlage, um demokratisches von genuin autoritärem Handeln unterscheiden zu können.

Sieht man sich den vom „Varieties of Democracy“ Projekt für die Corona-Pandemie erstellten PanDem Index an, fällt auf, dass Deutschland als eines der wenigen Länder weltweit während der Hochzeit des pandemischen Geschehens keine pandemischen Verletzungen demokratischer Standards aufwies.<sup>1</sup> Das dennoch ein so großer Aufarbeitungsbedarf besteht und die rückblickende Bewertung des regierungspolitischen Handelns, sowie der politischen, medialen und wissenschaftlichen Kommunikation deutlich kritischer ausfällt, als das während

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.v-dem.net/pandem.html>.

der Pandemie der Fall war, verdeutlicht, dass auch hier weiterer Klärungsbedarf besteht. Es zeigt sich weiterhin, dass die bislang verwendeten Kategorien, mit welchen das Regierungshandeln in Reaktion auf die pandemische Ausnahmesituation bislang analysiert wurden, nicht ausreichen, um ein holistisches Verständnis der Auswirkung von diesem auf die Demokratie zu erhalten.

Ziel dieser Arbeit ist es deshalb mithilfe eines integrativen Ansatzes eine Analysemöglichkeit zu schaffen mittels derer sowohl eine demokratische Legitimierung von Maßnahmen geschaffen werden kann, die sich dem demokratischen Prozess entziehen und zusätzlich durch Erkenntnisse aus der Autoritarismusforschung ein Verständnis für demokratieschädigendes Verhalten während Krisenzeiten entwickelt werden kann.

Hierfür wird das Konzept der deliberativ-demokratischen Autorität gebildet, durch welches sich auch scheinbar autoritäre Entscheidungen funktional und normativ legitimieren lassen. Durch eine Integration von diesem mit relevanten Erkenntnissen zu demokratieschädigendem Verhalten auf institutioneller, struktureller und gesellschaftlicher Ebene kann diese Arbeit ein nuanciertes Verständnis für demokratisches Handeln im Ausnahmezustand liefern.

Die Forschungsfragen dieser Arbeit lauten also wie folgt:

*Wie kann demokratisches Handeln im Ausnahmezustand identifiziert werden?*

*Welche Funktion hat Autorität während einer Krise?*

*Wie können in der deliberativen Demokratie scheinbar autoritäre Entscheidungen legitimiert werden?*

Um diese Fragen zu beantworten, wird im Folgenden zuerst die Literatur im Bereich der Autoritarismusforschung auf relevante Faktoren analysiert, anschließend wird das Konzept der deliberativ-demokratischen Autorität entwickelt und ein integriertes Rahmenwerk mit den Komponenten der Autoritarismusliteratur geschaffen.

Im letzten Kapitel wird dieses exemplarisch auf die Reaktion der Bundesregierung auf die Corona-Pandemie angewandt.

## 2. Zur Negativbestimmung demokratischen Handelns: Was zeichnet undemokratisches Handeln aus?

### 2.1 Die vielen Gesichter des Autoritarismus

Das Konzept des Autoritarismus erfährt in der wissenschaftlichen Literatur interdisziplinär große Aufmerksamkeit. Durch die jeweils oft eigenständigen und disjunkten Definitionen, Umfänge und analytischen Verwendungszwecke des Terminus, ist dieser zwangsläufig weitgefächert und kann kontextbezogen völlig verschiedene Bedeutungen haben.

Aufgrund der Fragestellung in dieser Arbeit sind hierfür insbesondere zwei Kategorien relevant. Zum einen die der politischen Psychologie, welche vor allem die Mechanismen, Charaktermerkmale und Einstellungen untersucht, durch welche Personen sich zu Autoritärem hingezogen fühlen. Zum anderen geht es um eine systemische Definition von Autoritarismus. Was macht autoritäres Handeln in der Politik aus? Wie können wir erkennen, wann etwas einem Demokratischen System schadet, oder schlicht: How do we know an Authoritarian if we see one?

Beide Stränge der Forschung sind für die Beantwortung der Forschungsfrage gleichermaßen relevant. Eine deliberative Demokratie lebt von den Ideen und Vorstellungen, die das Demos von seiner Gesellschaft und den demokratischen Institutionen hat. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass wir feststellen können, welche Handlungen insbesondere während exzeptioneller Situationen für ein Land dazu führen können, dass wir eine Autokratisierung innerhalb der Gesellschaft beobachten können. Im gleichen Maß kommt auch der institutionellen Seite der Demokratie eine wichtige Rolle zu, da diese historisch während Krisenzeiten unter besonderem Druck steht.

Im folgenden Kapitel wird nun zuerst auf den Autoritarismus im Individuum und der Gesellschaft eingegangen, anschließend wird analysiert welche strukturellen und institutionellen Autokratisierungswege es während einer Krise gibt.

### 2.1.1 Die gesellschaftlichen Implikationen autoritären Verhaltens

Wann ist politisches Handeln demokratisch? Ist es automatisch undemokratisch, gar democratieschädigend, wenn es nicht im Rahmen demokratischer Institutionen und Prozesse stattfindet? Um dieser Frage nachzugehen, erscheint es sinnvoll, den in der Politikwissenschaft vielmals genannten Gegenspieler – den Autoritarismus zu beleuchten. Nimmt man diesen als Ausgangspunkt für eine Distinktion zwischen demokratisch und undemokratisch fällt schnell auf, dass die Verwendung des Begriffes in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte eine starke Unschärfe aufweist. Dies erschwert es zwar zum einen, eine präzise Definition dafür zu fassen, ermöglicht andererseits aber ebenso Einblicke in die vielfältigen Denkmuster der verschiedenen Autorinnen und Autoren.

Der Beginn der modernen Autoritarismusforschung findet wenig überraschend im 20. Jahrhundert seinen Ausgangspunkt. Einerseits ist es gekennzeichnet durch die Ausbreitung und das Erstarken demokratischer Gesellschaften in Europa und den Vereinigten Staaten, andererseits brachte es einige der zerstörerischsten totalitären Regime der Menschheitsgeschichte hervor. Dadurch bot es den idealen Nährboden für die wissenschaftliche Beschäftigung mit dieser Thematik.

Eine der ersten und gleichzeitig auch bis heute einflussreichste Abhandlung aus dieser Zeit wurde von Theodor W. Adorno et al. verfasst. Mit der 1950 erschienen „The Authoritarian Personality“ Studie versuchten sie erstmals eine Bestimmung von Persönlichkeitsmerkmalen durchzuführen, mithilfe derer eine dezidierte Prädisposition für autoritäre Ideen festgestellt werden könnte. Dafür entwickelten sie die sogenannte F-Skala, ein Instrument, welches anhand verschiedener Komponenten Rückschlüsse auf die autoritäre Anfälligkeit eines Subjekts liefern soll. Bei diesen handelt es sich um:

1. **Konventionalismus** (Starres Festhalten an konventionellen Werten der Mittelschicht)
2. **Autoritäre Subordination** (Unterwürfige, unkritische Haltung gegenüber Autoritäten)
3. **Autoritäre Aggression** (Tendenz, Menschen zu verurteilen, abzulehnen und zu bestrafen, welche gegen konventionelle Werte verstoßen)
4. **Anti-Intrazeption** (Widerstand gegen das Subjektive, Fantasievolle und Zärtliche)



5. **Aberglaube und Stereotypie** (Glaube an ein mystisch vorherbestimmtes Schicksal)
6. **Macht und Härte** (Beschäftigung mit der einer dichotomen Dimensionierung, stark-schwach, Führer-Gefolgschaft und einer Identifikation mit Stärke und Härte)
7. **Destruktivität und Zynismus** (Allgemeine Feindseligkeit und negatives Menschenbild)
8. **Projektivität** (Neigung zu glauben, dass in der Welt wilde und gefährliche Dinge vor sich gehen; die Projektion unbewusster emotionaler Impulse nach außen)
9. **Sex** (Übertriebene Beschäftigung mit sexuellen „Trieben“)<sup>2</sup>

Mithilfe dieser Auswahl an Variablen sollten die zuvor latenten und tief in den individuellen Persönlichkeiten verankerten autoritären Tendenzen messbar gemacht werden. Es ist wohl dem zeithistorischen Kontext geschuldet, dass sich Adorno und seine Koautoren in ihrer Studie auf das Individuum konzentrieren. Als Zeitzeugen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik, dem Schrecken des von Nazi-Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieges und unter dem Einfluss des Holocausts, war die Frage nach dem kollektiven Abdriften der Bevölkerung in die willentliche Selbstentmündigung zu Gunsten einer totalitären Unterwerfung hochaktuell. Auch die der Entwicklung einer autoritären Persönlichkeit zugrunde liegenden Ursachen können als Spiegelbild der zeithistorischen Gesellschaft betrachtet werden. So gehen die sadomasochistischen Tendenzen der autoritären Persönlichkeit in dieser Theorie aus den autoritären Erziehungspraktiken und der gesellschaftlichen Hierarchiestrukturen aus dem Deutschland des frühen 20. Jahrhunderts hervor.<sup>3</sup>

Während insbesondere Teile der von Adorno et al. herausgearbeiteten Kategorien der F-Skala auch in die moderne Autoritarismusforschung Einzug gehalten haben, sind andere Bereiche der Studie in der wissenschaftlichen Rezeption stark kritisiert worden. Weigel verweist hierbei insbesondere auf die weitere Forschung im Autoritarismusbereich in der politischen Psychologie, welche die Vorhersagekraft für autoritäre Neigungen im Individuum auf Grundlage von Persönlichkeitstypologierungen bestreitet.<sup>4</sup> John Levi Martin attestiert der Studie in Hinsicht auf ihre Methodologie gar die „[...] probably the most deeply flawed work of prominence in political psychology“ zu sein, deren „[...] methodological, procedural, and

---

<sup>2</sup> Adorno, W. T., et al. (1949): *The Authoritarian Personality*, in Horkheimer, M., Flowerman, S. H. (Hrsg.), *Studies in Prejudice (Studies in Prejudice Series)*, New York, 228.

<sup>3</sup> Aho, J. (2020): *Revisiting Authoritarianism*, in *Critical Sociology*, 46(3), S. 329-341, hier S. 333 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Weigel, M. (2021): *The Authoritarian Personality 2.0*, in *Polity*, 54(1), S. 146-180, hier S. 147.

substantive errors“ bekannt seien.<sup>5</sup> Auch liegt das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit wie zuvor angedeutet nicht zuletzt in den persönlichen Erfahrungen im Kontext der von den Autoren/erlebten Zeitgeschichte begründet. Ebenso wie für Hannah Arendt in ihrer historischen Analyse „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ spielt deshalb auch bei Adorno et al. der Antisemitismus eine wichtige Rolle.<sup>6</sup> Ein Beweis für den dennoch historisch übergreifenden Charakter der Erkenntnisse aus der autoritären Persönlichkeit ist die hohe Anzahl zeitgenössischer Publikationen, welche sich zumindest im Kern noch auf diese Arbeit stützen.

So entwickelte Altemeyer die ursprüngliche Idee Adornos weiter, indem er die individuellen Charaktereigenschaften mit der Theorie des sozialen Lernens verknüpfte. Anstelle eines psychoanalytischen Rahmens, attribuierte Altemeyer autoritäre Tendenzen der Verstärkung dieser durch gesellschaftliche Einflüsse. Er reduzierte die Zahl der in der F-Skala genannten Merkmale auf die *autoritäre Unterwerfung* (Tendenz sich starken Autoritäten in einer Gruppe unterzuordnen), *autoritäre Aggression* (Wille andere bei Normverletzungen zu bestrafen) und *Konventionalismus* (Wunsch nach Aufrechterhaltung des Status Quo).<sup>7</sup> Auf Grundlage von diesen kreierte er die bis heute in der Literatur weitverbreitete „Right-Wing Authoritarianism (RWA)“ Skala, welche die Kovariation dieser drei Variablen zur Grundlage nimmt.<sup>8</sup> Duckitt et al. argumentieren jedoch, dass diese Sichtweise von RWA als einem singulären Persönlichkeitskonstrukt die Komplexität autoritärer Einstellungen nicht hinreichend erfassen kann. Sie schlagen ihrerseits deshalb eine dreidimensionale Rekonzeptualisierung vor, welche aus Autoritarismus (Ausspruch für strikte, bestrafende Maßnahmen und soziale Kontrolle), Konservatismus (Unterstützung einer klaren sozialen Ordnung, Respekt für Autoritäten und den Status Quo) und Traditionalismus (Festhalten an traditionellen Werten, Normen und Moralität, welches oft verbunden mit religiösen oder kulturellen Glaubensvorstellungen ist) besteht und sich damit an ideologischen Einstellungen ausrichtet.<sup>9</sup> Es wird angenommen, dass

---

<sup>5</sup> Martin, J. L. (2001): The Authoritarian Personality, 50 Years Later: What Lessons Are There for Political Psychology?, in *Political Psychology* 22(1), S. 1-26, hier S. 1.

<sup>6</sup> So arbeiten sie auf den vorangegangenen Kapiteln in „The Authoritarian Personality“ ebenso wie für die autoritären Merkmale eine Skala für Antisemitismus heraus. Vgl. Adorno, W. T., et al. (1949), S. 39-92; Arendt ihrerseits widmet gleich ihren Ersten der drei Essays in „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ dem Antisemitismus. Vgl. Arendt, H. (2017): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main.

<sup>7</sup> Vgl. Altemeyer, B. (1996): *The Authoritarian Specter*, Harvard University Press, S. 9-12.

<sup>8</sup> Ebd. S. 12-15.

<sup>9</sup> Vgl. Duckitt, J., et al. (2010): A Tripartite Approach to Right-Wing Authoritarianism: The Authoritarianism-Conservatism-Traditionalism Model, in *Political Psychology*, 31(5), S.685-715, hier S. 690 ff.

jede dieser Dimensionen aus unterschiedlichen, der kollektiven Sicherheit zugrundeliegenden Motivationen resultiert, insbesondere angesichts der wahrgenommenen sozialen Bedrohungen. Der von Duckitt et al. vorgestellte Ansatz stellt also eine Neuorientierung weg von einer Fokussierung auf Persönlichkeitsmerkmale und hin zu einer Analyse, die auf sozialen Einstellungen basiert.

Im Gegensatz zu Altemeyer und Duckitt bricht Stenner in der von ihr postulierten Autoritarismus Definition die verschiedenen Merkmale für diesen auf eine einfache Feststellung herunter: „*Authoritarianism (and not conservatism, lack of education, or religion) is the principal determinant of intolerance of difference across time and space and domain, that is, across any stretch of history, all cultures and every aspect (including racial, political and moral intolerance).*“<sup>10</sup> Autoritarismus aus dieser Perspektive dient also vorrangig dem Zweck der Aufrechterhaltung sozialer Uniformität. Dies geht einher mit Verhaltensweisen und Einstellungen, welche sich an diesem Phantasma ausrichten und dementsprechend jegliche Form der Devianz ablehnen und bekämpfen.

Stenner argumentiert das hierfür letztendlich immer ein gewisses Maß an Kontrolle über die Menschen notwendig ist. Diese werde entweder durch Gewalt von Mitbürgern, oder aber durch Gruppenautorität, welche sie in Form von staatlichem Zwang verwirklicht sieht, operationalisiert.<sup>11</sup> Diese Art der autoritären Zwänge stehen der Demokratie als Idee diametral gegenüber, handelt es sich bei dieser im Kern in den Worten Jan-Werner Müllers schließlich um „institutionalisierte Ungewissheit“.<sup>12</sup> Aus dieser Sicht spiegelt das Phänomen des Autoritarismus also eine tief verankerte Urangst vor Veränderung wider, welche auf individueller Ebene ihren Ausgangspunkt nimmt. Stenner überträgt diese auf das politische Handeln autoritärer Regime, welche ihrerseits eine gesellschaftliche Konformität aufrechterhalten wollen und so Verhaltensweisen des Individuums auf staatlicher Stufe reproduzieren.

---

<sup>10</sup> Stenner, K. (2009): Three Kinds of “Conservatism”, in *Psychological Inquiry*, 20(2-3), S. 142-159, hier S. 142.

<sup>11</sup> Ebd. S. 143.

<sup>12</sup> Müller, J. W. (2021): *Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie?*, Suhrkamp, Berlin, zit nach Schwäbe, C.: *Jan-Werner Müller: Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie?* Berlin: Suhrkamp (2021), in Friedrich-Ebert-Stiftung, fes.de, <https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/buch-essenz/jan-werner-mueller-2021-freiheit-gleichheit-ungewissheit-wie-schafft-man-demokratie>.

## 2.1.2 Die autoritären Grundmechanismen: Mehr als die Grundlagen einer rechtsideologischen Einstellung

Alle der in der bisherigen Literatur besprochenen Konzepte und Theorien des Autoritarismus und der Messung von diesem stechen vor allem durch eine hohe Kompatibilität mit rechtsgerichteten Ideologien hervor. Das ist keineswegs arbiträr, sondern spiegelt die wissenschaftliche Perspektive der Auseinandersetzung mit dem Autoritarismus als Phänomen wider. So galt ein linksgerichteter Autoritarismus lange Zeit als das „Loch Ness Monster“ der politischen Psychologie.<sup>13</sup>

Bereits 1980 untersuchte Stone die nach der Veröffentlichung der autoritären Persönlichkeitsstudie hervorgebrachten Argumente bezüglich einer Existenz von diesem. In seiner Analyse von Studien die auf Basis F-Skala sowie der von Rokeach eingeführten Dogmatismus Skala basierten, schließt Stone, dass die Hypothese eines linksgerichteten Autoritarismus nicht ausreichend belegt werden konnte. Stattdessen plädiert er diese zugunsten eines komplexeren Modells für ein Verständnis der Beziehung von Persönlichkeit und politischer Ideologie zu verwerfen.<sup>14</sup> Auch in den folgenden Jahren wurde der Autoritarismus insbesondere aus einer rechtsgerichteten Perspektive analysiert. Das prominenteste Beispiel hierfür ist die weiter oben eingeführte RWA-Skala von Altemeyer.

Unter anderem Conway et al. machen Altemeyers Forschung für die ausgeprägte Skepsis gegenüber einem linksgerichteten Autoritarismus verantwortlich. Die von ihm postulierte, fehlende Evidenz für einen solchen prägte die Argumentationen nachfolgender wissenschaftlicher Arbeiten im Bereich der Autoritarismus Forschung.<sup>15</sup>

So zitieren sie Jost, welcher sich in seiner Arbeit zur Ideologie auf Altemeyer stützt: *„Altemeyer [...] concluded, ‘I have yet to find a single “socialist/Communist type” who scores highly (in absolute terms) on the left [Left-Wing Authoritarianism] Scale. Shils may have been right about his era, but the “authoritarian on the left” has been scarce as hens’ teeth in my samples’ Evidence suggests that dogmatism has been no more useful than the construct of*

---

<sup>13</sup> Costello, T. H., et al. (2021): Clarifying the Structure and Nature of Left-Wing Authoritarianism, in Journal of Personality and Social Psychology, Advance online publication, S. 2.

<sup>14</sup> Vgl. Stone, W. F. (1980): The myth of left-wing authoritarianism, in Political Psychology, 2, S. 3-19.

<sup>15</sup> Vgl. Conway, L. G. III, et al. (2023): Is the myth of left-wing authoritarianism itself a myth?, in Frontiers in Psychology, 13:1041391, S.3.

*authoritarianism for identifying rigidity of the left ...*.<sup>16</sup> Auch Costello et al. sehen in Altemeyers Arbeit einen wichtigen Grundstein für die moderne Perspektive auf das Autoritarismus Phänomen und zitieren dafür seine Arbeit von 1996: „*I think that I have not found any authoritarians on the left because, if there ever were any, most of them have dried up and blown away . . . You do not have to be much of a weatherman to know which way the wind has been blowing for the past twenty-five years*“.<sup>17</sup>

Auch in einer Meta-Studie aus dem Jahr 2020 von Nilsson und Jost, in welcher sie die Verbindung zwischen rechtsgerichtetem Konservatismus und Autoritarismus in der Literatur überprüften, zeigte sich ein ähnliches Ergebnis. So bekräftigte ihre Auswertung die psychologische Affinität zwischen Autoritarismus und Konservatismus. Sie erkennen jedoch auch die Rolle des Kontexts an durch welchen sich autoritäre Tendenzen je nach historischem und politischem Umfeld unterschiedlich manifestieren können. Dennoch bleibt die Verknüpfung zum Konservatismus in den meisten Studien dominant.<sup>18</sup>

Insbesondere in der Corona-Pandemie hat sich jedoch gezeigt, dass auch liberale und linksgerichtete Bevölkerungsschichten autoritäre Tendenzen aufweisen können. Es stellt sich also die Frage, ob sich deren politische Einstellungen innerhalb der Pandemie veränderten, oder aber, ob es nicht doch auch eine Variante des Autoritarismus geben kann, welche mit liberalen und linken Überzeugungen kompatibel sein kann. Neben der Beantwortung dieser Fragen ist es zudem relevant festzustellen, ob es sich bei etwaigen Ausprägungen um Krisenphänomene handelte, die nur in diesem spezifischen Kontext zu Tage traten, oder ob diese über den Zeitraum der Pandemie hinaus bestand haben. Dies zu analysieren ist zum einen bedeutsam für die demokratietheoretischen Implikationen, welche sich hieraus ergeben, da es Hinweise darauf geben kann, ob und wie sich derartige Krisen und die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen darauf auf die Demokratie eines Landes auswirken können. Zum anderen kann es enthüllen, wie zuvor inaktive bzw. latente autoritäre Tendenzen stimuliert werden können.

Auch wenn die Kernmerkmale des Autoritarismus wie Konventionalismus sowie autoritäre Submission und Aggression insbesondere in den heutigen westlichen Demokratien vor allem

---

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Costello, T. H., et al. (2021), S. 2.

<sup>18</sup> Vgl. Nilsson, A., Jost, J. T. (2020): The authoritarian-conservatism nexus, in *Current Opinion in Behavioral Sciences*, 34, S. 148-154.

mit den Ideologien rechter Parteien überlappen, beruhen die grundlegenden Anziehungsmechanismen autoritärer Herrschaft auf ideologisch neutralen Prinzipien. Die ideologische Einbettung dieser Prozesse hängt von den politischen und sozialen Kontexten ab, in denen sie auftreten.

So stützen sich auch Conway et al. in ihrer Ausarbeitung eines linksgerichteten Autoritarismus auf die Merkmale des traditionellen Autoritarismus. In ihrem Modell nutzen sie die autoritäre Aggression und Submission. Auch sie argumentieren, dass im westlichen Kontext konservative Normen eher mit diesen Tendenzen übereinstimmen, da vorangegangene Studien jedoch bereits positive Korrelationen zwischen liberalen Individuen und Politikmaßnahmen und der RWA-Skala finden konnten, werfen sie die Frage auf, ob dies nicht der historischen Seltenheit von radikalen linken Weltanschauungen geschuldet sein könnte.<sup>19</sup> Das Argument lautet also, dass die sporadischen Verweise für einen linksgerichteten Autoritarismus ein Phänomen sind, welches insbesondere auf die geschichtliche Entwicklung westlicher Demokratien zurückzuführen ist. In anderen Kontexten hingegen könnten also potenziell auch andere Ausprägungen eine ähnlich hohe Regelmäßigkeit aufweisen. So weisen postkommunistische Länder regelmäßig positive Korrelationen zwischen linker Ideologie und Autoritarismus auf.<sup>20</sup> Dieser Erkenntnis stimmen auf eine linke Wirtschaftspolitik bezogen auch Nilsson und Jost in ihrer Meta-Analyse zu.<sup>21</sup>

Während eine rechtsgerichtete, konservative Form des Autoritarismus zumeist mit dem Erhalt des Status Quo und der Subordination unter bestehenden Autoritäten innerhalb einer Gesellschaft beschrieben wird, wird ein linksgerichteter Autoritarismus oft als ein Pendant hierzu konstruiert. So zeichnet sich dieser insbesondere durch die Unterstützung progressiver Ziele wie Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und eine Ablehnung von Hierarchie aus. Die verschiedenen Pole eint jedoch andererseits der Wunsch nach einer Gruppenkonformität auf Kosten von individueller Freiheit, eine Unterwerfung unter Autoritäten (wenngleich es sich bei diesen im Fall des linken Autoritarismus um progressive und revolutionäre Akteure handelt), und die Befürwortung von Bestrafungen bei Normverletzungen.<sup>22</sup> Conway et al. können in

---

<sup>19</sup> Vgl. Conway, L. G. III, et al. (2021): The curious case of left-wing authoritarianism: When authoritarian persons meet anti-authoritarian norms, in *Journal of Theoretical Social Psychology*, 5, S. 423-442, hier S. 425.

<sup>20</sup> Osborne, D., et al. (2023): The psychological causes and societal consequences of authoritarianism, in *Nature Reviews Psychology*, 2, S. 220-232, hier S. 227.

<sup>21</sup> Nilsson, A., Jost, J. T. (2020), S. 150 f.

<sup>22</sup> Vgl. Conway, L. G. III, et al. (2021); Osborne, D., et al. (2023); Costello, T. H., et al. (2021).

ihrer Analyse zeigen, dass eine wahrgenommene Bedrohung in westlichen Kontexten tendenziell zu konservativen autoritären Normen beiträgt, da in diesen Konstellationen häufig eine Verbindung zwischen Autoritarismus und konservativer Ideologie besteht. Auf individueller Ebene jedoch trifft dies sowohl auf rechts- wie auch linksautoritäre Individuen zu.<sup>23</sup> Ein externer Einfluss in Form einer vom Individuum perzipierten Bedrohung kann also autoritäre Einstellungen unabhängig von der eigenen ideologischen Verortung verstärken. Das Modell von Conway et al. unterstützt zudem die Annahme, dass auch politische Gruppen mit nichtautoritären Normen autoritäre Persönlichkeiten produzieren können, falls eine dafür geeignete Gefährdung salient wird.<sup>24</sup>

Trotz der grundsätzlichen Gegensätzlichkeit der beiden Enden eines Konservatismus-Liberalismus Kontinuums, können Personen auf beiden Seiten also dennoch eine im Kern sehr ähnliche und mittel- bis langfristig gesehen in jedem Fall demokratieschädigende Haltung entwickeln. Diese psychologischen Überlappungen untersuchten 2019 bereits Proch et al. in einer viel zitierten Studie, in welcher sie die verbreitete Kernannahme hinterfragten, laut derer sich Konservative wie in der traditionellen Autoritarismus Forschung beschrieben insbesondere darin von Liberalen unterscheiden würden, dass sie eine größere Resistenz gegenüber gesellschaftlichem Wandel aufweisen würden. In den vier in Deutschland durchgeführten Studien zeigte sich, dass diese dichotome Unterscheidung zu kurz greift. In ihrer Auswertung kommen sie zu dem Ergebnis, dass einerseits Konservative keine Tendenz hatten sozialer Veränderung ablehnend gegenüberzustehen und andererseits Liberale nicht mit größerer Wahrscheinlichkeit diese akzeptieren. Vielmehr weist der Prozess, welcher zu einer Akzeptanz oder einer Ablehnung gegenüber einer derartigen Veränderung führt eine hohe Analogie auf. Es handelt sich dabei nicht um eine allgemeine Haltung, sondern die problemspezifische Einstellung in Bezug auf den Status Quo.<sup>25</sup>

Aus den Erkenntnissen dieser Arbeit lässt sich zumindest in Teilen auch die grundsätzliche Differenzierung zwischen dem rechts- und dem linksgerichteten Autoritarismus hinterfragen. So findet sich auf beiden Seiten sowohl die Bereitschaft für sozialen Wandel, ebenso wie für Folgsamkeit gegenüber Autoritäten und der Aufrechterhaltung geltender Strukturen.

---

<sup>23</sup> Conway, L. G. III, et al. (2021), S. 428-429.

<sup>24</sup> Ebd. S. 437.

<sup>25</sup> Proch, J., et al. (2019): Liberalism and Conservatism, for a Change! Rethinking the Association Between Political orientation and Relation to Societal Change, in *Political Psychology*, 40(4), S. 877-903, hier S. 898.

Während eine ideologische Differenzierung hierbei dennoch sinnvoll erscheint, um die Phänomene im spezifischen besser einordnen zu können, spricht die Gleichartigkeit der psychologischen Prozesse aber zumindest dafür, dass für eine Analyse dessen, wie durch politisches Handeln autoritäre Denkmuster und Verhaltensweisen ausgelöst bzw. katalysiert werden können, die ideologische Ausrichtung allein nicht der bestimmende Faktor sein kann.

Ein hierfür interessanter Ansatz stammt von Duckitt. et al., welcher in der politischen Psychologie bis heute einen der gängigsten Zugänge zu der Frage nach den Auslösern von autoritärem Handeln darstellt.

Bereits 2001 entwickelte Duckitt die Grundlagen für das „Dual process motivational model“. Dieses zeichnet die unterschiedlichen Kombinationen von psychologischen Dispositionen und sozialen Einflüsse auf das Individuum nach, aus welchen nach diesem Modell spezifische Weltanschauungen resultieren.<sup>26</sup> Anhand dieser bestimmten Duckitt und Sibley die Grundlagen für zwei distinkte Verhaltensmuster, welche sich in diesen verankern lassen. Zum einen die „Social Dominance Orientation (SDO)“, zum anderen die schon von Altemeyer bekannte „Right Wing Authoritarianism“ Dimension.<sup>27</sup> Während unter der RWA-Dimension der Wunsch danach verstanden wird, Konformität über individuelle Selbstbestimmung zu stellen (manifestiert in der Unterwerfung unter Autoritäten und der Befürwortung punitiver Maßnahmen gegenüber denjenigen, die Normen verletzen), bezeichnet die SDO-Dimension die Präferenz für eine gruppenbasierte Hierarchie.<sup>28</sup>

Die „Social Dominance Theory (SDT)“ wurde originär von Sidanius und Pratto entwickelt, welche diese zusammen mit Mitchell an amerikanischen Studenten testeten.<sup>29</sup> Eine der Kernkomponenten von dieser, die SDO, definieren sie als ein Persönlichkeitsmerkmal, das die Neigung hin zu einer hierarchisch strukturierten Beziehung zwischen unterschiedlichen Gruppen darstellt, wobei die eigene Gruppe gegenüber die Außengruppe dominiert.<sup>30</sup> SDO produziere hierbei nicht nur eine Favorisierung von Mitgliedern der eigenen Gruppe und eine aktive Diskriminierung von Außengruppen, sondern verstärkt zudem eine Reihe von

---

<sup>26</sup> Vgl. Duckitt, J. (2001): A dual-process cognitive-motivational theory of ideology and prejudice, in *Advances in Experimental Social Psychology*, 33, S. 41-113.

<sup>27</sup> Duckitt, J., Sibley, C. G. (2009): A Dual-Process Motivational Model of Ideology, Politics, and Prejudice, in *Psychological Inquiry*, 20(2-3), S. 98-109, hier S. 99.

<sup>28</sup> Vgl. Osborne, D., et al. (2023), S. 221.

<sup>29</sup> Vgl. Sidanius, J., Pratto, F., Mitchell, M. (1994): In-group identification, social dominance orientation, and differential intergroup social allocation, in *Journal of Social Psychology*, 134, S. 151-167.

<sup>30</sup> Vgl. Ebd. S. 153.



Verhaltensweisen, die Sidanius et al. unter „differential intergroup social allocations“ zusammenfassen.<sup>31</sup> Dabei handelt es sich um die Tendenz, soziale Ressourcen oder Werte zwischen der eigenen und der Außengruppe ungleich zu allokatieren. Dies kann z.B. in der aktiven Diskriminierung und Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegenüber Individuen von Außengruppen Ausdruck finden.<sup>32</sup>

Während auch für die SDT biologische und psychologische Faktoren eine wichtige Rolle spielen, betonen Sidanius et al. jedoch die Interaktionen auf mehreren Ebenen, um soziale Hierarchien zu verstehen. So spielen neben den individuellen auch kulturelle und strukturelle Elemente eine Rolle.<sup>33</sup> SDO ist also Kontext abhängig, weshalb es möglich ist, dass die Effektstärke von diesem durch äußere Einflüsse erhöht werden kann.

Im Modell von Duckitt et al. findet allerdings die dichotome Aufteilung bereits in den frühen Lebensjahren ihren Ausgangspunkt, wo sie durch soziale/gruppen Umfelder und Charaktermerkmale zu einer spezifischen Perspektive auf die strukturelle Manifestation der Welt führt. Auf der Seite der RWA, wird diese als gefährlich wahrgenommen, während sie in der SDO als kompetitiv verstanden wird.<sup>34</sup> Dies resultiert in der Motivierung von verschiedenen Zielen. In der RWA wird aufgrund der empfundenen Gefahrenlage Sicherheit angestrebt, während auf der SDO-Dimension Dominanz erreicht werden soll.<sup>35</sup>

Das „Dual process motivational model“ zeigt, dass spezifische Wahrnehmungen der Umwelt, gepaart mit psychologischen und sozialen Prädispositionen zu einer Diathese des Individuums für (wenn auch in ihrer speziellen Ausprägung unterschiedliche) autoritäre Einstellungen führen können. Sowohl für SDO wie auch RWA werden von Osborne et al. anti-demokratische Folgen wie z.B. die Unterstützung für die Verfolgung von Immigranten und die Unterstützung für die Restriktion von Bürgerrechten während eines Krieges prognostiziert.<sup>36</sup>

Sowohl das von Duckitt et al. entwickelte Modell wie auch die SDO verweisen bereits darauf, dass eine Aktivierung von autoritären Tendenzen durch äußere Umwelteinflüsse auf Ebene des Individuums möglich ist. Bereits 1989 beschrieb Duckitt Autoritarismus als die normativ

---

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Vgl. Ebd.

<sup>33</sup> Vgl. Sidanius, J., et al. (2004): Social Dominance Theory: Its Agenda and Method, in *Political Psychology*, 25(6), Symposium: Social Dominance and Intergroup Relations, S. 845-880.

<sup>34</sup> Vgl. Osborne, D., et al. (2023). S. 222.

<sup>35</sup> Vgl. Ebd.

<sup>36</sup> Vgl. Ebd. S. 221.

geprägte Vorstellung von einer angemessenen Beziehung zwischen Gruppe und individuellem Mitglied, die in erster Linie durch die Intensität der Gruppenidentifikation und das daraus resultierende Streben nach Kohäsion bestimmt wird.<sup>37</sup> Dementsprechend korreliert nach dieser Argumentation auch die individuelle autoritäre Tendenz mit der Intensität der eigenen Gruppenidentifikation.<sup>38</sup> Die Aktivierung dieser Tendenzen kommt in diesem Zusammenhang insbesondere durch Bedrohungen für die Gruppe selbst zustande.

Auch Feldman und Stenner kommen in einer Analyse auf der Individualebene zu einem ähnlichen Ergebnis. Auf der einen Seite widersprechen sie mit ihrer Analyse vorangegangenen Theorien z.B. von Fromm und Adorno, welche einen direkten Effekt von gesellschaftlichen oder ökonomischen Unsicherheiten auf den Anstieg von Autoritarismus postulieren.<sup>39</sup> Andererseits finden sie hochsignifikante Interaktionseffekte. So zeigen sie in ihrer Analyse, dass gesellschaftliche Bedrohungen die Beziehung zwischen autoritären Neigungen und autoritären Verhaltensweisen oder Einstellungen wie z.B. die Ablehnung von Minderheiten verstärken.<sup>40</sup> Gesellschaftliche Bedrohungen verstärken also nicht direkt autoritäre Neigungen. Vielmehr gehen Feldman und Stenner im Ergebnis wie auch Duckitt et al. davon aus, dass es bei diesen um stabile Eigenschaften handelt. Unter bestimmten, als bedrohlich wahrgenommenen Bedingungen können diese jedoch aktiviert werden.<sup>41</sup> Dies bedeutet jedoch auch, dass, während diese latenten Tendenzen zwar auch unabhängig von Gefahrensituationen weiter existieren, es durchaus möglich ist, eine Manifestation dieser zu begrenzen oder komplett zu verhindern.

Insbesondere zu Krisenzeiten kommt dem Autoritarismus zudem eine Art psychologische Sicherungsfunktion zu, so schreiben Schnelle et al.: *„The function of the authoritarian mechanism is thus to compensate feelings of fear and insecurity. It provides an escape into a clear set of norms and regulations“*<sup>42</sup>

---

<sup>37</sup> Duckitt, J. (1989): Authoritarianism and Group Identification: A New View of an Old Construct, in *Political Psychology*, 10(1), S. 63-84, hier S. 63.

<sup>38</sup> Ebd. S. 73.

<sup>39</sup> Feldman, S., Stenner, K. (1997): Perceived Threat and Authoritarianism, in *Political Psychology*, 18(4), S. 741-770, hier S. 741 ff..

<sup>40</sup> Ebd. S. 761 f..

<sup>41</sup> Vgl. S. 764 ff..

<sup>42</sup> Schnelle C., et al. (2021): Authoritarianism Beyond Disposition: A Literature Review of Research on Contextual Antecedents“, in *Frontiers of Psychology* 12:676093, S. 2.

Sie kommen in ihrer Meta-Analyse zu dem Ergebnis, dass situative Bedrohungen wie die Covid-19 Pandemie zu einem temporären Anstieg autoritärer Einstellungen führen können. Dies betrifft vor allem Personen, die zuvor nur ein gering ausgeprägtes autoritäres Grundniveau hatten, da hochautoritäre Individuen bereits zuvor eine deutlich erhöhte Bedrohungsantizipation aufweisen.<sup>43</sup>

Die Grundlage für RWA und SDO bilden zwar stabile Persönlichkeitsmerkmale und Weltanschauungen, doch auch hier haben externe Schocks das Potenzial die autoritären Prädispositionen im soziopolitischen Kontext anzuheben. So könnte eine Krisensituation sowohl Haltungen der SDO, wie auch des RWA hervorbringen und verstärken. Natürlicherweise sind insbesondere Individuen, die der RWA-Kategorie zugeordnet werden können, anfällig für eine kriseninduzierte Verstärkung autoritärer Einstellungen sowie der Unterstützung von autoritären politischen Maßnahmen, die diese bekämpfen sollen.<sup>44</sup> Das ohnehin schon negative und von Gefahr geprägte Weltbild wirkt in dieser Hinsicht wie in Katalysator, dass durch die tatsächliche oder als solche wahrgenommene Bedrohung bestätigt wird.

Auf der anderen Seite kann auch die SDO durch eine als kompetitiv empfundene Intergruppensdynamik während einer Kalamität ansteigen, da ohnehin knappe und begrenzte Ressourcen einem besonderen Druck ausgesetzt sind. Hierbei kann es sich sowohl um soziale wie auch materielle Mittel handeln. Sofern die Verteilung dieser innerhalb einer Gesellschaft nicht paritätisch ausfällt, produziert dies die Grundlage für die Art Konflikte, durch welche die Haltungen von Individuen der SDO-Dimension erst zur Geltung kommen.

Diese Erkenntnisse können aber ebenfalls auf Personen eines linksgerichteten Autoritarismus zutreffen. Sowohl die Verteilung von Ressourcen wie auch die Ansicht, dass bestimmte Gruppen ungleichwertig behandelt werden sollten, kann im Ausnahmezustand vormals latente autoritäre Ansichten provozieren. So könnten Gruppen innerhalb einer Bevölkerung, die während einer Krise als für das Allgemeinwohl abträglich empfunden werden von solchen Personen nicht nur abgelehnt werden, sondern diese würden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch punitive und autoritäre Maßnahmen gegen diese unterstützen. Die von Costello und

---

<sup>43</sup> Vgl. Ebd. S. 4.

<sup>44</sup> Siehe hierzu Russo, S., et al. (2020): Actual Threat, Perceived Threat, and Authoritarianism: An Experimental Study, in *The Spanish Journal of Psychology*, 23(3), S. 1-7; Duckitt, J. (2013): Introduction to the special section on authoritarianism in societal context: The role of threat, in *International Journal of Psychology*, 48(1), S. 1-5.

Patrick in einer Validierungsstudie postulierten Kernmerkmale eines linksgerichteten Autoritarismus: Anti-hierarchische Aggression, Anti-Konventionalismus und eine Zensur von oben<sup>45</sup> finden sich auch in der deutschen Gesellschaft während Corona-Krise wieder.

Bemerkenswert hierbei ist jedoch, dass das Merkmal der anti-hierarchischen Aggression eine deutliche Ausprägung bei den sogenannten „Querdenkern“, also einer deutschlandweiten Protestbewegung gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus finden. Nicht nur wird diese Bewegung in Teilen im ideologischen Spektrum rechts verortet, sondern es kooperieren auch ganz offen Teile aus dieser mit als rechtsextrem eingestuften Parteien.<sup>46</sup> Auf der anderen Seite befürworteten große Teile der deutschen Bevölkerung auch aus einem linksliberalen Bereich kommend restriktive und die liberalen Bürger- und Freiheitsrechte einschränkende Maßnahmen. Dies deckt sich zumindest im Kern mit den Befunden von Proch et al., dass es sich bei der Zustimmung nicht um eine allgemein autoritäre Haltung handeln muss, sondern dies auch eine problemspezifische Konvergenz von politischem Handeln und persönlicher Einstellung sein kann.

Alle der hier besprochenen Verständnisse von Autoritarismus weisen im Kern mindestens eines von zwei grundlegenden Merkmale auf. Zum einen Prädispositionen aufgrund welcher ein Individuum eine starke Identifikation mit spezifischen Gruppenautoritäten und Konformität aufweist. Zum anderen ist die Empfindung tiefverwurzelter Ur- und Existenzängste stark mit der Intensität der eigenen Anfälligkeit für und die Ausprägung von autoritären Tendenzen korreliert.

### 2.1.3 Die Rolle der Rhetorik

Das der Diskurs als Machtmittel im politischen Wettstreit fungiert, stellten schon zahlreiche Vertreter der Diskurstheorie fest. Von Michel Foucault über Jürgen Habermas und Chantal Mouffe zusammen mit Ernesto Laclau finden wir bereits ein breites Verständnis dafür vor, wie

---

<sup>45</sup> Vgl. Costello, T. H., Patrick, C. J. (2023): Development and Initial Validation of Two Brief Measures of Left-Wing Authoritarianism: A Machine Learning Approach, in *Journal of Personality Assessment*, 105(2), S. 187-202.

<sup>46</sup> Siehe hierzu z.B.: Kemmesies, U., et al. (2022): MOTRA-Monitor 2021, MOTRA, Wiesbaden; MDR Investigativ: Podcast-Transkript: Rechtsextreme und Querdenker – Wer steckt hinter der Partei „Freie Sachsen“?, in *mdr.de*, <https://www.mdr.de/nachrichten/podcast/mdr-investigativ/podcast-investigativ-partei-freie-sachsen-rechtsextreme-querdenken100.html>.

durch politische Diskurse gesellschaftliche Normen, Wissen und Machtverhältnisse definiert werden, welche Machtasymmetrien innerhalb von Diskursen herrschen und wie politische Konflikte zu einem antagonistischen Charakter dieser beitragen.<sup>47</sup>

In der Forschung zur „neuen Rechten“ und ihren autoritären Unterminierungsbestrebungen demokratischer Systeme und Gesellschaften hat jedoch insbesondere Gramsci eine wichtige Rolle eingenommen. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die neue Rechte selbst versucht seine Erkenntnisse für die eigenen Strategien zur Herbeiführung eines gesellschaftlichen Wandels zu nutzen.<sup>48</sup> Gramscis Konzeption der „kulturellen Hegemonie“ avancierte nach seinem Ableben in Gefangenschaft im letzten Jahrhundert zu einer der relevantesten diskurstheoretischen Ansätze. Die historische Wandelbarkeit gesellschaftlicher Konventionen und Normen bildet den Grundgedanken dieser Denkweise. So konstatiert Gramsci:

*„Der Mensch ist vor allem Geist, geschichtliche Schöpfung und nicht Natur. Sonst ließe sich nicht erklären, warum der Sozialismus noch nicht verwirklicht ist, obwohl es immer Ausgebeutete und Ausbeuter, immer Produzenten von Reichtum und egoistische Konsumenten dieses Reichtums gegeben hat. Das heißt, daß [sic] die Menschheit nur Schritt für Schritt, Schicht um Schicht das Bewußtsein [sic] des eigenen Werts erlangt hat (...) Und dieses Bewußtsein [sic] hat sich nicht aus den primitiven physischen Bedürfnissen entwickelt. Vielmehr haben zuerst einige wenige und dann eine ganze Klasse über die Ursachen bestimmter Verhältnisse und über die besten Mittel nachgedacht, wie sie sich gegen die Unterdrückung auflehnen und die Gesellschaft neu aufbauen können. Das bedeutet, daß [sic] jeder Revolution eine intensive kritische und kulturelle Arbeit vorausging, daß [sic] zunächst widerspenstige Menschen kulturell und ‚ideologisch‘ durchdrungen wurden.“<sup>49</sup>*

Während die bereits bestehenden Verhältnisse den Diskurs in hierarchischer Art und Weise strukturieren, ist eine fundamentale Transformation von diesem durch inkrementellen Wandel möglich. Es ist also gerade jene „Durchdringung“ des kulturellen und ideologischen Diskurses, durch welchen der Boden für eine anschließende strukturelle und institutionelle

---

<sup>47</sup> Vgl. Habermas, J. (1985): Der philosophische Diskurs der Moderne: Zwölf Vorlesungen, Surkamp Verlag, Frankfurt; Laclau, E., Mouffe, C. (1985): Hegemony & socialist strategy: towards a radical democratic politics, Verso, London; Foucault, M. (1990): The order of discourse, in Young, R. (Hrsg.): Untying the text: a post-structuralist reader, Routledge und Kegan Paul.

<sup>48</sup> Pfahl-Traughber, A. (1998): „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Leske + Budrich, Opladen, S. 31 ff..

<sup>49</sup> Gramsci, A. (29.01.1916): Socialismo e cultura, in Il Grido del Popolo, zitiert nach Leggewie, C. (1987): Kulturelle Hegemonie – Gramsci und die Folgen, in Leviathan, 15(2), S. 285-304, hier S. 286.

Revolution im Staat bereitet wird. Im Falle der Neuen Rechten handelt es sich dabei freilich um eine pervertierte Abwandlung dieses Gedankens, welche völkische und rassistische Motive im Mittelpunkt hat und die ideologischen Vorstellungen Gramscis außen vorlässt. Aber es ist eben jene Infiltration des Diskurses und die damit verbundene Injektion autoritären Gedankenguts, welche ebenfalls eine demokratische Regierung im Rahmen einer Krisensituation auslösen kann. Eine solche diskursive Wandelbarkeit unterstellen auch Mouffe und Laclau. Für sie sind wie auch für Carl Schmitt der Antagonismus die entscheidende Variable im Politischen. Welche Gegensätzlichkeiten sich jedoch im politischen Diskurs antagonistisch gegenüberstehen ist nicht statisch, sondern vielmehr Subjekt sich ständig wandelnder Aushandlungsprozesse. Die Gesellschaft bietet im Hinblick auf spezifische Kategorien wie der „Klasse“ permanent neue Konstellationen aus, in welchen sich Koalitionen antagonistisch gegenüberstehen.<sup>50</sup> Nach dieser Lesart, ist Politik also ein beständiger Machtkampf kollektiver Identitäten. Ein solcher lässt sich in einer pluralistischen Demokratie immer nur temporär auflösen und formiert im Anschluss auf andere Art wieder neu. Damit positioniert sich Mouffe insbesondere gegen die deliberative Demokratietheorie, wie sie Habermas vertritt. Sie argumentiert, dass das Vertrauen der deliberativen Demokratie auf einen rationalen Konsens, der auf einer idealen, von Machtdynamik freien Sprechsituation beruht, konzeptionell fehlerhaft ist. Mouffe kritisiert das Habermas'sche Modell, weil es davon ausgeht, dass politische Fragen durch unparteiische, argumentative Debatten gelöst werden können, dabei jedoch die unvermeidliche Präsenz von Macht und Antagonismus in menschlichen Beziehungen ignoriert.<sup>51</sup>

Da es sich hierbei um Konflikte handelt, welche nie vollends beigelegt werden können, plädiert Mouffe für die Umwandlung antagonistischer Beziehungen (Feindbeziehungen) in agonistische Beziehungen (Gegnerbeziehungen). Gegner werden als legitime Kontrahenten betrachtet, die sich den zentralen demokratischen Grundsätzen wie Freiheit und Gleichheit verpflichtet fühlen, diese aber unterschiedlich auslegen und umsetzen.<sup>52</sup> Politische Einheit entsteht also nach Mouffe nicht durch völlige Übereinstimmung, sondern durch einen

---

<sup>50</sup> Vgl. Glasze, G., Mattissek, A. (2009): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe, in dies. (Hrsg.), Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, S. 153-179, hier S. 160.

<sup>51</sup> Vgl. Mouffe, C. (1999): Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism?, in Social Research, 66(3), S. 745-758, hier S. 746 ff..

<sup>52</sup> Ebd. S. 745 ff..

„dünnen“ Konsens über Freiheit und Gleichheit, der von konkurrierenden hegemonialen Projekten unterschiedlich interpretiert wird.<sup>53</sup>

Rummens stellt in Mouffes Konzeptionalisierung eines agonalen Pluralismus jedoch einige Widersprüche fest. So erfordere Demokratie nach ihrer Vorstellung z.B. eine innere Grenze (also die Unterscheidung zwischen „uns“ und „ihnen“), beharrt jedoch auf dem temporären und offenen Charakter dieser Unterscheidungen. Diese im Kern schmittianische Freund-Feind Unterscheidung dient laut Mouffe dem originären Ziel von Politik eine politische Gemeinschaft zu schaffen.<sup>54</sup> Rummens schlägt in einer Rekonzeptualisierung des agonalen Pluralismus deshalb eine Distinktion zwischen hegemonialen und nicht-hegemonialen Konflikten vor. Erstere umfassen hierbei die Etablierung und Verteidigung der demokratischen Ordnung, die auf Freiheit und Gleichheit beruht, gegen Feinde. Die nicht-hegemonialen Kämpfe hingegen beziehen sich auf interne Auseinandersetzungen über die Auslegung der demokratischen Werte, die durch gegenseitigen Respekt zwischen den Oppositionen gekennzeichnet sind.<sup>55</sup>

Die Relevanz dieser Unterscheidung liegt insbesondere darin begründet, dass sie ermöglicht zwischen Gegnern, welche demokratische Werte teilen und Feinden, die sich ihnen widersetzen zu differenzieren. Im Hinblick auf politische Rhetorik im Ausnahmezustand haben wir damit einen Ansatzpunkt, um demokratieschädliche und für die Funktion einer pluralen Demokratie erforderlichen Streitpunkte voneinander trennen zu können. Neben den eigentlichen Inhalten spielt hierbei ebenso die Art und Weise wie Probleme dargelegt und Lösungen für diese vorgeschlagen werden eine Rolle.

Ein Beispiel für eine autoritäre und antagonistische Rhetorik bietet der ehemalige und zukünftige Präsident der Vereinigten Staaten, Donald J. Trump. Dieser gilt in der politischen Wissenschaft zumeist als Prototyp eines modernen Rechtspopulisten. Sein Wahlkampf sowie die darauffolgende Präsidentschaft werden mit dem Aufkommen eines postfaktischen Zeitalters in direkte Verbindung gebracht.<sup>56</sup> Bekanntheit erlangte in diesem Zusammenhang unter anderem die Aussage der ehemaligen Assistentin Kellyanne Conway, welche nachweislich falsche Aussagen zur Größe der Menschenmengen bei der Amtseinführung

---

<sup>53</sup> Vgl. Rummens, S. (2009): Democracy as a non-hegemonic struggle: disambiguating Chantal Mouffe's agonistic model of politics, in *Constellations*, 16(3), S. 377-391, hier S. 387.

<sup>54</sup> Vgl. Ebd. S. 382.

<sup>55</sup> Vgl. Ebd. S. 385-387.

<sup>56</sup> Vgl. z.B. Sismondo, S. (2017): Post-Truth?, in *Social Studies of Science*, 47(1), S. 3-6.

Donald Trumps als „alternative Fakten“ verteidigte.<sup>57</sup> Die damit einhergehende Erosion von Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse sowie eine geteilte Informationsgrundlage wird in einem späteren Kapitel näher beleuchtet. Hier soll es vor allem um die antagonistische, also gesellschaftsspaltende Rhetorik gehen. Wie schon in der Autoritarismusforschung der politischen Psychologie, bieten sich hier im Kontext der westlichen Demokratien insbesondere rechtsgerichtete Akteure an. Nicht nur aufgrund der zahlreichen Beispiele, die sich hierfür in den vergangenen Jahren finden lassen, sondern auch, weil diese in ihren Aussagen besonders oft mit einer solchen Rhetorik auffallen.

Auch hierfür bietet sich Donald Trump an, was zu einer Plethora an Aufsätzen und Studien zu dem Einfluss seiner Rhetorik auf die Einstellungen in der amerikanischen Öffentlichkeit geführt hat. Crandall et al. titulierten ihre 2018 veröffentlichte Studie gar mit „The Trump Effect“. Darin untersuchten sie die Auswirkung seiner Kandidatur und Wahl auf soziale Normen. Ziel war es, aufzuzeigen, ob durch diese eine Verschiebung gesellschaftlicher Normen in der amerikanischen Bevölkerung hin zu einer größeren Akzeptanz von Vorurteilen ausgelöst wurde und ob Individuen ihren selbst angegebenen Grad an Vorurteilen als Reaktion auf diese veränderten Normen angepasst haben.<sup>58</sup> Sowohl auf gesellschaftlicher Ebene wiesen die Partizipanten eine erhöhte Akzeptanz von Vorurteilen gegenüber Gruppen auf, die explizit von Trump angegriffen wurden, während dies für andere Gruppen nicht der Fall war.<sup>59</sup> Dem gegenüber steht die Wahrnehmung der Teilnehmer bezüglich der persönlichen Vorurteile gegenüber diesen Bevölkerungsteilen. So gingen sie selbst von einem leichten Rückgang dieser aus. Diese selbstberichtete Abnahme führen Crandall et al. auf soziale Vergleiche zurück. Da die gesellschaftlichen Normen toleranter gegenüber Vorurteilen wurden, könnten sich die Teilnehmer möglicherweise selbst relativ gesehen als weniger voreingenommen einschätzen.<sup>60</sup>

Die kombinierten Ergebnisse lassen sich im Lichte der kulturellen Hegemonie Theorie Gramscis als eine erfolgreiche Veränderung gesellschaftlicher Normen durch eine Diskursverschiebung bewerten. Dies lässt sich jedoch nicht für die Gesamtpopulation

---

<sup>57</sup> Bradner, E. (23.01.2017): Conway: Trump White House offered 'alternative facts' on crowd size, in cnn.com, <https://edition.cnn.com/2017/01/22/politics/kellyanne-conway-alternative-facts>.

<sup>58</sup> Vgl. Crandall, C. S., et al. (2018): Changing Norms Following the 2016 U.S. Presidential Election: The Trump Effect on Prejudice, in *Social Psychological and Personality Science*, 9(2), S. 186-192.

<sup>59</sup> Ebd. S. 188 ff.

<sup>60</sup> Ebd.



feststellen. So untersuchten auch Ruisch und Ferguson in einer Metaanalyse von 13 Studien eine ähnliche Fragestellung, differenzierten hierbei jedoch zwischen Anhängern und Gegnern Donald Trumps. Während sie ebenso wie Crandall et al. für die Unterstützergruppe einen signifikanten Anstieg von explizit rassistischen und religiösen Vorurteilen durch den Wandel gesellschaftlicher Normen feststellen konnten, verhielt es sich bei den Teilen der Bevölkerung, welche Trump ablehnend gegenüber stehen diametral andersherum.<sup>61</sup>

Im Kontext der psychologischen Autoritarismusforschung ist hierbei jedoch auch eine Differenzierung der Ergebnisse durch die Frage, ob es sich dabei um eine tatsächliche Veränderung individueller Einstellungen handelt, oder ob einer Logik der sozialen Erwünschtheit folgend lediglich die Äußerung von Vorurteilen als gesellschaftlich akzeptierter wahrgenommen wird.

Hierzu haben für den US-amerikanischen Kontext Charlesworth und Banaji in einer Langzeitstudie von 2007 bis 2020 explizite und implizite Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung in Bezug auf verschiedenen Bevölkerungsgruppen untersucht. Sie verzeichneten bis zum Beobachtungsende zwar einen Trend abnehmender Vorurteile in jeder Kategorie (abgesehen von Alter, Behinderung und Körpergewicht). Dennoch konnte während der Präsidentschaft Donald Trumps beobachtet werden, dass sich neben explizit ausgedrückten Vorurteilen gegenüber Bevölkerungsgruppen, die von Trump rhetorisch angegriffen wurden, auch eine gesteigerte implizite Befangenheit spiegelte.<sup>62</sup> Das dieser Anstieg nur temporärer Natur war, deckt sich mit den Ergebnissen von Schnelle et al., die ein ähnliches Phänomen während der Corona-Pandemie beobachten konnten. Es ist also fraglich, ob eine Verschiebung hin zu autoritärem Denken, selbst wenn dieses sich in der breiten Gesellschaft findet, tatsächlich von Dauer ist. Die Gefahr, welche selbst aus einer temporären Verschiebung resultiert, ist, dass politische Akteure dieses Umfeld ausnutzen könnten um zu diesem Zeitpunkt gezielt Veränderungen auf struktureller und institutioneller Ebene vorzunehmen.

---

<sup>61</sup> Ruisch, B. C., Ferguson, M.J. (2022): Changes in Americans' prejudices during the presidency of Donald Trump, in *Nature Human Behaviour*, 6, S. 656-665.

<sup>62</sup> Vgl. Charlesworth, T. E. S., Banaji, M. R. (2022): Patterns of Implicit and Explicit Attitudes: IV. Change and Stability From 2007 to 2020, in *Psychological Science*, 33(9), S. 1347-1371.

### 2.1.4 Lehren für das demokratische Handeln im Ausnahmezustand

Das regierungspolitische Handeln kann also als Moderator fungieren, durch welchen die Effektstärke und Richtung von Krisenereignissen auf autoritäre Einstellungen entweder gefördert wird oder im demokratischen Idealfall das Entfaltungspotenzial dieser nicht zum Tragen kommt.

Diese Erkenntnis spiegelt sich auch in der Autoritarismus Literatur wider. Von den ursprünglichen Annahmen klassischer Theorien wie der autoritären Persönlichkeit von Adorno et al., welche Autoritarismus noch als reines, stabiles Persönlichkeitsmerkmal in Verbindung zu genetischen Prädispositionen und früher Sozialisierung ausgingen, hat sich die Forschung hin zu externen Faktoren wie gesellschaftlichem Wandel in Bezug auf die Manifestation von Autoritarismus entwickelt. Insbesondere zu Zeitpunkten, an denen für große Teile der Bevölkerung eine empfundene oder tatsächliche Bedrohungssituationen besteht, wird erwartet, dass sich bestehende autoritäre Tendenzen manifestieren können. In Kombination mit einer antagonistischen Rhetorik können diese in einer demokratieschädlichen Weise maximiert werden.

Während sich aus den bisherigen Erkenntnissen klar definieren lässt, was zum Wohle des gesellschaftlichen Zusammenhalts und demokratischer Strukturen nicht geschehen darf, ist es umgekehrt jedoch nicht ohne weiteres möglich zu definieren, wie Regierungen handeln sollten. Dennoch lassen sich theoretische Vorgehensweisen erörtern, die im Idealfall autoritäre Tendenzen eingrenzen können.

Für ein demokratisches Regierungshandeln während einer Krisenzeit lassen sich dementsprechende Handlungsempfehlungen ableiten. Während exzeptioneller Situationen, müssen sowohl die daraus resultierenden Problematiken wie auch die Lösungsansätze klar und verständlich der Allgemeinheit kommuniziert werden. Auch müssen etwaige Risiken, die sich für die Bevölkerung ergeben klar benannt werden. Während dies in langanhaltenden Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie aufgrund des hohen Handlungsdrucks zu Beginn ohne die Involvierung der Bevölkerung geschehen muss, sollte diese im Verlauf der

Zeit durch deliberative Feedback-Loops in weitere Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Hierdurch lassen sich diffuse Ängste und Sorgen eindämmen, welche sonst als Grundlage einer autoritären Verschiebung fungieren könnten. Diese Erkenntnis ist insbesondere deshalb von Relevanz, weil geringere kognitive Fähigkeiten in Zusammenhang mit einer verstärkten Ausprägung von RWA und SDO stehen.<sup>63</sup> Aus diesem Grund ist eine möglichst einfache und nachvollziehbare Kommunikation unerlässlich.

Ebenso wichtig ist das Framing von Konflikten und Lösungsansätzen. Dieses kann durch eine antagonistische Darstellung nicht nur zur Spaltung innerhalb der Gesellschaft beitragen, sondern zudem autoritäre Einstellungen sowohl auf expliziter, wie auch impliziter Ebene produzieren. Selbst wenn die sich daraus entwickelten Haltungen reversibel sind, können sie zu unabsehbaren Konsequenzen führen. Da politische Entscheidungen, die in einem solchen Umfeld getroffen werden, auch institutionelle und strukturelle Veränderungen bedeuten können, würde dies Implikationen auch für eine Zeit haben, in der sich solche autoritären Tendenzen gesellschaftlich wieder zurückgebildet haben. Da eine Diskursverschiebung der Revolution oder Systemtransformation vorausgeht, ist es unabdingbar eine solche zu verhindern, sollte diese dem demokratischen System schädlich sein.

### 2.1.5 Erklärungsansätze für den modernen Autoritarismus: Der libertäre Autoritarismus

Während alle der in den vorangegangenen Kapiteln beschriebenen Perspektiven und psychologischen Grundlagen des Autoritarismus auch für diese aktuelle Analyse relevant sind, sind manche moderne Phänomene, vor allem während der Corona-Pandemie damit nicht hinreichend erklärbar. Dies zeigt sich unter anderem an der „Querdenken“ Bewegung, welche sich nicht eindeutig zuordnen lässt. Unter anderem aufgrund dieser Beobachtung verfassten Amlinger und Nachtwey 2022 das Buch „Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus“, in welchem sie auf diese typologische Herausforderung reagieren. Die Fusion dieses Kontinuums von libertär und autoritär steht für eine Metamorphose des klassischen

---

<sup>63</sup> Siehe hierfür z.B. eine Studie zur US-Wahl 2016, in welcher sowohl eine Unterstützung Trumps auf Basis von RWA und SDO untersucht wurden, wie auch die kognitiven Fähigkeiten als Prädiktor für RWA und SDO: Choma, B. L., Hanoch, Y. (2017): Cognitive ability and authoritarianism: Understanding support for Trump and Clinton, in *Personality and Individual Differences* 106, S. 287-291.

Autoritarismus, welche die sozialpsychologischen Entwicklungsprozesse einer individualistischen Gesellschaft mit den Kernannahmen des autoritären Syndroms kombiniert.<sup>64</sup> Der libertäre Autoritarismus steht damit im diametralen Gegensatz zu den in der Wissenschaft gängigen gruppenbezogenen Autoritarismus Definitionen wie sie z.B. von Duckitt postuliert werden.<sup>65</sup>

Traditionelle gesellschaftliche Autoritäten wie der Staat und Experten werden abgelehnt, während das Ich als ultimative Autorität gesetzt wird.<sup>66</sup> Amlinger und Nachtwey sehen als Ausgangspunkt dafür den „permanente[n] Prozess der Rationalisierung und Säkularisierung, der, wie Georg Lukács es genannt hat, einen Zustand ‚transzendente[r] Obdachlosigkeit‘ produziert“.<sup>67</sup> Während in den klassischen Autoritarismus Studien also noch materielle Existenz- und Urängste den zugrundeliegenden Mechanismus des autoritären Syndroms darstellten, handelt es sich hier um das Produkt einer modernen, sich beständig ausdifferenzierenden Gesellschaft. Dies rekurriert in Teilen auf die Forschung zur autoritären Persönlichkeit, in der Adorno et al. ebenfalls die zeithistorischen sozialen Erfahrungen für die spezifischen Ausformungen verantwortlich machten. Nichtsdestotrotz erkennen auch Amlinger und Nachtwey die Realitäten der spätkapitalistischen Moderne und die ihr inhärente sozioökonomische Ungerechtigkeit an, gewichtiger für die Erklärung des aktuellen autoritären Phänomens scheint ihnen jedoch die damit verbundene Oktroyierung liberaler Werte. So schreiben sie, dass libertäre Autoritäre sich als „Opfer vermeintlicher progressiver, ‚linksliberaler Kosmopolit:innen‘, die sich des Staates, der Universitäten und der Medien bemächtigt haben“ sehen würden.<sup>68</sup> Es ist im Sinne eines libertären Gedankenguts also das eigene Individuum, welches sie bedroht wännen. Hierin liegt auch der ideologische Hauptunterschied zu Duckitt, nach welchem sich Autoritarismus insbesondere durch einen Angriff auf die eigene Gruppe manifestiert.

Gleichzeitig sind die Parallelen zu einem anderen dem Autoritarismus verwandten Konzept — dem Illiberalismus — unverkennbar. Ebenso wie der libertäre Autoritarismus kann auch der Illiberalismus primär als eine Reaktion gegen den kulturellen, ökonomischen und politischen

---

<sup>64</sup> Amlinger, C., Nachtwey, O. (2023): Libertär und autoritär. Wie das Ich auf Kosten der Gemeinschaft regiert, in Blätter für deutsche und internationale Politik, 2, S. 107-117, hier S. 108.

<sup>65</sup> Vgl. Duckitt, J. (1989).

<sup>66</sup> Vgl. Ebd.

<sup>67</sup> Ebd. S. 109.

<sup>68</sup> Ebd. S. 111.

Liberalismus identifiziert werden.<sup>69</sup> Sowohl der Illiberalismus, wie auch der libertäre Autoritarismus weisen als eines der Hauptmerkmale die Ablehnung eines liberalen Konventionalismus auf. Während libertäre Autoritäre nach Amlinger und Nachtwey jedoch durch die individualistischen Erfahrungen im Kontext einer liberalen Gesellschaft geprägt werden und aus diesem Druck hervorgehend sich selbst die Autorität einräumen, welche ansonsten dem Staat zukommen würde, richtet sich die Kritik des Illiberalismus gerade gegen den Individualismus, Universalismus und die institutionelle Machtkontrolle.<sup>70</sup>

So ist das Aufkommen des libertären Autoritarismus mit den Paradoxien der Spätmoderne eng verbunden. Individualisierung, Demokratie und Gleichheit koexistiert mit konstanten Normveränderungen und gesellschaftlichen Regressionen. Der moderne Mensch steht unter dem Druck, sich zu profilieren, sich selbst zu verwirklichen und sich zu verbessern, was nicht mehr nur eine persönliche Entscheidung ist, sondern von außen verlangt wird. Misserfolge bei der Selbstverwirklichung führen aufgrund der Betonung von Selbstverwirklichung und Authentizität zu größeren subjektiven Kränkungen.<sup>71</sup> Die aus diesen Prozessen resultierende, „transzendente Obdachlosigkeit“, beschreibt einen Zustand, in dem moderne Individuen aufgrund der fortschreitenden Rationalisierung und Säkularisierung der kapitalistischen modernen Welt ihre Einbettung in spirituelle Sinnstrukturen verlieren. Dieses Gefühl der Heimatlosigkeit fördert die Sehnsucht nach Transzendenz und alternativen Formen von Sinn.<sup>72</sup>

Der Illiberalismus hingegen erwächst aus der Unzufriedenheit mit den empfundenen und tatsächlichen Fehlern des Liberalismus, wie z.B. dem gesteigerten Individualismus und mangelnder sozialer Gerechtigkeit.<sup>73</sup> Ein illiberales Individuum kann dementsprechend nur in Gesellschaften existieren, die bereits extensiv von liberalen Einstellungen und Denken durchdrungen sind. Es ist daher ebenso wie der libertäre Autoritäre ein gegenwärtiges Produkt der Moderne. Enyedi sieht den Illiberalismus folglich auch nicht als eine singuläre kohärente Ideologie, sondern vielmehr als ein ideologisches Syndrom, welches eine Plethora

---

<sup>69</sup> Vgl. Waller, J. G. (2024): Illiberalism and Authoritarianism Preprint, in Laruelle, M. (Hrsg.), the Oxford Handbook of Illiberalism, Oxford Academic (Online Edition, 20.11.2023), S. 2.

<sup>70</sup> Vgl. Amlinger, C., Nachtwey, O. (2023), S. 108 ff., Waller, J. G. (2024), S. 4 ff.

<sup>71</sup> Vgl. Amlinger, C., Nachtwey, O. (2023), S. 108.

<sup>72</sup> Ebd. S. 109.

<sup>73</sup> Laruelle, M. (2024): Introduction: Illiberalism Studies as a Field, in Ebd. (Hrsg.), the Oxford Handbook of Illiberalism, Oxford Academic (Online Edition, 20.11.2023), S. 3.

an Zugängen umfasst, die zu Handlungen führen, welche sich gegen die liberale Demokratie richten.<sup>74</sup>

Diese heben sich jedoch sowohl vom Autoritarismus wie auch dem Populismus ab. Von Ersterem, weil dieser sich auf hierarchische Macht und Kontrolle konzentriert, sich jedoch nicht in gleicher Weise wie der Illiberalismus gegen liberale Werte richtet. Vom Populismus, da dieser explizit eine anti-elitäre Ausrichtung aufweist und die Mehrheitsherrschaft betont, während der Illiberalismus breitere liberal-demokratische Grundsätze in Frage stellt, ohne sich dabei notwendigerweise auf Majoritätsentscheidungen stützen zu müssen.<sup>75</sup>

Waller unterscheidet zwischen den Termini des Illiberalismus und des Autoritarismus insbesondere anhand der Unterschiede in der analytischen Perspektive. So ist für ihn der Illiberalismus vor allem ideell und fokussiert sich auf Werte und Ideologien, die der liberalen Demokratie entgegenstehen. Hingegen kann der Autoritarismus in vielen verschiedenen Facetten auftreten und dementsprechend auch verschiedene Analyseebenen in der wissenschaftlichen Literatur haben.<sup>76</sup> Für Waller stellt die Analyseebene des Staates und seiner Strukturen, also dem politischen Regime die nützlichste da. Er bezieht sich hierbei insbesondere auf die dichotome Distinktion von Demokratien und Autokratien basierend auf einer elektoralen Minimaldefinition von Demokratie.<sup>77</sup> Die Kernkomponenten des Illiberalismus stehen im Gegensatz zu den pluralistischen und integrativen Prinzipien der liberalen Demokratie, da sie eine Machtkonzentration, einen Einheitsstaat und eine geschlossene Gesellschaft zum Ziel haben.<sup>78</sup> Illiberale Ideologien können daher der Legitimierung autoritärer Regime dienen und so eine demokratische Regression oder Transitionen hin zu Autokratien ermöglichen.

Als das wohl prominenteste Beispiel für das Konzept des Illiberalismus gilt der ungarische Premierminister Viktor Orbán, welcher in einer Rede von 2014 seine persönliche Vision einer „illiberalen Demokratie“ in Ungarn darlegte.<sup>79</sup> In dieser stellte er die seines Erachtens

---

<sup>74</sup> Enyedi, Z. (2024): Concept and Varieties of illiberalism, in *Politics and Governance*, 12, Artikel 8521,

<sup>75</sup> Vgl. Ebd. S. 8 ff.

<sup>76</sup> Vgl. Waller, J. G. (2024), S. 5 ff.

<sup>77</sup> Vgl. Ebd. S. 6 f., 9.

<sup>78</sup> Vgl. Enyedi, Z. (2024), S. 5 f.

<sup>79</sup> Siehe hierzu das Transkript seiner Rede in Rumänien anlässlich des 24. Bálványos Summer Free University and Student Camp: <https://2015-2019.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp>.

problematischen Entwicklungen und Fehler eines westlichen Liberalismus dar und plädierte seinerseits für eine Abkehr von diesem. Die Regression der Demokratie Ungarns begann jedoch schon weit vor dieser Rede. Bereits seit 2009 konnte für Ungarn sowohl für den „liberal democracy“, wie auch den „electoral democracy“ Index des V-Dem Datensatzes ein konstanter Rückgang festgestellt werden. Das stete Absinken beider Werte bis heute zeugt nicht nur von einem demokratischen Rückgang (denn im Jahr der Rede Orbáns 2014 konnte Ungarn nach der Typologie von Lührmann et al. zumindest noch als elektorale Demokratie klassifiziert werden), sondern einem Zusammenbruch der Demokratie und der Transition hin zu einer Autokratie.<sup>80</sup> Der Wandel Orbáns von einem Verfechter demokratischer Prinzipien und Freiheiten für Ungarn wird auch von Paul Lendvai beschrieben, welcher über den Premierminister schreibt: "from one of the most promising defenders of Hungarian democracy into the chief author of its demise".<sup>81</sup> Das Beispiel Ungarns zeigt, dass der illiberale Weg zur Umgestaltung eines demokratischen Systems letztendlich sowohl die liberalen, wie auch die elektoralen Komponenten zerstören kann. Dies geschah jedoch nicht in einem Vakuum, sondern kann auch als Symptom der unterliegenden Unzufriedenheit großer Teile der ungarischen Bevölkerung mit dem demokratischen System insgesamt verstanden werden. Orbán nutzte die wachsende Ungleichheit, regionale Disparitäten und soziale Instabilität, welche in einer Erosion des Vertrauens in die Demokratie insgesamt mündeten.<sup>82</sup>

Der Illiberalismus kann neben dem libertären Autoritarismus also ebenso als eine direkte Reaktion auf und von spätmodernen westlichen Demokratien verstanden werden, welcher sich jedoch in seiner spezifischen Ausprägung und insbesondere in den daraus resultierenden ideellen und handlungstechnischen Vorstellungen von diesem unterscheidet.

Beide Vertreter gehen halten sich vornehmlich selbst für Demokraten und beide sehen sich einem liberal kosmopolitischen System ausgesetzt.<sup>83</sup> Sie weisen jedoch eine Distinktion in der

---

<sup>80</sup> Vgl. hierzu die Werte des Liberal Democracy Index und des Electoral Democracy Index auf der Website des Varieties of Democracy Projekts: [https://v-dem.net/data\\_analysis/CountryGraph/](https://v-dem.net/data_analysis/CountryGraph/); Für die Typologie zur Analyse demokratischer Regression und dem Zusammenbruch demokratischer Systeme siehe Lührmann, A., et al. (2018): Regimes of the World (RoW): Opening New Avenues for the Comparative Study of Political Regimes, in Politics and Governance, 6(1), S. 60-77.

<sup>81</sup> Lendvai, P., zit. nach Kirby, P. und Thorpe, N. (13.02.2024): Who is Viktor Orban, Hungarian PM with 14-year grip on power?, in bbc.com, <https://www.bbc.com/news/world-europe-67832416>.

<sup>82</sup> Vgl. Bíró-Nagy, A. (2017): Illiberal Democracy in Hungary: The Social Background and Practical Steps of Building an Illiberal State, in Pol, M. (Hrsg.), Illiberal Democracies in the EU: The Visegrad Group and the Risk of Disintegration, Barcelona: Center for International Affairs, S. 31-44.

<sup>83</sup> Amlinger, C., Nachtwey, O. (2023), S. 109; Zu einer ähnlichen Erkenntnis kommt auch Conway in Bezug auf linksgerichtete Autoritäre Individuen, siehe hierzu: Conway, L. G. III (2020): Left-wing authoritarians do not

Vorstellung davon auf, welche Form von Demokratie sie hieraus als die für sich richtige ableiten. Die von Amlinger und Nachtwey präsentierte Variante des libertären Autoritarismus besteht im Kern aus fünf Komponenten:

- „1. Eine absolute Freiheitsauffassung
2. Politisch libertäre Einstellungen
3. Autoritäre Einstellungen in Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und autoritärer Unterwerfung
4. Corona-Verschörungsglaube
5. Deprivationsgefühle, moralische und ökonomische Kränkungen“<sup>84</sup>

Wie auch bei den verschiedenen Ausprägungen des Illiberalismus, gehen die Autoren auf Basis dieser Kernmerkmale von mehreren Erscheinungsformen der libertären Autoritären aus. So handelt es sich bei den gefallenen Intellektuellen um eine Gruppe, die ihre Meinungsfreiheit bedroht sieht und diese gegenüber progressiven Normen, etwa im Kontext von „Cancel Culture“ verteidigen will. Querdenker hingegen protestieren mit einer stark individualistischen Freiheitsvorstellung gegen gesellschaftliche Maßnahmen, wobei ihre Kritik häufig mit Ressentiments und Verschwörungsdanken aufgeladen ist. Als letztes sind die regressiven Rebellen jene, die destruktive und autoritäre Neigungen aufweisen, jedoch explizit zentrale Instanzen der Gesellschaft ablehnen.<sup>85</sup> Insbesondere der letzte Typus steht jedoch in der Kritik, die Verbindung zwischen libertär und autoritär nicht stichhaltig zu belegen und in seiner Beschreibung in diesen Aspekten unscharf zu bleiben.<sup>86</sup> Simmerl kritisiert zudem auch den fehlenden Nachweis einer als Persönlichkeitsmerkmal identifizierten autoritären Neigung auf Basis der Studien Amlinger und Nachtweys. Dies „liegt vor allem daran, dass sie

---

want to believe they are authoritarian (even though they probably are), in Conway, L. G. III (Vorsitzender), Is left-wing authoritarianism real? Evidence on both sides of the debate. Symposium auf der 21. Jahrestagung der Gesellschaft für Persönlichkeits- und Sozialpsychologen, New Orleans, LA.

<sup>84</sup> Heinz, J. (2024): Libertärer Autoritarismus in Österreich – eine empirische Annäherung, in Eder, A., Prandner, D., Aschauer, W. (Hrsg.), Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft. Ergebnisse der Längsschnittstudie „Werte in der Krise 2020-2022“, Nomos, Baden-Baden, S. 353-392, hier S. 363.

<sup>85</sup> Vgl. Amlinger, C., Nachtwey, O. (2023), S. 108 f.

<sup>86</sup> Vgl. z.B. Simmerl G. (14.12.2022): Selbstgewisse Kritik: Literaturessay zu „Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus“ von Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey, in Soziopolis: Gesellschaft beobachten, S. 10.



in ihren Fallstudien keine robusten Nachweise individueller Psychopathologien erbringen, sondern vor allem zirkulierende Formen der Kritik beschreiben.“<sup>87</sup>

Sieht man ihre Typologie jedoch als Soziogramm eines Individuums innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft ist die Erklärungskraft aufgrund der Erhebungsart immer noch nicht nur aussagekräftig, sondern bietet weiterhin schlüssige Erklärungsansätze für ein sonst schwer zu fassendes Phänomen. So lassen sich die Protestbewegungen während der Corona-Pandemie in Deutschland z.B. nicht eindeutig auf einem Links-rechts Spektrum verorten, wodurch alternative Perspektiven notwendig werden.

Das hierfür auch der Illiberalismus als Ansatz verwendet werden kann, zeigt Enyedi mit ihrer Typologisierung der verschiedenen Spielarten des Illiberalismus. So identifiziert sie ebenfalls einen libertären Illiberalismus, welcher eine starke Überschneidung mit dem libertären Autoritarismuskonzept von Amlinger und Nachtwey aufweist. So definiert sie diesen folgendermaßen:

*“Although freedom is the most fundamental value of the liberal democratic vision, liberal democracy involves limited government, meaning some government. Libertarian illiberals reject even those state actions aimed at mitigating blatantly exploitative social relations and condemn interventions meant to secure basic human dignity, safety, health, and freedom.”<sup>88</sup>*

Aus diesem Grund so Enyedi weiter, würden staatliche Interventionen von solchen Individuen als Übergriffig empfunden, was beispielhaft an den Protestbewegungen im Zuge der Pandemie deutlich wird.<sup>89</sup>

Die Konzepte des libertären Autoritarismus und ebenfalls des libertären Illiberalismus sind aufgrund ihrer Aktualität bislang nur wenig rezipiert und an empirischen Fällen getestet worden. Dies gilt insbesondere für Deutschland, es sind jedoch kürzlich zwei Artikel erschienen, die den libertären Autoritarismus als Ausgangspunkt nutzen.

Boris und Eser greifen die Konzeption des libertären Autoritarismus auf um anstatt einer Analyse auf Individuumsebene die ideologische Ausrichtung und Anziehungskraft Mileis und

---

<sup>87</sup> Ebd. S. 8.

<sup>88</sup> Enyedi, Z. (2024), S. 12.

<sup>89</sup> Vgl. Ebd.

dessen Aufstiegs zum neuen argentinischen Präsidenten zu erklären. Dieser baute seinen Wahlkampf im Kontext eines wirtschaftlichen schwer angeschlagenen Landes mit einem radikalen Fokus auf individuelle Freiheit und Eigenverantwortung auf und paarte dies mit der Ablehnung staatlicher Eingriffe, Regulierungen und etablierter Institutionen.<sup>90</sup> In diesem individualistischen Freiheitsverständnis wird der Markt als ideale Ordnung begriffen und dementsprechend soziale Solidarität oder staatliche Umverteilung abgelehnt. Autoritär wird die Ideologie Mileis unter anderem dadurch, dass sie Feindbilder schafft, wie z.B. „die Kaste“ und Gewerkschaften.<sup>91</sup> Auch das rigide Weltbild und die starke Führungspersönlichkeit sprechen hierfür. Im Gegensatz zur Konzeption des libertären Autoritarismus von Amlinger und Nachtwey ist hier jedoch die Widersprüchlichkeit von Freiheit als höchstem Wert und gleichzeitig radikalen und autoritären Methoden noch stärker. Die zugrunde liegenden Ursprünge des von Boris und Eser vorgestellten libertären Autoritarismus sind jedoch auch nicht in dem Druck auf das Individuum in einer liberalen Gesellschaft verankert. Vielmehr ist es das systemische Versagen auf ökonomischer Ebene von Regierungen verschiedener ideologischer Ausrichtungen, die vor Milei an der Macht waren und das Vertrauen der Bevölkerung in politische Lösungsfähigkeiten unterminierten.

In einer weiteren Studie untersucht Heinz das libertär-autoritäre Rahmenwerk in Bezug auf die österreichische Bevölkerung während der Corona-Pandemie. Innerhalb der von ihr ausgewerteten Datengrundlage findet sich jedoch nur eine marginale Gruppe welche Freiheit über Gesundheit stellt, Corona-Maßnahmen ablehnt und wirtschaftliche Folgen als Hauptproblem der Pandemie ansieht.<sup>92</sup> Anders als von Amlinger und Nachtwey postuliert, ist diese Gruppe nicht primär durch libertäre, sondern liberale Werte geprägt. Heinz findet zudem keinen Nachweis dafür, dass die Gruppe eine autoritär überhöhte Freiheitsauffassung vertritt, welche auf Leistung und Selbstverwirklichung basiert, dies könnte jedoch auch auf methodische Einschränkungen oder das Fehlen von Merkmalen sozialer Dominanz zurückzuführen sein.<sup>93</sup>

---

<sup>90</sup> Vgl. Boris, D., Eser, P. (2024): Der rätselhafte Aufstieg des „Messias“ Milei. Argentinien als Experimentierlabor des libertären Autoritarismus?, in PROKLA, 2, S. 325-350.

<sup>91</sup> Ebd. S. 335 f.

<sup>92</sup> Vgl. Heinz, J. (2024), S. 366 ff.

<sup>93</sup> Ebd. S. 379.

Von den sozialen Faktoren und der politischen Orientierung spielten vor allem eine Abwertung von Zugewanderten, Deprivation, Alter und Bildungsstand in dieser Gruppe eine Rolle.<sup>94</sup>

Heinz kommt in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass die Konzeption des libertären Autoritarismus für Österreich nichtzutreffend sei. *„Tatsächlich gibt die Analyse keine Hinweise darauf, dass sich hier eine „neue“ Gruppe autoritär-aggressiv äußert. Es scheint sich eher um eine neue Spielart des klassischen ‚right-wing-authoritarianism‘ zu handeln, der sich im Zuge der Pandemie verstärkt liberaler Diskursmuster bedient hat.“*<sup>95</sup>

Während diese Einschätzung nicht zwangsläufig auch auf Deutschland zutreffen mag, konnte zumindest auch hierzulande beobachtet werden, dass die rechte Partei „Alternative für Deutschland“ ebenfalls versuchte eben diese Haltung für sich zu reklamieren. So positionierte sich die Partei nach einer zunächst inkonsistenten Haltung gegenüber den Corona Schutzmaßnahmen der Regierung ab dem Herbst 2020 klar auf der Seite der Protestbewegungen gegen diese.<sup>96</sup> Auf der anderen Seite brachte dies der Partei keine größere Unterstützung,<sup>97</sup> was in Bezug auf die Protestteilnehmer wiederum für eine eigenständige Gruppe sprechen würde, die sich nicht mit einer rechtspopulistischen Partei identifiziert. Diese Annahme wird auch durch eine aktuelle Studie von Klebba und Winter gestützt, welche in dieser eine positive Korrelation von RWA und der Unterstützung von Corona-Maßnahmen fanden. Es muss jedoch angemerkt werden, dass für die in der Analyse verwendete Stichprobe eine Verzerrungsgefahr besteht, da durch den Rekrutierungsprozess der Probanden über ein Online-Zugangspanel Individuen mit starker RWA-Ausprägung eventuell unterrepräsentiert waren.<sup>98</sup>

Es mangelt in diesem Bereich an weiteren gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen, jedoch sprechen die aktuellen Analysen für einen Typus von autoritären Persönlichkeiten, der aus dem gegenwärtigen sozioökonomischen Kontext entstand und sich nicht in ohne weiteres in das klassische Schema des Autoritarismus einfügt. Sie zeugen in jedem Fall jedoch davon, dass die Corona-Pandemie zu einer autoritären Tendenzen hervortreten ließ, welche sich

---

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> Ebd. S. 380.

<sup>96</sup> Vgl. Lehmann, P., Zehnter, L. (2022): The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic, in *Government and Opposition: An International Journal of Comparative Politics*, S. 1-19, hier S. 1.

<sup>97</sup> Ebd. S. 17.

<sup>98</sup> Vgl. Klebba, L. J., Winter, S. (2024): A matter of trust? Analyzing the relationship between attitudes toward COVID-19 countermeasures and right-wing ideology in Germany, in *Analyses of Social Issues and Public Policy*, S. 1-19.

andernfalls und vielleicht auch in einer anderen Art von Krise nicht manifestiert hätten. Da die Pandemie zuvor nicht gekannte Freiheitseinschränkungen zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung erforderlich machte, unterscheidet sie sich stark von anderen Krisengeschehen wie z.B. der Eurokrise.

Geht man hierbei von der Perspektive Amlinger und Nachtweys aus, stellt sich eine effektive Unterbindung dieses speziellen autoritären Syndroms während einer exzeptionellen Lage wie der Corona-Pandemie als äußerst schwierig dar. Während eine deliberative Demokratieform in diesem Fall sogar von Nutzen sein könnte, da hierbei die Anliegen und Probleme von libertär-autoritären Individuen größtmögliche Berücksichtigung finden können, ist es dennoch weder ratsam noch wahrscheinlich, dass eine Krisenbewältigung auf Basis solcher Vorstellungen funktionieren kann. Die Aushandlung von Politikzielen und dem, was als zu erreichendes „Allgemeinwohl“ definiert wird, könnte hierbei zwar integrative Kräfte entfalten, um durch Mediation eine Kompromisslösung zu erzielen, da Amlinger und Nachtwey jedoch davon ausgehen, dass die Autorität staatlicher Institutionen durch diese Gruppe nicht anerkannt wird, kann selbst ein solcher Ausgleich keinen Bestand haben. Hierfür exemplarisch steht auch das Paradoxon libertär-autoritärer Individuen die persönliche Freiheit zu betonen, während sie simultan eine Intoleranz gegenüber anderen und abweichenden Meinungen aufweisen. Auch der Rückzug hin zu Verschwörungstheorien während Krisenzeiten erschwert eine effektive Deliberation dieser.

Zwar erleben auch linksgerichtete Autoritäre kognitive Dissonanzen, insbesondere dann, wenn ihre eigenen autoritären Tendenzen im Widerspruch zu den egalitären Werten der Gruppe stehen, im Falle libertär-autoritärer Persönlichkeiten bezieht sich diese jedoch auf die Demokratie als Prinzip selbst.

Demokratie wird in ihrer Vorstellung mit absoluter individueller Autonomie gleichgesetzt, wodurch persönliche Freiheit immer über kollektiver Entscheidungsfindung stehen muss. All dies geschieht in der Selbstauffassung die marginalisierten Verteidiger des *wahren Volkes* zu sein, welches sich durch liberale kosmopolitische Kräfte wie den Medien, Intellektuellen und Politikern angegriffen sieht. Insbesondere im Zuge der Corona-Pandemie beruht dieser demokratische Anspruch auf der Egalisierung von wissenschaftlicher Evidenz und Expertise und der eigenen persönlichen Meinung. Die damit einhergehende Forderung, dass ihre alternativen Ansichten im öffentlichen Diskurs gleichwertig behandelt werden müssen, ist

einerseits zwar Bestandteil der Kernidee deliberativer Demokratie, unterminiert diese jedoch gleichzeitig, da dieser Relativismus die dafür notwendigen traditionellen Mechanismen untergräbt, die auf gemeinsamen Fakten und rationalen Überlegungen beruhen.

Der Verlust einer geteilten und anerkannten Informationsbasis von Fakten auf deren Grundlage Diskurse produktive und für das demokratische Zusammenleben gewinnbringende Ergebnisse erzeugen können, ist eines der größten und zugleich aktuellsten Problemfelder westlicher Demokratien. Insbesondere Vertreter kritischer Theorien gerieten hierdurch unter einen besonderen Rechtfertigungsdruck. So ist es schließlich das erklärte Ziel diese Fakten zu denaturalisieren, um die Ursprünge und Ausprägungen von Machtstrukturen offen zu legen.<sup>99</sup>

Der Rückgriff auf Verschwörungstheorien, um Eindämmungsmaßnahmen während der Corona-Pandemie erklärbar zu machen, offenbart hierbei jedoch nicht zwangsläufig ein aufklärerisches Interesse, sondern kann als das Produkt einer Synthese von Zynismus (der Skepsis gegenüber Fakten) und *naïveté* (der Glaube an einfache, konspirative Erklärungen) gesehen werden.<sup>100</sup> Diese insbesondere in kontemporären westlichen Demokratien aufzufindende Haltung in Teilen der Bevölkerung wie z.B. den libertären Autoritären, kann unter anderem auf die neoliberale Permeation gesellschaftlichen Denkens zurückgeführt werden. Schindler beschreibt die Auswirkung als „dogmatischen Zynismus“, also eine ideologische Denkweise, bei der öffentliche Behauptungen aufgrund zugrunde liegender eigennütziger Motive als falsch angesehen werden.<sup>101</sup> Das neoliberale Politik auch für andere autoritäre Komponenten relevante Einflüsse auf die Bevölkerung hat, konnten Azevedo et al. in einer Analyse für die Bevölkerung der USA feststellen. So zeigten ihre Ergebnisse eine Verschränkung von sozialen und ökonomischen Dimensionen von Ideologie, genauer eine Korrelation zwischen neoliberalen ökonomischen Einstellungen und RWA.<sup>102</sup> Die Wirkung neoliberaler Ideologie auf die Einstellungen hinsichtlich der Akzeptanz ökonomischer Ungleichheit innerhalb eines Landes kann also auch im Kontext des autoritären Syndroms relevant sein. So konkludieren Azevedo et al.: „[...] economic conservatism and the

---

<sup>99</sup> Vgl. Schindler, S. (2020): The task of critique in times of post-truth politics, in *Review of International Studies*, 46(3), S. 376-394, hier S. 376 f.

<sup>100</sup> Ebd. S. 387-389.

<sup>101</sup> Vgl. Schindler, S. (2023): Post-truth politics and neoliberal competition: the social sources of dogmatic cynicism, in *International Theory*, S. 1-20, hier S. 2;

<sup>102</sup> Vgl. Azevedo et al. (2019): Neoliberal Ideology and the Justification of Inequality in Capitalist Societies: Why Social and Economic Dimensions of Ideology Are Intertwined, in *Journal of Social Issues*, 75(1), S. 49-88, hier S. 80.

endorsement of neoliberal attitudes were strongly associated with right-wing authoritarianism, social dominance orientation, economic system justification, and gender-specific system justification [...].<sup>103</sup> Auch auf institutioneller Ebene lassen sich eine neoliberale Diffusion neoliberaler Normen beobachten. So z.B. für den Fall Deutschlands in der Aussage der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Wir werden Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist“<sup>104</sup>

Die Kombination von dogmatischem Zynismus und der verstärkten Akzeptanz sozialer Ungleichheiten stellt für die deliberative Demokratie eine veritable Bedrohung dar. Sie bietet weiterhin auch eine, für die von Amlinger und Nachtwey postulierten Phänotypen des libertären Autoritarismus sinnvolle Erklärung bezüglich der Ablehnung staatlicher Eingriffe und der individuellen Erhöhung der eigenen Autorität. In beiden Fällen reagieren Gruppen auf soziale und politische Instabilität mit dem Rückzug hin zu defensiven Ideologien die kollektive Kooperation und institutionelle Autorität ablehnen. Während relativistische Zyniker dadurch jegliches Wissen anzweifeln, was schließlich zu einer epistemologischen Paralyse führt, beharren libertär-autoritäre Individuen jedoch vor allem auf persönliche Souveränität.

Die Schadhaftigkeit solcher Ideologien offenbart sich insbesondere in Krisenzeiten, in denen das gesamte System erfasst wird. Sowohl aufgrund der mangelnden Mitwirkungsbereitschaft von Individuen an Lösungsprozessen, sollten diese einen restriktiven Charakter aufweisen, wie auch der deliberativen Aushandlung davon, welche Prioritäten in einer solchen Krise gesetzt werden sollten. Es bleibt in diesem Fall nur eine präventive Eindämmung dieser spezifischen Ausprägungen des autoritären Syndroms, die bereits vor dem eigentlichen Krisengeschehen stattfinden muss, da es sich in beiden Fällen um langfristig entwickelte Weltanschauungen handelt.

---

<sup>103</sup> Ebd. S. 50.

<sup>104</sup> Merkel, A. (01.09.2011), zit. nach: „Wir werden Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“, Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho, 1.9.2011, inblaetter.de, <https://www.blaetter.de/dokumente/wir-werden-wege-finden-die-parlamentarische-mitbestimmung-so-zu-gestalten-dass-sie-trotzdem-auch>.

## 2.2 Der Autoritarismus auf Systemebene

In dem nun folgenden Abschnitt, soll nachdem zuvor die verschiedenen Ausprägungsformen des autoritären Syndroms in der Bevölkerung beleuchtet wurden, nun die Gegenseite beleuchtet werden. Autoritäre Einstellungen in der Gesellschaft und die Manifestation dieser, sind eine Seite Medaille in Bezug auf Autokratisierungsvorgänge. Die andere Seite offenbart sich in den konkreten Handlungen von politischen Akteuren, insbesondere der Regierung.

In der wissenschaftlichen Literatur findet sich vor dem Beginn der Corona-Pandemie nur wenig darüber, was demokratische Politik im Ausnahmezustand genau ausmacht. Aufgrund der erwartbaren Machtkonzentration zugunsten der Exekutive auch in gefestigten Demokratien, stellt sich die Frage, wann demokratische Normverletzungen vorliegen, und welche Maßnahmen über eine reine Krisenreaktion hinausgehen. Hierfür werden im Folgenden Demokratie und Autokratie als Kontinuum verstanden, welches einen fließenden Übergang besitzt. Nicht demokratisch bedeutet in dieser Perspektive also jede Handlung, die darauf zielt bzw. dazu geeignet ist, ein politisches System in Richtung des Autoritarismus zu bewegen. Dieses Verständnis eines Autoritarismus auf systemischer und struktureller Ebene macht es möglich sowohl innerhalb von demokratischen wie auch autokratischen Regimen nuancierter Bewertungen vornehmen zu können.<sup>105</sup>

Diese dichotome Typologisierung folgt der Einordnung Zürns, welcher Demokratie und Autokratie als Grundformen von Regimetypen ansieht.<sup>106</sup> Ein solcher Ansatz kann auch in der aktuellen Literatur im Bereich der politischen Systeme beobachtet werden. Hier ist jedoch insbesondere die elektorale Komponente demokratischer Systeme von Relevanz. Ein autoritäres System ist dementsprechend jedes, welches nicht mindestens auch als elektorale Demokratie klassifiziert werden kann.<sup>107</sup> Diese Distinktion ist allerdings wenig hilfreich bei der Beantwortung der Frage, was genau autoritäres Handeln in einem demokratischen System

---

<sup>105</sup> Siehe hierzu für eine Anwendung an autokratischen Systemen z.B.: Sinkkonen, E. (2021): Dynamic dictators: improving the research agenda on autocratization and authoritarian resilience, in DEMOCRATIZATION, 28(6), S. 1172-1190.

<sup>106</sup> Zürn, M. (2022): Autoritäre Herrschaftsformen im 21. Jahrhundert, in Frankenberg, G., Heitmeyer, W. (Hrsg.), Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 89-116, hier S. 92.

<sup>107</sup> Vgl. Waller, J. G. (2024), S. 374; Lührmann, A., et al. (2018).

ausmacht. Hierfür ist die Auffächerung Zürns von Vorteil, da sie auf die spezifischen Komponenten verweist, welche ein vollständig autokratisches Regime ausmachen.

Nach Zürn erfüllt ein autokratisches System vier Merkmale. Erstens, besteht ein weitreichender Machtanspruch der politischen Führung, zweitens herrscht ein Anspruch auf Alternativlosigkeit weshalb oppositionelle Kräfte kooptiert oder unterdrückt werden, drittens versteht die Regierung ihr Repräsentationsverhältnis als absolut, antipluralistisch und homogen und viertens ist das Herrschaftsverhältnis asymmetrisch und unilateral, von der Bevölkerung wird Folgebrettschaft gefordert, ohne dass die Herrschenden einer Rechenschaftspflicht gegenüber dieser unterliegen.<sup>108</sup>

Geht man von diesen Merkmalen als Grundlage aus, sind politische Handlungen also immer dann als autoritär anzusehen, wenn sie mittel- und unmittelbar zur Erfüllung Komponenten dieser beitragen. Doch was genau sind die Kennzeichen autoritärer Akte, die letztendlich zu vollausgeprägten Varianten autokratischer Regime führen? Die Politikwissenschaft war lange Zeit in ihren Analysemöglichkeiten blind, wenn es um solche Handlungen in demokratischen Systemen ging. So analysiert Glasius korrekterweise: *“Neither regime classification nor authoritarian personality theory helps us to comment intelligently on the concern that Duterte, Modi, Orbán and Trump maybe ‘authoritarian’ or ‘illiberal’ leaders.”*<sup>109</sup>

Marlies Glasius verfasste in diesem Kontext 2018 einen vielbeachteten Aufsatz, in welchem sie eine für ein besseres Verständnis von autoritärem Handeln praxisorientierte Perspektive einnimmt. Diese ist auch notwendig, um in Ausnahmesituationen zwischen legitimer demokratischer Praxis einerseits, und autoritären Handlungen andererseits differenzieren zu können und komplettiert zusammen mit Regimetypologien und psychologischer Praxis das Bild demokratiezuträglichen Agierens. Ebenso wie Adorno et al. sind auch die Analysen Zürns und von Glasius deutlich erkennbar den kontemporären Umständen zu verdanken.<sup>110</sup> Dies zeugt erneut von einem sozialwissenschaftlichen Phänomen sich insbesondere in der Regime

---

<sup>108</sup> Zürn, M. (2022), S. 92-95.

<sup>109</sup> Glasius, M. (2018): What authoritarianism is ... and is not: a practice perspective, in *International Affairs*, 94(3), S. 515-533, hier S. 516.

<sup>110</sup> Dies ist unter anderem an der Plethora an wissenschaftlicher Literatur zur Autokratisierung innerhalb demokratischer Systeme zu erkennen, die nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten veröffentlicht wurde. Die Fallauswahl ist trotz des erkennbaren Bezugs auf die USA jedoch auch hier schon deutlich breiter gefächert, lässt aber dennoch auf die perzipierte Bedeutung dieses Ereignisses schließen. Siehe hierfür z.B. Levitsky, S., Ziblatt, D. (2019): *Wie Demokratien Sterben. Und was wir dagegen tun können*, übers. V. Klaus-Dieter Schmidt, Pantheon, München (engl. 2018).



und Autoritarismus Forschung mit den gegenwärtigen, durch die eigene Erfahrung der Autoren wahrgenommenen Problemen ihrer Zeit auseinanderzusetzen.<sup>111</sup>

Um das bisher unzureichende Verständnis von dem, was autoritäre Handlungen im Kern ausmacht zu erweitern, schlägt Glasius vor die der zugrundeliegenden Unterscheidung von Autokratie und Demokratie ausmachende Komponente als Ausgangspunkt zu nehmen. Als solche identifiziert sie die Verantwortbarkeit von Regierenden gegenüber dem Volk.<sup>112</sup> Daraus ergeben sich für autoritäre Praktiken Muster von Aktionen, die darauf abzielen eine solche zu unterminieren oder in den Worten Glasius: *a pattern of actions, embedded in an organized context, sabotaging accountability to people ('the forum') over whom a political actor exerts control, or their representatives, by disabling their access to information and/or disabling their voice.*<sup>113</sup>

Diese weisen typischerweise drei konkrete Eigenschaften auf:

1. Geheimhaltung: Verschweigen von Entscheidungen und Prozessen vor der Öffentlichkeit
2. Desinformation: Vorsätzliche Verbreitung falscher oder irreführender Informationen, um die Transparenz zu unterminieren
3. Unterdrückung kritischer Stimmen: Unterbindung von Dissens oder Opposition, entweder durch rechtliche Mittel oder Zwangsmaßnahmen<sup>114</sup>

Glasius differenziert hierbei zusätzlich dazu noch zwischen autoritären und illiberalen Praktiken. Im Gegensatz zu autoritären, definiert sie illiberale Methoden als „*pattern of actions, embedded in an organized context, infringing on the autonomy and dignity of the person.*“<sup>115</sup> Während erstere also primär Vorgänge beschreiben, die demokratische Prozesse durch Sabotage von Verantwortung und Partizipation schädigen, beziehen sich illiberale Handlungen in diesem Kontext auf die Beeinträchtigung individueller Autonomie und Würde (oftmals durch die Verletzung von Menschenrechten). Gemeinsam mit den in den vorherigen

---

<sup>111</sup> Vgl. dazu z.B. Jörke, D. (2022): Liberale Demokratietheorie in der Krise, in Neue Politische Literatur, 67, S. 249-266.

<sup>112</sup> Vgl. Glasius, M. (2018), S. 521.

<sup>113</sup> Ebd. S. 527.

<sup>114</sup> Vgl. Ebd. S. 525-529.

<sup>115</sup> Ebd. S. 530.

Kapiteln extrahierten Handlungsarten, welche zur Manifestierung autoritärer Tendenzen in der Bevölkerung geeignet sind, bietet dies eine holistische Perspektive auf demokratieschädigende Verfahren.

Glasius Rahmenkonzept wurde auch bereits in der wissenschaftlichen Literatur zur Corona-Pandemie aufgegriffen. So nutzten unter anderem Edgell et al. dieses als Grundlage zur Detektion demokratischer Normverletzungen während der Pandemie. In ihrer Konzeptionalisierung demokratischer Standards für Notstandsmaßnahmen kombinieren sie autoritäre und illiberale Praktiken und erhalten dadurch sieben Typen von überprüfbaren Komponenten: Diskriminierende Maßnahmen, Ausnahmen von nicht aussetzbaren Rechten, missbräuchliche Vollstreckungen, Notmaßnahmen ohne determiniertes Auslaufdatum, Beschränkungen der Legislative, Desinformationskampagnen der Regierung und Einschränkung der Medien.<sup>116</sup> Diese werden von ihnen zu dem in der Einleitung erwähnten PanDem Index zusammengefasst, in welchem demokratische Normverletzungen weltweit zwischen März 2020 und Juni 2021 erfasst werden sollen.<sup>117</sup>

Dies bildet zwar einen großen Teil der Hochphase des pandemischen Geschehens global ab, lässt aufgrund des zeitlichen Rahmens jedoch einige für eine Analyse des Gesamtgeschehens relevante Entwicklungen außen vor. So traten anderem z.B. die 3G-Regelungen erst im November 2021 bundesweit in Kraft.<sup>118</sup> Es ist daher entscheidend, dass auch die im weiteren Verlauf der Pandemie getroffenen Maßnahmen, ihre wissenschaftliche Grundlage und Angemessenheit, sowie die rhetorischen Begründungen von diesen analysiert werden. Hierfür bieten die beschriebenen Komponenten einen guten Ausgangspunkt zur Evaluierung.

### 2.2.1 Demokratischer Nutzen autoritärer Mechanismen

Exzeptionelle Situationen wie die Covid-19 Pandemie stellen Demokratien bezüglich schneller Handlungsfertigkeiten vor großen Herausforderungen. Neben den negativen Auswirkungen

---

<sup>116</sup> Edgell, A. B., et al. (2021): Pandemic backsliding: Violations of democratic standards during Covid-19, in *Social Science & Medicine*, 285, 114244, S. 3 f.

<sup>117</sup> Vgl. <https://www.v-dem.net/pandem.html>.

<sup>118</sup> Siehe hierzu die Änderung des Infektionsschutzgesetzes zum 24.11.2021 §28b, <https://www.buzer.de/gesetz/2148/al161869-0.htm>.

restriktiver Eindämmungsmaßnahmen in Bezug auf Demokratiequalität wurde in der Öffentlichkeit und Literatur auch immer wieder auf die begrenzten Handlungsoptionen von Regierungen demokratischer Systeme im Vergleich zu Autokratien verwiesen. Die berechtigte Annahme, dass *Checks and Balances* während der Pandemie zwar zur Absicherung von Institutionen und Strukturen beitrugen, führt auf der anderen Seite zur Vermutung, dass diese Entscheidungsprozesse verlangsamt und ebenso Einfluss auf den Umfang getroffener Instrumente hatten. Schwartz bezeichnet dies als den „authoritarian advantage“, welcher im Wesentlichen aus drei Merkmalen (einer zentralisierten Entscheidungsgewalt, öffentlicher Unterstützung des Regimes und direkten Beziehungen der Regierung zu den Massenmedien des Landes) besteht.<sup>119</sup> Zumindest für die Anfangsphase scheint dies plausibel, für den weiteren Verlauf kann diese Behauptung allerdings nicht ohne weiteres aufrechterhalten werden.

Die Ergebnisse wissenschaftlicher Literatur diesbezüglich, in welcher meist Übersterblichkeit als abhängige Variable zur Messung der Performanz politischer Regime verwendet wird, weisen jedoch ein uneinheitliches Bild auf. So können Cassan und Steenvoort in einer Analyse der ersten Infektionswelle keine Unterschiede zwischen Autokratien und Demokratien finden. Andererseits divergierten ihre Ergebnisse für die zweite Welle zugunsten autokratischer Systeme, was weniger für eine bessere Bewältigung der Pandemie aufgrund der theoretischen Vorteile dieser Systeme, sondern eher für eine Verzerrung der Meldezahlen in diesen spricht. Cassan und Steenvoort sprechen in diesem Zusammenhang von „biasing autocracy“.<sup>120</sup> Diese Perspektive teilt auch Annaka, die in einer Validierungsstudie die Unterschiede in der Transparenz bei der Berichterstattung von an Covid-19 Verstorbenen untersuchte. Auch sie kommt zu dem Schluss, dass die ausschlaggebende Determinante der höheren Sterbezahlen in Demokratien auf deren größere Transparenz bezüglich der Daten zurückzuführen sei.<sup>121</sup> Das der aktive Wille zur Verfälschung von Statistiken, um eine vermeintlich positivere Performanz von Regierungen zu evozieren jedoch nicht nur auf Autokratien beschränkt ist, zeigt Donald Trumps Aussage mit Hinblick auf Corona Testungen in den USA. So schrieb dieser auf X vormals

---

<sup>119</sup> Vgl. Schwartz, J. (2012): Compensating for the ‘Authoritarian Advantage’ in Crisis Response: A Comparative Case Study of SARS Pandemic Responses in China and Taiwan, in *Journal of Chinese Political Science*, 17, S. 313-331.

<sup>120</sup> Vgl. Cassan, G., Steenvoort, M. v. (2021): Political regime and COVID 19 death rate: Efficient, biasing or simply different autocracies? An econometric analysis, in *SSM - Population Health*, 16, 100912.

<sup>121</sup> Annaka, S. (2021): Political regime, data transparency, and COVID-19 death cases, in *SSM- Population Health*, 15, 100832, S. 5.

Twitter: "Cases up because we TEST, TEST, TEST. A Fake News Media Conspiracy [...]".<sup>122</sup> Beispiele wie dieses untermauern die Relevanz theoretischen Annahmen von Glasius bezüglich autoritärer Handlungspraktiken in demokratischen Systemen, in welche sich diese Art der versuchten Einflussnahme auf öffentliche Verantwortlichkeit durch Trump einordnen lassen.

Eine einfache Analyse auf Basis einer Dichotomisierung von politischen Regimen wird weiterhin dadurch erschwert, dass sowohl demokratische wie auch autokratische Länder sich in ihren genauen, für die Krisenbekämpfung relevanten Spezifikationen unterscheiden. Dies wird z.B. anhand der Kapazitäten der öffentlichen Gesundheitssysteme deutlich.<sup>123</sup> Das mit Blick auf die Sterbezahlen außergewöhnliche schlechte Abschneiden der Vereinigten Staaten in der Pandemie (welches natürlich nicht ausschließlich auf politisches Versagen zurückgeführt werden kann, sondern ebenso von anderen Faktoren wie den präexistenten gesundheitlichen Defiziten in der Gesamtbevölkerung abhing) verweist dementsprechend vielmehr auf den Einfluss der Qualität von Regierungsarbeit auf das pandemische Geschehen innerhalb eines Landes. So konnten Silva da et al. in ihrer Studie einen positiven Zusammenhang zwischen Korruptionsbekämpfung, Regierungseffektivität, Qualität von Regulierungen und Rechtsstaatlichkeit und verringerter Übersterblichkeitsrate feststellen.<sup>124</sup> Weiterhin lässt sich für die Pandemie und deren Verlauf sowohl eine inter- wie auch Intradivergente Art und Weise der Erhebung an durch Corona Verstorbene feststellen.<sup>125</sup> Dies zeigt sich auch in einer der aktuellsten Vergleichsuntersuchungen von Ha et al. aus dem Jahr 2024. Auch ihre Untersuchung zeigt sowohl bei der Reduktion von Infektionsraten wie auch Todesfällen eine bessere Performanz von autoritären Systemen. Wie auch die vorangegangenen Analysen sehen die Autoren jedoch neben der möglichen Erklärung hierfür, dass Autokraten deutlich striktere Maßnahmen erließen und die Bevölkerung aus Furcht vor

---

<sup>122</sup> Trump, D. zitiert nach Dale, D. (26.10.2020): Fact check: Trump continues to falsely claim that spike in coronavirus cases is due to heightened testing, in cnn.com, <https://edition.cnn.com/2020/10/26/politics/fact-check-testing-cases-october/index.html>.

<sup>123</sup> Vgl. Laishram, C., Kumar, P. (2021): Democracies or Authoritarians? Regime Differences in the Efficacy of Handling Covid-19 in 158 Countries, in *Indian Journal of Public Administration*, 67(3), S. 470-483, hier S. 479.

<sup>124</sup> Vgl. Silva da, et al. (2023): National governance and excess mortality due to COVID-19 in 213 countries: a retrospective analysis and perspectives on future pandemics, in *Globalization and Health*, 19(80).

<sup>125</sup> Beispielhaft hierfür ist unter anderem die von der chinesischen Regierung im Dezember 2022 geränderte Definition der gemeldeten Todesfälle, sodass nur noch Fälle erfasst wurden, in denen COVID-19 direkt zu einem respiratorischen Versagen führte. Vgl. Yu, V. (20.12.2022): China changes definition of Covid deaths as cases surge, in *theguardian.com*, <https://web.archive.org/web/20221222175121/https://www.theguardian.com/world/2022/dec/21/china-covid-infection-surge-puts-end-of-global-emergency-in-doubt-who>.

Bestrafung diesen eher Folge leisteten, wieder die unterschiedliche Erfassung von Todesfällen und die Mindermeldungen von diesen in autoritären Systemen als Hauptgrund hierfür.<sup>126</sup>

Während es also durchaus theoretische Argumente für eine autoritär gestaltete Bekämpfung der Corona-Pandemie gibt, finden sich in der evidenzbasierten Wissenschaftsliteratur jedoch erhebliche Zweifel daran, ob diese auch tatsächlich greifen. Dies wurde bislang vor allem auf Ebene nationaler Regime untersucht, bei denen die analysierten Subjekte entweder als Autokratien oder Demokratien klassifiziert werden konnten.<sup>127</sup> Es erscheint daher sinnvoll dennoch autoritäre Mechanismen nicht vollkommen außen vor zu lassen, wenn es um demokratisches Regieren im Ausnahmezustand geht.

Costello et al. nennen als potenziell positiven Nutzen von RWA für Gesellschaften in Demokratien unter anderem die negative Korrelation von diesem mit der Toleranz gegenüber Korruption und einer Unterstützung des sozialen Zusammenhalts. In integrativen normativen Kontexten fördert RWA zudem die Akzeptanz von Gruppen außerhalb der eigenen, sowie die Unterstützung von Vielfalt und das Verbot von Hassreden. Der gesteigerte Respekt vor Autorität könnte zudem die Einhaltung von Vorschriften im Bereich der öffentlichen Gesundheit fördern, sofern diese von vertrauenswürdigen Führungspersonlichkeiten der eigenen Gruppe vertreten wird.<sup>128</sup>

Costello et al. verweisen im nächsten Zug jedoch auch auf die Gegenargumente, welche einen Nutzen von RWA in Frage stellen. Da die Wirksamkeit von integrativen gesellschaftlichen Normen abhängt, übt RWA in vorurteilsbeladenen Kontexten eine verstärkende Wirkung auf Intoleranz aus. Da Individuen, die eine hohes Maß an RWA aufweisen oft kleinen Gruppen den Vorrang vor breiteren gesellschaftlichen Interessen geben, erschwert dies weiterhin größere Interventionen. Zu guter Letzt birgt das Ausnutzen autoritärer Tendenzen durch politische Akteure immer die Gefahr, dass Entscheidungsträger ihre Autorität missbrauchen, was die Gefahren von „wohlwollenden Diktatoren“ Szenarien verdeutlicht.<sup>129</sup>

---

<sup>126</sup> Vgl. Ha, H., et al. (2024): Authoritarian and democratic states: the COVID-19 pandemic and the efficacy of public health outcomes, in *Journal of Public Policy*, S. 767-784, hier S. 779 f.

<sup>127</sup> Differenzierte Aussagen zu den verschiedenen Systemen in Bezug auf deren Performanz in der Corona-Pandemie finden sich jedoch vereinzelt auch z.B.: in Ha, H., et al. (2024).

<sup>128</sup> Vgl. Costello et al. (2023), S. 226.

<sup>129</sup> Ebd.

Neben dem Nutzen autoritärer Tendenzen, können aber ebenso Strategien und Methoden populistischer Akteure für demokratische Zwecke nutzbar gemacht werden. So bestanden während der Pandemie große Unsicherheiten in Bezug auf das Virus, die Übertragungswege und die Folgen einer Ansteckung für das Individuum. Die Dissonanz zwischen erlebten Freiheitsbeschränkungen und individuell verbrieften Rechten kann in diesem Zusammenhang zu einer Entkoppelung des Bürgers vom vielschichtigen demokratischen System und damit einer Entfremdung führen. Es ist deshalb von essenzieller Bedeutung, dass die multidimensionale Herausforderung in Krisen wie der Corona-Pandemie durch eine Komplexitätsreduktion zu einer, für die Öffentlichkeit nachvollziehbaren Problemstellung wird. Während dieser Vorgang auf praktisch jeden Bereich öffentlicher Kommunikation in der Politik zutrifft, da Akteure alle Themen rhetorisch spezifisch rahmen und einzelne Bedeutungen hervorgehoben werden, ist dieses Argumentationsmuster der aktiven Realitätsreduktion zur Erreichung einer geschlossenen Gesellschaft im Kern autoritär und populistisch.<sup>130</sup> Beispielhaft hierfür ist das von politischen Akteuren aus diesem Bereich oft bemühte „Phantasma des wahren Volkes“.<sup>131</sup> Ziel muss es also sein, eine größtmögliche Mitwirkung innerhalb der Bevölkerung zur Eindämmung der Pandemie zu erreichen, indem die Komplexität des Problems so weit wie möglich verringert wird, ohne dabei die pluralen Interessen einer Gesellschaft insgesamt zu vernachlässigen. Ein extremes Negativbeispiel für die Auswirkungen einer zu starken Reduktion der von der Pandemie induzierten Probleme ist Indien. Aufgrund des primären Fokus der Regierung auf die Ausbreitung des Virus bei gleichzeitig fehlender Aufklärung der Allgemeinbevölkerung wurden Millionen von Wanderarbeitern aus den Städten getrieben. Dies bedeutete für diese nicht nur eine größere Gefahr durch den Hungertod als das Corona-Virus, sondern in vielen Fällen ebenso eine Stigmatisierung erkrankter Personen im ländlichen Raum.<sup>132</sup>

---

<sup>130</sup> Vgl. Günther, K. (2022): Selbstbehauptung ohne Selbstbestimmung. Neue ideologische Attraktivität des Autoritären aus alten Konzepten, in, in Frankenberg, G., Heitmeyer, W. (Hrsg.), Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 161-195.

<sup>131</sup> Ebd. S. 163.

<sup>132</sup> Vgl. hierzu die Berichte von Tagesschau und Deutschlandfunk: Dittrich, S. (23.06.2020): Indien: Corona als soziales Stigma. Die neuen Unberührbaren, in deutschlandfunkkultur.de, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/indien-corona-als-soziales-stigma-die-neuen-unberuehrbaren-100.html>; Musch-Borowska, B. (13.04.2020): Corona-Epidemie in Indien. Industrie soll teils wieder hochfahren, in tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/ausland/corona-indien-industrie-101.html>.

Dies bedeutet auch, dass die „Grenzen wissenschaftlicher Evidenz“ für politische Akteure und die Allgemeinheit erkennbar gemacht werden müssen.<sup>133</sup> Dies dient dazu, den negativen Effekten autoritärer Syndrome

Für eine effektive Krisenbewältigung können also spezifische autoritäre Strategien sinnvoll sein. Ebenso kann es, wenngleich dies für Demokratien immer auch ein Risiko darstellt autoritäre Syndrome wie das RWA in Notstandslagen zu instrumentalisieren, dennoch zielführend sein diese innerhalb gewisser Rahmenbedingungen und in begrenztem Umfang zur Anwendung zu bringen. Dies deckt sich z.B. mit den Ergebnissen im Hinblick auf eine positive Korrelation von RWA und Unterstützung von Corona-Maßnahmen in Deutschland von Klebba und Winter.<sup>134</sup>

Die Herausforderung hierbei besteht jedoch unter anderem darin, dass RWA-Individuen auch tatsächlich die notwendigen Autoritäten anerkennen und ihnen deshalb folge leisten. Eine Studie von Frimer et al verweist darauf, dass die individuelle ideologische Ausrichtung maßgeblich dafür entscheidend ist, welchen Autoritäten Personen vertrauen schenken. Es können sich also sowohl liberale wie auch konservativ gerichtete Menschen gleichermaßen Autoritäten unterordnen, sofern diese mit ihren eigenen Moralvorstellungen übereinstimmen.<sup>135</sup> Die noch wichtigere Erkenntnis aus dieser Studie ist jedoch, dass als ideologisch neutral wahrgenommene Autoritäten von beiden Seiten akzeptiert wurden.<sup>136</sup> Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass um eine möglichst breite Bereitschaft zur Mitwirkung an Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu erreichen, eine als ideologisch neutral wahrgenommene Autorität in Entscheidungsprozesse involviert sein sollte. Im Fall der Pandemie also z.B. Epidemiologen und Wissenschaftler, die in der Öffentlichkeit auf keiner ideologischen Seite verortet werden.

---

<sup>133</sup> Interdisziplinäre Kommission für Pandemieforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) (2022): Wissenschaften in der Coronavirus-Pandemie. Erkenntnisse, Wissens- und Handlungslücken sowie Schlussfolgerungen für die Vorbereitung auf künftige Pandemien.

<sup>134</sup> Vgl. Klebba, L. J., Winter, S. (2024).

<sup>135</sup> Vgl. Frimer, J. A., et al. (2014): Political Conservatives' Affinity for Obedience to Authority Is Loyal, Not Blind, in *Personality and Social Psychology Bulletin*, 40(9), S. 1205-1214.

<sup>136</sup> Vgl. Ebd. S. 1211.

### 3. Reziproke Autoritätskonzeption als demokratische Legitimierungsgrundlage autoritären Regierungshandelns im Ausnahmezustand

In dem folgenden Abschnitt soll nun das Konzept der Autorität als mögliche Lösung für ein demokratisch legitimes Handeln im Ausnahmezustand diskutiert werden. Dafür wird ausgehend von Hannah Arendts Beiträgen zuerst in das Konzept der Autorität selbst eingeführt um dieses anschließend in der deliberativen Demokratietheorie zu verorten. Danach werden die Notwendigkeit und Anwendbarkeit von Autorität in modernen Demokratien im Ausnahmezustand besprochen, sowie auf die Probleme hiervon eingegangen.

#### 3.1 Hannah Arendts Autoritätskonzeption als Ausgangspunkt

Es ist im Kontext autoritärer Verführungen auch immer Autorität, um welche es sich letztendlich im Kern aller Argumentationen dreht. Frankenberg bringt es konzise so auf den Punkt:

*“These phenomena are internally related to the question of who is entitled to decide with ultimate authority about, primarily, the distribution of freedom, the recognition of identity, and the access to common goods. Commonly, such problems of authority are specified as practices of corruption or institutional defects, deviant forms of governance or pathological symptoms of representation and participation.”<sup>137</sup>*

Es sind eben jene Brüche im Vertrauen der Menschen in demokratische Institutionen und Prozesse, welche die Schritte hin zur Anbietung an autoritäre Figuren ermöglichen und von diesen selbst intentional provoziert werden. Dies ist neben der sozialkognitiven Dimension und der Dimension der politischen Herrschaftsorganisation die dritte Komponente der Komplexitätsreduktion, welche Klaus Günther beschreibt. Der Wegfall des kombinativen

---

<sup>137</sup> Frankenberg, G. (2022): Exploring the Topography of the Authoritarian: Populism, Illiberalism, and Authoritarianism, in The Journal of Illiberalism Studies, 2(1), S. 1-15, hier S. 2.



institutionellen Vertrauens und personalen Vertrauens führt zur Hinwendung zu einer eindimensionalen Vertrauensebene. Diese bezieht sich ausschließlich auf die autoritäre Führungspersönlichkeit und ermöglicht dadurch ein Patronage-Klientel-Verhältnis.<sup>138</sup>

Der Verlust traditionell anerkannter Autoritäten wie den demokratischen Institutionen eines Landes bereitet dementsprechend den Boden dafür, diese durch Alternativen zu ersetzen. Eine ähnliche Einsicht, wenn auch in Bezug auf andere Formen traditioneller Autorität, beschreibt Hannah Arendt bereits 1968 in ihrem Essay „Was ist Autorität?“. So schreibt sie: *„Politisch gesprochen ist das evidenteste Zeichen des modernen Autoritätsverlustes natürlich das Aufkommen der totalitären Herrschaftsapparate, die sowohl ideologisch wie praktisch-moralisch den Zusammenbruch aller traditionell gesicherten Autoritäten im politischen wie gesellschaftlichen Bereich voraussetzen.“*<sup>139</sup>

Wenngleich ihr Erkenntnisinteresse insbesondere der Entstehung des Totalitarismus galt, sind ihre Diagnosen zur Autorität in der modernen Gesellschaft auch heute noch hoch relevant.

Doch wenn es hierbei im Kern immer um Autorität geht, muss zuerst die Frage beantwortet werden, um was es sich dabei denn eigentlich handelt. Auch hierfür stellt Arendts Werk einen sinnvollen Ausgangspunkt dar. Gleich zu Beginn ihres Essays stellt Arendt die These auf, dass der Titel von diesem korrekterweise eigentlich „Was war Autorität?“ lauten müsste.<sup>140</sup> Denn bereits in vorangegangenen Arbeiten sah Arendt ihre Konzeption von Autorität in den zeitgenössischen Demokratien schwinden. So schrieb sie bereits 1956: *„Nowhere was this breakdown the direct result of the regimes or movements themselves, but it seems as though totalitarianism, in the form of regimes as well as movements, was best fitted to take advantage of a general politic and social atmosphere in which the validity of authority itself was radically doubted“*<sup>141</sup>

Arendt sah Autorität als Konzept selbst also im Abschwung begriffen und dies nicht, weil spezifische Kräfte diese ausgehöhlt hätten, sondern vielmehr als ein Produkt mehrerer Faktoren der Moderne. So z.B. durch den paradigmatischen Wandel der Philosophie im Zuge

---

<sup>138</sup> Vgl. Günther, K. (2022): S. 181-191.

<sup>139</sup> Arendt, H. (2016): Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken, Ludz, U. (Hrsg.), Piper Verlag GmbH, München, 4. Auflage, S. 163.

<sup>140</sup> Ebd. S. 159.

<sup>141</sup> Arendt, H. (1956): Authority in the Twentieth Century, in The Review of Politics, 18(4), S. 403-417, hier S. 403.

der Aufklärung. Ihre Forderung nach Vernunft und Autonomie führten zu einem systematischen Hinterfragen traditioneller Autoritäten wie der Kirche. Explizit nennt sie René Descartes skeptischen Satz „de omnibus dubitandum est“ (alles muss in Zweifel gezogen werden), der eine philosophische Wende markierte, die traditionellen Glaubensstrukturen und religiösen Institutionen den Boden entzog.<sup>142</sup> Neben dem Gedankengut der Aufklärung spielten zudem der Aufstieg des Individualismus, welcher nach Arendt zu einer Erosion gemeinschaftlicher Werte und aus dem Kollektiv geborener Traditionen führte, und politische Umbrüche wie die französische und amerikanische Revolution und dem damit einhergehenden Bruch mit der Tradition monarchischer Herrschaft, welcher neue politische Ordnungen hervorbrachte eine tragende Rolle.<sup>143</sup>

Doch was genau ist nun diese traditionelle Form der Autorität? Auch wenn Arendt gleich zu Beginn angibt, diese nicht definieren zu wollen, offeriert sie uns doch eine recht umfangreiche Beschreibung dessen, was sie als verloren ansieht. Sie beschreibt diese vor allem als Negativdefinition in Abgrenzung zu anderen Konzepten, um ihr Verständnis deutlich zu machen. So schreibt sie:

*„Da Autorität immer mit dem Anspruch des Gehorsams auftritt, wird sie gemeinhin für eine Form von Macht, für einen Zwang besonderer Art gehalten. Autorität jedoch schließt gerade den Gebrauch jeglichen Zwanges aus, und wo Gewalt gebraucht wird, um Gehorsam zu erzwingen, hat Autorität immer schon versagt. Andererseits ist Autorität unvereinbar mit Überzeugen, welches Gleichheit voraussetzt und mit Argumenten arbeitet. Argumentieren setzt Autorität immer außer Kraft. Der egalitären Ordnung des Überzeugens steht die autoritäre Ordnung gegenüber, die ihrem Wesen nach hierarchisch ist. Will man also Autorität überhaupt definieren, so würde es sich vor allem darum handeln, sie klar sowohl gegen Zwang durch Gewalt wie gegen Überzeugen durch Argumente abzugrenzen. Denn die autoritäre Beziehung zwischen dem, der befiehlt, und dem, der gehorcht, beruht weder auf einer beiden Teilen gemeinsamen Vernunft noch auf der Macht des Befehlenden. Was beide gemeinsam haben, ist die Hierarchie selber, deren Legitimität beide Parteien anerkennen und die jedem von ihnen seinen von ihr vorbestimmten, unveränderten Platz anweist.“<sup>144</sup>*

---

<sup>142</sup> Vgl. Arendt, H. (2016), S. 161.

<sup>143</sup> Vgl. Ebd. S. 198 f., 201.

<sup>144</sup> Ebd. S. 159 f.

Autorität muss in diesem Zusammenhang also als primordiales Konstrukt betrachtet werden, welche soziale Beziehungen in hierarchischer, jedoch reziprok anerkannter Art und Weise strukturiert. Sie ist zusätzlich frei von Zwang und Gewalt, da diese dem Konzept der Autorität selbst zuwiderlaufen würden und die Interdependenz in der Relation des Befehlenden und des Empfängers auflöst. Primordialität wird hierbei vorausgesetzt, da Arendt Argumentation als Komponente von Autorität ausschließt. Doch wie könnte ein derartiges Konzept von Autorität in einem demokratischen System funktionieren, beruht ein solches schließlich im Kern auf dem Prinzip der Egalität?

Als Ausgangspunkt für ihre Überlegungen rekurriert Arendt auf das auctoritas-Prinzip aus der römischen Tradition. Dieses beschreibt eine Form von Autorität, die auf Anerkennung, Legitimität und Tradition basiert, ohne dabei Mittel wie Zwang oder Überzeugung zurückzugreifen. Dieses konnte als Stabilisierungsfaktor der römischen Politik betrachtet werden. Auctoritas dient als Bindeglied zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Sie gewährleistet nach Arendt die Kontinuität der politischen Ordnung und schützt diese vor Willkür und Zerfall.<sup>145</sup> Der Vergangenheitsbezug der Autorität entsteht durch den Gründungsmythos der Stadt, welcher über Generationen tradiert wurde und als göttliche Fügung betrachtet der Autorität nachfolgender Herrscher eine besondere Legitimität einräumte. So meint Arendt „[v]erpflchtend sind die Taten der Ahnen und die uralten Bräuche, die auf sie zurückgehen.“<sup>146</sup> Dementsprechend war auctoritas tief in den Wurzeln der gesellschaftlichen Normen Roms verankert. Das heißt jedoch auch, dass es sich hierbei nicht um eine legislativ fixierte Kompetenz handelte, sondern vielmehr ergab sich die Wirkmächtigkeit dieser ausschließlich durch das Ansehen, welches Alte und Senatoren durch die Gesellschaft zugebilligt wurde.<sup>147</sup> Es ist demnach trotz des von Arendt postulierten, nicht hinterfragbaren Charakters der Autorität im Kontext des römischen Senats eine nur scheinbar robuste Struktur, die der hierarchischen Beziehung zugrunde liegt. So schreibt Schöneberger hierzu: „[D]as römische Verständnis von Autorität [offenkundig] in spezifischer Weise fragil. Der Rat darf nicht zu einem verbindlichen Befehl erstarken, soll er nicht den eigentlichen Vorteil der Autorität einbüßen, der in der Freiwilligkeit ihrer Beachtung seitens des Handelnden liegt.“

---

<sup>145</sup> Vgl. Ebd. S. 170 f., 187 ff.

<sup>146</sup> Ebd. S. 190.

<sup>147</sup> Vgl. Ebd. 188.

*Zugleich darf der Ratgeber jedoch nicht institutionell irrelevant werden, obwohl sein Rat nicht rechtsverbindlich sein kann und sein darf.*<sup>148</sup>

Sie kann also als „Person-Macht“, „Überzeugungsmacht“ oder auch „Ansehensmacht“ beschrieben werden, die der „Amtsmacht“ (potestas) gegenübersteht, welche ihre Quelle „in sich selbst hat“.<sup>149</sup> Während im politischen Rom also der Senat als Ausdruck des auctoritas-Prinzips verstanden werden kann, ist der ihm zugrundeliegende Autoritätsmechanismus ein präpolitischer. Es findet bei Arendt also eine Distinktion zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre statt, Letztere wirkt aber durch gesellschaftliche Normen bis in den politischen Bereich hinein.<sup>150</sup> Straßenberger denkt die Differenzierung von Macht und Autorität dahingehend weiter, dass für sie demzufolge *„[...] Bürger, sofern sie sich politisch organisieren, Macht [besitzen], und sie können jemanden beauftragen, die politische Macht in ihrem Namen auszuüben, aber weder der in welcher Form auch immer organisierten Bürgerschaft noch der durch Mehrheitsentscheid beauftragten Staatsmacht kommt Autorität zu.*<sup>151</sup> Macht ist also immer an ein Kollektiv gebunden und kann nicht durch individuelle Akteure ausgeübt werden. Autorität hingegen kann indes auch von einzelnen Personen wie z.B. einem Arzt in der Beziehung mit seinem Patienten ausgehen. Macht ist im Gegensatz zu Autorität flüchtig und verschwindet sobald sich die Gruppe, durch welche sie ausgeübt wird, zerstreut.<sup>152</sup>

Da für Arendt Autorität eben keine Analysekategorie zur Untersuchung moderner Phänomene darstellt, sondern vielmehr die übergreifende Komponente in der Strukturierung menschlichen Zusammenlebens zu jeder Zeit bedeutet,<sup>153</sup> kommt ein Verlust dieser der Zerstörung einer gesamten Gesellschaft gleich. Der Verfall von Autorität in einer der beiden Sphären wirkt sich dementsprechend auch auf diese in der anderen aus, wodurch die Fähigkeit Stabilität und Kontinuität in menschlichen Angelegenheiten zu gewährleisten, ohne auf Gewalt oder Argumentation zurückzugreifen erodiert.<sup>154</sup> Die Beständigkeit einer Demokratie

---

<sup>148</sup> Schöneberger, C. (2010), zit. nach Straßenberger, G. (2013): Autorität: Herrschaft ohne Zwang — Anerkennung ohne Deliberation, in Berliner Journal für Soziologie, 23, S. 493-509, hier S. 507.

<sup>149</sup> Straßenberger, G. (2014): Autorität in der Demokratie. Zur republikanischen Rezeption des römischen auctoritas-Konzepts bei Hannah Arendt, in Zeitschrift für Politische Theorie, 5(1), S. 67-82, hier S. 70.

<sup>150</sup> Vgl. Schulze Wessel, J. (2006): Über Autorität, in Vorländer, H. (Hrsg.), Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 57-65.

<sup>151</sup> Straßenberger, G. (2014), S. 78.

<sup>152</sup> Vgl. Ebd.

<sup>153</sup> Vgl. Arendt, H. (2016): S. 164.

<sup>154</sup> Vgl. Schulze Wessel, J. (2006), S. 58-63.

hängt aus dieser Perspektive also von der Existenz solcher autoritativen Strukturen ab, die freiwillig anerkannt werden. Dies bedeutet auf der anderen Seite jedoch nicht, dass die Autorität selbst ein demokratisches Konzept wäre. Arendt schließt dies im Gegenteil sogar aus, denn Autorität „[...] bedarf weder des Zwanges noch der Überredung. So kann ein Vater seine Autorität entweder dadurch verlieren, daß[sic] er das Kind durch Schläge zwingt, oder dadurch, daß[sic] er versucht, es durch Argumente zu überzeugen. In beiden Fällen handelt er nicht mehr autoritär, in dem einen Fall tyrannisch, in dem anderen demokratisch.“<sup>155</sup>

Eine egalitär ausgerichtete Demokratie gerät in Bezug auf Autorität im Politischen also in einen inhärenten Konflikt mit dieser. Einen Nutzen dieser für Demokratien über die traditionelle Perspektive von Arendt hinaus ist jedoch dennoch möglich. Straßenberger identifiziert vier verschiedene Stränge von Autorität. Persönliche Autorität, die auf individuellem Charisma, moralischer Tugend und vorbildlichem Charakter beruht, fachliche Autorität, die sich auf Fachwissen und berufliche Kompetenz stützt, beratende Autorität (auctoritas), wie sie von Arendt formuliert wird, und delegierte oder demokratische Autorität, also von gewählten Ämtern und institutionalisierter Autorität auf der Grundlage demokratischer Mandate. Von diesen vier Formen leitet lediglich die Letzte ihre Legitimität von Wahlprozessen ab und ist ebenfalls mit Rechenschaftspflicht verbunden.<sup>156</sup> Mit diesen vier Arten bildet Straßenberger einen weiten Teil des soziologischen und normativen Autoritätsdiskurses ab. So inkludiert diese unter anderem die populären Konzeptionen Max Webers, der mit seiner Trias an Autoritätstypen Herrschaftslegitimität begründet. Diese umfassen rechtliche Autorität (Glaube an die Rechtmäßigkeit normativer Regeln), traditionelle Autorität (auch hier findet sich eine starke Ähnlichkeit zu Arendts Argumentation, da diese auf dem Glauben an die Unantastbarkeit althergebrachter Traditionen beruht), und die charismatische Autorität, die auf der Verehrung einzelner Personen fußt.<sup>157</sup>

Straßenberger fasst die vier Varianten in Abgrenzung zu anderen Begrifflichkeiten definitorisch zusammen. Für sie ist Autorität „das politische Phänomen freiwilligen Gehorsams“, aufgrund der „Zuschreibung von moralischer, kognitiver, erfahrungsbasierter oder institutionell gestützter Überlegenheit“.<sup>158</sup> Sie kann also anders als die rein traditionelle

---

<sup>155</sup> Arendt, H. (1994): Macht und Gewalt, in dies. (Hrsg.), Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken. Band 1. München 1994, S. 255-276, hier S. 46, zit. nach Schulze Wessel, J. (2006), S. 62.

<sup>156</sup> Straßenberger, G. (2013), S. 496-505.

<sup>157</sup> Vgl. Haugaard, M. (2018): What is authority?, in Journal of Classical Sociology, 18(2), S. 104-132, hier S. 106.

<sup>158</sup> Straßenberger, G. (2013), S. 506.

Autorität Arendts aus vielen Quellen herausentstehen, auch wenn diese nicht alle die gleiche Stabilität aufweisen. Während Straßenberger für eine strikte Trennung von Autorität und legitimer Herrschaft plädiert, um eine trennscharfe Konzeption von dieser zu ermöglichen,<sup>159</sup> kann sie jedoch zur Legitimation von Entscheidungen und Politikmaßnahmen beitragen. Hierbei kann zwischen „normativer Anerkennungswürdigkeit“, und „deskriptiver Akzeptanz“ unterschieden werden, durch welche vereint betrachtet Herrschaft, wenn diese „[...] auf der Grundlage von anererkennungswürdigen Normen ausgeübt wird und auf ein gewisses Maß an Zustimmung stößt [...] als legitim gelten“ kann.<sup>160</sup> Auch in diese dichotome Legitimitätskonzeption von Herrschaft kann Autorität interpretiert werden. So würde dies im Rahmen eines demokratischen Kontextes bedeuten, dass neben den gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen ebenfalls ein Autoritätsverhältnis zwischen Regierenden und Bürgern herrschen muss, da ohne dieses keine Legitimität in der Befehlsgewalt erzeugt werden könnte. Weder durch normative Prinzipien noch durch empirische Anerkennung durch das Elektorat.

### 3.2 Autorität in der Deliberativen Demokratie

Mit keinem theoretischen Demokratie Rahmenwerk stößt sich die Konzeption von Autorität so sehr, wie es mit der deliberativen Demokratietheorie der Fall ist. Bei dieser handelt es sich um eine „second-order theory“, wie Bianchi es ausdrückt. Diese zeichnen sich vorrangig dadurch aus, Lösungen für moralische Konflikte zu bieten, die sich aus den primären Theorien zur Arbeitsweise von Demokratien ergeben.<sup>161</sup> In diesem Fall also bei der Ausgestaltung demokratischer Entscheidungsprozesse. Nach Flynn enthält der Idealtyp einer deliberativen Demokratie vier normative Prinzipien: Reziprozität, also die Organisation öffentlicher Angelegenheiten im Sinne der Allgemeinheit; Öffentlichkeit, Geheimnisse vor der Öffentlichkeit sollten vermieden werden; Rechenschaftspflicht, politische Akteure sollten für ihre Entscheidungen, die die Bevölkerung betreffen verantwortlich gemacht werden und

---

<sup>159</sup> Ebd. S. 505.

<sup>160</sup> Zürn, M. (2011): Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert, in Politische Vierteljahresschrift, 52(4), S. 603-635, hier S. 606.

<sup>161</sup> Vgl. Bianchi, G. (2008): Introducing Deliberative Democracy: A Goal, A Tool, Or Just A Context?, in Human Affairs, 18, S. 100-106, hier S. 101.

dadurch einem Urteil durch diese ausgesetzt werden; und Inklusion, also dem Prinzip, dass die Interessen aller Mitglieder einer Gemeinschaft in Deliberationsprozesse miteinfließen sollen.<sup>162</sup>

Die simple Grundannahme einer unhinterfragten hierarchischen Beziehung zwischen Individuen läuft dabei dem Kern einer jeder deliberativen Demokratietheorie zuwider. Gleichzeitig liefern jedoch das egalitäre und partizipative Prinzip der Demokratie eines der stärksten Argumente für die Notwendigkeit einer Autoritätskonzeption. So fasst es Benson: *„Democracy distributes political power equally among a community with little more thought to the ability or competence of those it includes than that they are of adult age.“*<sup>163</sup> Noch drastischer drückt es Brennan aus: *“Many of my fellow citizens are incompetent, ignorant, irrational, and morally unreasonable about politics. Despite that, they hold political power over me.“*<sup>164</sup>

Diese nachvollziehbaren Einwürfe insbesondere gegenüber einer deliberativen Demokratiekonzeption werfen die Frage auf, wie Entscheidungen begründet werden können, die durch den Einbezug der Gesamtheit einer Bevölkerung getroffen werden. Die Antworten hierauf können sowohl nach normativen wie auch performativen Kriterien geordnet werden.

Benhabib fasst den normativen Kern der deliberativen Demokratie und die dahinterstehende Idee so: *„According to the deliberative model of democracy, it is a necessary condition for attaining legitimacy and rationality with regard to collective decisions making processes in a polity, that the institutions of this polity are so arranged that what is considered in the common interest of all results from processes of collective deliberation conducted rationally and fairly among free and equal individuals.“*<sup>165</sup> In diesem Idealtyp würden Entscheidungen also dadurch legitimiert, dass jedes Individuum einer Gesellschaft zumindest an der Ausgestaltung dieser teilhat. Die Funktion dieser Logik setzt also nicht am Output an, denn es müssen dadurch nicht imperativ optimale Ergebnisse erzielt werden. Vielmehr gründet sich die Rechtfertigung in der Relevanz eines inklusiven Deliberationsprozesses zur Erreichung einer für alle Teile der

---

<sup>162</sup> Vgl. Ebd. S. 103.

<sup>163</sup> Benson, J. D. (2018): An Epistemic Theory of Deliberative Democracy. A thesis submitted to The University of Manchester for the degree of Doctor of Philosophy in the Faculty of Humanities, S. 8.

<sup>164</sup> Brennan, J. (2011): The Right to a Competent Electorate, in *The Philosophical Quarterly*, 61(245), S. 700-724, hier S. 700.

<sup>165</sup> Benhabib, S. (1996): Toward a Deliberative Model of Democratic Legitimacy, in dies. (Hrsg.), *Democracy and Difference*, Princeton University Press, Princeton, S. 96.

Gesellschaft akzeptablen Politik. Für den performativen Aspekt spricht entgegen den Bedenken von Benson und Brennan, dass Entscheidungen, die von einer Gruppe von Personen getroffen werden, eine größere Wahrscheinlichkeit auf Korrektheit aufweisen sollten als jene von Individuen. Die Idee dahinter ist, dass eine größere Anzahl von Menschen eher epistemische Fehler entdecken kann und dadurch zu korrekten Schlüssen kommen kann.<sup>166</sup> Diese Einsicht teilen Vertreter deliberativer Demokratietheorien nicht nur, sondern können sogar argumentieren, dass gerade durch öffentliche Deliberationsprozesse durch die Involvierung möglichst vieler Teile einer Bevölkerung die Wahrscheinlichkeit ansteigt, dass die Ergebnisse von diesen in mehrfacher Hinsicht korrekt sind.<sup>167</sup>

Diesem Argument entgegen steht jedoch eine immer komplexer werdende Welt. Sowohl aus legislativer Sicht wie auch gesellschaftspolitisch ist dieses Phänomen zu beobachten. Es wirkt daher immer unrealistischer von den Idealbedingungen deliberativer Demokratien auszugehen, welche für effektive Aushandlungsprozesse nicht nur ein Verständnis für die in Frage stehende Problematik voraussetzt, sondern zudem noch ein breites und geteiltes Wissen außerhalb dieser notwendig macht. Brennan folgert, dass ein System rein demokratischer Entscheidungen der Epistokratie moralisch unterlegen sei. Er entwickelt hierfür das „Kompetenz Prinzip“, welches er in Analogie zu einer Gerichtsjury (die in der Literatur als „Condorcet jury theorem“ als epistemische Verteidigung der Demokratie verwendet wird)<sup>168</sup> folgendermaßen begründet: *„It is unjust to deprive citizens of life, liberty or property, or to alter their life prospects significantly, by force and threats of force as a result of decisions made by an incompetent or morally unreasonable deliberative body, or as a result of decisions made in an incompetent and morally unreasonable way.“*<sup>169</sup> Brennan geht in seiner Argumentation also von einem Elektorat aus, welches sowohl in ausreichender Weise inkompetent, wie auch moralisch fragwürdig ist, dass daraus negative und illegitime Entscheidungen resultieren können. Er wendet diese Argumentation jedoch sowohl auf die Regierung wie auf die Wählerschaft gleichermaßen an.<sup>170</sup> Während Brennans Argumentation

---

<sup>166</sup> Vgl. Giesinger, J. (2021): Education as the Remedy: The Justification of Democracy and the Epistocratic Challenge, in Culp, J., et al. (Hrsg.), Liberal democratic education: A paradigm in crisis, Brill/Mentis, Münster, S. 67-81, hier S. 69 f.

<sup>167</sup> Vgl. Ebd. S. 70.

<sup>168</sup> Vgl. Fabienne, P. (2016): The Epistemology of Deliberative Democracy (Penultimate version), in Brownlee, K., Coady, D. (Hrsg.), A Companion to Applied Philosophy, Blackwell, Oxford, S. 76-88.

<sup>169</sup> Brennan, J. (2011), S. 704.

<sup>170</sup> Ebd. S. 706-709.



in vielfacherweise überzeugen kann, finden sich jedoch gleich mehrere Kritikpunkte, die normativ, wie auch vom Standpunkt der Legitimation sowohl eines nach Kompetenzen eingeschränkten Elektorats wie auch der Epistokratie im Allgemeinen entgegenstehen. So stimmt z.B. Estlund zu, dass Experten zwar bessere Entscheidungen als die Allgemeinheit treffen könnten, es jedoch schon an der Frage scheitern würde, wer denn eigentlich als ein solcher anerkannt werden würde.<sup>171</sup> Arendt stößt mit ihrer Argumentation bezüglich der Wahrheit in der Politik in eine ähnliche Richtung: *„Tatsachen sind der Gegenstand von Meinungen, und Meinungen können sehr verschiedenen Interessen und Leidenschaften entstammen, weit voneinander abweichen und doch alle noch legitim sein, solange sie die Integrität der Tatbestände, auf die sie sich beziehen, respektieren.“*<sup>172</sup> So kann die Zuschreibung eines Expertentums nur in begrenztem Umfang erfolgen. Estlund lehnt deshalb aufgrund des erwartbaren demographischen Widerstandes auch eine Epistokratie der Gebildeten ab, zumal auch eine solche bisher noch nicht identifizierte Schäden anrichten könnten, welcher über den Nutzen hinausginge.<sup>173</sup> Auch gibt Arendt mit Blick auf Platon zu bedenken: *„[E]ine Tyrannis der Vernunft ist nicht weniger tyrannisch als die uns geläufigere des Willens und der Macht [...]“*.<sup>174</sup>

### 3.3 Annäherung an eine Autoritätskonzeption für deliberative Demokratien

Doch wie lässt sich dieses Dilemma und die Frage nach Autorität innerhalb der deliberativen Demokratie dann auflösen? Es ist schließlich unstrittig, dass durch die immer weiter ansteigenden Herausforderungen und Spezialisierungen spezifischer Diskurse, sowie die Komplexität von Entscheidungsprozessen Expertenwissen erforderlich macht.

Eine Minimalvoraussetzung einer demokratischen Konzeption von Autorität muss die Revidierbarkeit dieser darstellen. So schreibt Ringen in Bezug auf die Regierungsfähigkeit:

---

<sup>171</sup> Vgl. Estlund, D. (2008): *Democratic Authority*, Princeton University Press, Princeton, NJ, S. 3-4.

<sup>172</sup> Arendt, H. (1972): *Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays*, R. Piper & Co. Verlag, München, S. 29.

<sup>173</sup> Vgl. Estlund, D. (2008), S. 215.

<sup>174</sup> Arendt, H. (2016), S. 173.

*“Authority depends on the willingness of others to listen and be persuaded. No governor has any other authority than that which others see in him. He has the very authority he is able to extract from those he wants to lead and which they are willing to award him. Authority enables governors to get others to do for them, but at the same time the governor is at the mercy of those same others for the authority he needs in order to lead. Authority, then, although appearing to belong to the governor, is really a gift from those he wants to exercise authority over.”<sup>175</sup>*

Im Kontext der deliberativen Demokratie kann jedoch argumentiert werden, dass eine solche Art von Autorität zwar existieren kann, diese allein jedoch nicht ausreicht, um die Standards demokratischer Deliberation zu erfüllen. Estlund entwirft mit der „Democratic Authority“ einen möglichen Lösungsansatz. Estlund argumentiert, dass die demokratische Legitimität auf dem epistemischen Potenzial demokratischer Verfahren beruht, moralisch akzeptable Entscheidungen hervorzubringen. Sein als „epistemischer Prozeduralismus“ bezeichneter Ansatz geht davon aus, dass demokratische Systeme nicht unbedingt unfehlbar sind, wenn es darum geht, korrekte Entscheidungen zu treffen, dass sie jedoch epistemisch wertvoll sind.<sup>176</sup> Demokratien führen tendenziell zu besseren Entscheidungen als willkürliche Verfahren und sind moralisch vertretbar, selbst wenn sie fehlerhaft sind. Diese Legitimität, so Estlund, ergibt sich nicht allein aus dem Fachwissen (um eine elitäre Epistokratie zu vermeiden), sondern vielmehr aus einem öffentlichen Prozess, der eine legitime Chance hat, zu rationalen Ergebnissen zu gelangen, indem er ein Gleichgewicht zwischen Verfahrensgerechtigkeit und Wahrheitssuche herstellt. Er lehnt es dabei ab, sie für die Legitimität vollständig auf die Zustimmung des Einzelnen zu verlassen, da die meisten Bürger nicht ausdrücklich zustimmen, regiert zu werden. Stattdessen führt er das Konzept der „normativen Zustimmung“ ein, wonach der Einzelne aufgrund der Vorteile eines gerechten, wahrheitsorientierten Prozesses moralisch verpflichtet ist, die demokratische Autorität zu akzeptieren. Dieser normative Rahmen, so Estlund, begründet die Autorität des Staates gegenüber den Bürgern so, als ob diese zugestimmt hätten, auch wenn keine formale Zustimmung vorlag.<sup>177</sup>

---

<sup>175</sup> Ringen, S. (2011): It’s about authority, stupid! Having power is not enough to get things done, in WZB-Mitteilungen, 133, S. 7-9, hier S. 9.

<sup>176</sup> Vgl. Estlund, D. (2008), S. 7-9.

<sup>177</sup> Vgl. Ebd. S. 9-10.

Während Estlund mit diesem Konzept eine umfassende Ausarbeitung für eine normativ sowie performativ valide Begründung für demokratische Autorität für deliberative Demokratiekonzepte bietet, ist die Voraussetzung der unabdingbaren Einbindung von Bürgern jedoch insbesondere in Krisenzeiten nicht nur wenig hilfreich, sondern zudem realitätsfern. Sein Konzept der normativen Zustimmung, bietet hier für weitere Ausarbeitungen jedoch eine praktikable Grundlage für die demokratische Legitimität von Entscheidungen.

Eine der populärsten Rahmenwerke eines für das Vorhaben dieser Arbeit geeigneten Verständnisses demokratischer Autorität bietet Warren. Er begründet seine Form demokratischer Autorität mit den zuvor aufgeführten Problemen, mit welchen moderne Demokratien konfrontiert sind. Auf der einen Seite sieht er die funktionale Notwendigkeit für Autorität. Hochentwickelte Industriegesellschaften übersteigen die Möglichkeiten des Individuums, sich in allen Angelegenheiten zu beteiligen. Dies macht eine Form von Autorität erforderlich, um derartige Entscheidungen effizient verwalten zu können.<sup>178</sup> Spezialisierte Diskurse in Bereichen wie Recht schaffen zudem Situationen, in denen nur Experten vollständig partizipieren können, was das Vertrauen in die Autorität solcher Personen erforderlich macht. Diese Art der Expertenautorität findet sich in verwandter Form auch bei Straßenberger und anderen zuvor genannten Autoren. Neben der funktionalen, sieht Warren zudem eine demokratische Notwendigkeit der Autorität. Er argumentiert, dass in vielen Fällen autoritative Entscheidungen anderen Formen der Entscheidungsfindung wie Zwang oder Manipulation vorzuziehen sind, da Autorität, wenn sie gerechtfertigt und rechenschaftspflichtig ist, demokratische Werte aufrechterhalten kann.<sup>179</sup>

Warren skizziert mehrere Möglichkeiten, wie Autorität die deliberative Demokratie komplementieren kann:

1. Begrenzung der Autorität: Demokratische Strukturen schränken die Autorität ein, indem sie sicherstellen, dass ihre Legitimität regelmäßig überprüft wird und Machtmissbrauch verhindert wird.

---

<sup>178</sup> Vgl. Warren, M. E. (1996): Deliberative Democracy and Authority, in American Political Science Review, 90(1), S. 46-60, hier S. 48 f.

<sup>179</sup> Vgl. Ebd. S. 46 f.

2. Vertrauen schaffen: Durch Rechenschaftspflicht und Rechtfertigung fördern Behörden das Vertrauen in ihre Entscheidungen und verringern so die Notwendigkeit ständiger Beratungen zu jedem Thema.
3. Angleichung von Interessen: Demokratische Prozesse schaffen Mechanismen, um die Interessen der Behörden mit denen der Bürger in Einklang zu bringen und so sicherzustellen, dass die Behörden dem Gemeinwohl dienen.
4. Gemeinsame Grundlagen schaffen: Beratungen helfen dabei, strittige Fragen in ein gemeinsames Verständnis umzuwandeln, unterstützt durch Behördenstrukturen, die Vereinbarungen durchsetzen.
5. Verbesserung von Effizienz und Fokus: Indem Entscheidungen an vertrauenswürdige Behörden delegiert werden, die allgemeine Bevölkerung ihre deliberativen Ressourcen auf Schlüsselfragen konzentrieren, anstatt von der Komplexität der Verwaltung überwältigt zu werden.<sup>180</sup>

Warrens Konzeption von Autorität ist also als eine begrenzte Aufgabe eigenen Urteils unter der Bedingung öffentlicher Rechenschaftspflicht und demokratischer Anfechtung. Damit entwickelt auch er die traditionelle Autoritätsvorstellung Arendts weiter. Auch sein Verständnis zeugt von einer Idee, welche Arendt der modernen Gesellschaft abspricht. Nämlich, dass ein robustes hierarchisches Verhältnis wie es das ihrige Autoritätsverständnis beschreibt, zu einem annähernden Grad auch durch ein tiefgreifendes Verständnis für die epistemologische Ungleichheit von Wissen entstehen kann.

Denn neben der Verantwortbarkeit gegenüber der Bevölkerung muss eine Weitere, in deliberativen Demokratien unabdingbare Komponente auch die Fähigkeit der Allgemeinheit und des Individuums sein, das eigene Urteil über institutionelle und personale Autoritäten nicht nur wegen einer konstitutionellen Absicherung auszusetzen. Vielmehr verlangt eine wahrhaftig demokratische Autoritätsanerkennung, dass Verständnis dafür, dass aufgrund der individuell eingeschränkten Informations- Aufnahme und Verarbeitung insbesondere in komplexen Thematiken und während eines Ausnahmezustandes, Expertenwissen dem eigenen eine epistemologische Überlegenheit aufweisen kann. Aufgrund der kognitiven Limitationen des menschlichen Verstandes ist es offensichtlich, dass auch in einer idealisierten Vorstellung der deliberativen Demokratie, ein Großteil von Entscheidungen ohne die

---

<sup>180</sup> Ebd. S. 46.

Mitbestimmung durch die Bevölkerung geschehen muss. Hierfür ist eine Grundvoraussetzung jedoch ein geteilter und äquivalenter Informationszugang der gesamten Bevölkerung. Arendt beschreibt die Notwendigkeit hiervon pointiert: *„Meinungsfreiheit ist eine Farce, wenn die Information über die Tatsachen nicht garantiert ist. Mit anderen Worten: Die Tatsacheninformation spielt im politischen Denken eine ähnliche Rolle wie die Vernunftwahrheit im philosophischen Denken; in beiden Fällen inspiriert sie das Denken und hält die Spekulation in Schranken.“*<sup>181</sup> Erodieren diese kollektiven Grundlagen, führt dies unweigerlich zu einem Verlust demokratischer Autorität und in der Folge zumindest auch subjektiv empfundener Legitimität. Dies wiederum bedeutet jedoch nicht, dass Tatsacheninformationen eine Art ultimative Autorität zugeschrieben werden sollte oder müsste. Da sich selbst festgeglaubtes Wissen auch auf der Ebene eines demokratischen Kollektivs als objektiv falsch herausstellen kann, ist es vielmehr der Prozess der Generierung von Erkenntnissen, welcher hierfür von Relevanz ist. Da sich auch wissenschaftliche Forschung der Wahrheit lediglich annähern kann, spiegelt das Vertrauen in jegliches Wissen nur die Abstufungen der Autorität dar, welche diesem zugeschrieben wird. Dem zum Trotz kann ein solches eine hohe Autorität evozieren, sofern es dem aktuell gültigen Standard der Sicherung von Tatsachen genügt.

Es kann argumentiert werden, dass jedwede Form von Autorität im demokratischen Kontext ihre Basis in spezifischem, sektoralem Wissen hat. So schreibt Haugaard in Rekurs auf Dahl und Weber: *“Authority (Herrschaft) is the probability that a command with a given specific content will be obeyed by a given group of persons’ [...]. The words specific content refers to the scope of authority [...], the scope of power of a university professor is not the same as that of the traffic police. The former has authority power with regard to what books the students read while the latter over where they park their cars.“*<sup>182</sup> Für beide Fälle ist es das den jeweiligen Personen zugeschriebene Wissen (akademische Inhalte in Bezug auf den Professor und Rechtswissen des Polizisten), welches die entsprechende Person dazu befähigt autoritativ in ihrem respektiven, begrenzten Bereich aufzutreten. In beiden Fällen wird dieses Wissen unhinterfragt anerkannt, obwohl der Polizist im Gegensatz zum Professor kein wissenschaftliches Verständnis des Rechts aufweisen muss. Die Tatsache, dass die Kenntnisse von den jeweils untergeordneten Individuen als gesichert angesehen werden allein reicht aus,

---

<sup>181</sup> Arendt, H. (1972), S. 29.

<sup>182</sup> Haugaard, M. (2018), S. 106.

um für die spezifischen Kontexte Autorität zu etablieren. Es kann natürlich argumentiert werden, dass im Falle des Polizisten nicht ausschließlich diese Einsicht des Gegenübers allein ausschlaggebend für die freiwillige Befolgung von Anweisungen darstellt. Diesem zunächst so einleuchtenden Argument muss aber entgegengehalten werden, dass sollte es die Furcht vor Bestrafung (sei es nun in Form eines physischen Entzugs der Freiheit, oder eine monetäre Strafmaßnahme) der Auslöser sein, der Polizist seine Autorität ihm gegenüber bereits verloren hat. So handelt es sich in einem solchen Falle vielmehr um die Ausübung eines Zwanges, wenn dieser auch indirekt auftreten mag. Auch der Polizist übt seine Autorität also durch die gesellschaftlich Anerkannte Stellung aus, welche zwangsläufig mit einer ebenso gültigen Anerkennung seines Domäne spezifischen Wissens einhergeht.

Für beide Phänomene kann also postuliert werden, dass es die freiwillige Entscheidung des Individuums war, die Autorität anzuerkennen, wenn diese durch das Verständnis für die epistemologische Präpotenz zustande kam. Wie in den beiden Beispielen verdeutlicht, erweist sich diese Form der Anerkennung immer auf duale Art und Weise. Während der Autoritätsperson für ihr jeweiliges Fachgebiet diese eingeräumt wird, erfolgt dies bei gleichzeitigem Ausschluss von Autorität in anderen Bereichen. Die eigene kognitive Begrenztheit wird also auch auf jede andere Person übertragen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass ein Professor nicht ebenso auch in anderen Domänen über autoritatives Wissen verfügen kann, vielmehr verhält es sich so, dass die Achtung dessen von diesem erst etabliert werden muss, sofern es sich dabei um keine öffentliche und von der Gesellschaft akzeptierte Grundvoraussetzung in diesem Bereich handelt. Eine solche hingegen, wird für die oben genannten Berufe als selbstverständlich erachtet und bedarf dementsprechend keiner neuerlichen Bestätigung zur Etablierung eines Autoritätsverhältnisses.

Mit wachsendem Umfang und Anspruch eines Sachverhalts wachsen jedoch auch die Anforderungen. Die Zuschreibung von Autorität in einem komplexen Themenfeld setzt voraus, dass das betreffende Individuum als fähig wahrgenommen wird, ein vertieftes Verständnis des Sachverhalts sowie der zugrundeliegenden epistemischen Methoden zu besitzen. Während einem Polizisten die Fähigkeit eingeräumt wird, die in Ausübung seines Dienstes relevanten rechtlichen Zusammenhänge durchdrungen zu haben, gilt dies jedoch nicht zwangsläufig auch für wissenschaftliche Rechtsfragen. Da Wissenschaft im Allgemeinen heutzutage als höchste

Form der Wissensgenerierung erachtet werden kann,<sup>183</sup> sollten in einer deliberativen Demokratie, auch aus normativer Perspektive die hieraus resultierenden Erkenntnisse in politische Entscheidungsprozesse miteinfließen. Dieses Argument wird nicht zuletzt durch den Anspruch politischer Neutralität im Zuge der Erkenntnisgewinnung von Forschungsarbeit unterstützt, so schreibt z.B. Arendt hierzu: *„Dennoch ist es wohl zweifellos, daß[sic] ihre Existenz und die in den Universitäten versammelten Gelehrten und Wissenschaftler, die durch die Institution selbst zur Wahrhaftigkeit verpflichtet sind, die Chancen der Wahrheit, im Öffentlichen zu bestehen, erheblich steigern.“*<sup>184</sup> Dies gilt insbesondere für Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie, zu welcher zumindest in den ersten Monaten eine politische Deliberation unter Einbeziehung der Öffentlichkeit aufgrund der Gravitas der Auswirkungen der Ausbreitung des Virus nicht möglich war.

Die Autorität, die in deliberativen Prozessen bestimmten Akteuren zugeschrieben wird – seien es Wissenschaftler, politische Vertreter oder Institutionen – hängt also maßgeblich von der wahrgenommenen Qualität und damit verbundenen Legitimität ihrer Wissensgenerierung ab. Bürger müssen nicht nur darauf vertrauen können, dass diese Akteure epistemische Standards einhalten, sondern auch in der Lage sein, diese kritisch zu hinterfragen. Ein gemeinsames Verständnis epistemologischer Methodiken ist daher unerlässlich, da es die Grundlage für eine informierte Reflexion und Kritik bildet. Die historische Entwicklung des heliozentrischen Weltbilds verdeutlicht, wie sich diese Dynamik zwischen Autorität, epistemischen Standards und öffentlichem Diskurs entfalten kann. Während das geozentrische Modell jahrhundertlang als paradigmatisch galt, stellte Kopernikus' heliozentrische Theorie sowohl die damals akzeptierten Wissensgrundlagen als auch die Autorität der Institutionen infrage, die diese vertraten. Das heliozentrische Weltbild erforderte eine methodische Neuorientierung und zeigte, dass selbst die höchsten Standards der Wissensgenerierung – wenn auch in ihrer Zeit legitim – zukünftig revidiert werden können. Der Diskurs darf sich nicht dementsprechend nicht ausschließlich auf die Autorität von Experten stützen, sondern muss Bürgern die Möglichkeit geben, die epistemologischen Grundlagen selbst zu verstehen und zu hinterfragen. Diese Fähigkeit ist zentral für die Legitimation demokratischer Prozesse, da sie

---

<sup>183</sup> Dies gilt auch trotz der forschungsintrinsischen Unzulänglichkeiten, welche unter anderem in der Replication Crisis aufgedeckt wurden. Siehe hierzu z.B. Baker, M., Penny, D. (2016): Is there a Reproducibility Crisis? A Nature survey lifts the lid on how researchers view the 'crisis' rocking science and what they think will help, in Nature, 533, S. 452-454.

<sup>184</sup> Arendt, H. (1972), S. 45.

sicherstellt, dass Autorität nicht auf unreflektierter Akzeptanz beruht, sondern auf einer dynamischen und kritischen Auseinandersetzung mit dem, was als Wissen gilt. Nur so kann auf demokratische Weise „der eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Arguments“,<sup>185</sup> wie Habermas es formuliert, sich auch auf die sektorspezifische, argumentative Überlegenheit einer Person oder Institution insgesamt übertragen. Erst durch diesen Transmissionsprozess entfaltet sich die deliberative Autorität und macht eine zwanglose und freiwillige Anerkennung möglich wodurch Entscheidungen, die auf Basis dieses Wissens getroffen werden, nicht durchgängig hinterfragt werden müssen.

### 3.4 Autorität und Legitimität in Autokratien

In diesem Sinne spielt das Wissenschaftsverständnis in einer deliberativen Demokratie eine doppelte Rolle: Es dient einerseits als Grundlage, um Vertrauen in epistemische Autorität herzustellen, und bietet andererseits die Instrumente, um diese Autorität kritisch zu evaluieren. Es ist auch dieser Zugang und der Einblick in Informationen, welcher eine demokratische Zustimmung zu Prozessen und Maßnahmen, von denen einer Autokratie und insbesondere eines totalitären Regimes differenziert. Je stärker die Restriktion der allgemeinen Bevölkerung zu diesen, desto mehr wird die demokratische Autorität ausgehöhlt.

Geht man diese Argumentationslinie weiter, entwertet dies die Affirmation der Bevölkerung zu jeglichen Maßnahmen in autoritären Systemen, bis hin zu einer völligen Bedeutungslosigkeit dieser im totalitären Regime. So lässt sich auch die auf den ersten Blick anscheinend paradoxe Unterstützung der chinesischen Bevölkerung zu Informations- und Sozialkontrollsystemen betrachten. Das in China zwar großflächig eingeführte, jedoch regional verschieden angewandte „Sozialkreditsystem“ ist ein Beispiel hierfür. Dieses dient vornehmlich dazu, eine holistische Bewertung einer Firma oder eines Individuums vornehmen zu können.<sup>186</sup> Die Folgen eines niedrigen Wertes innerhalb dieses Systems für das Individuum können gravierend sein. So kann ein solcher Auswirkungen auf Reisemöglichkeiten,

---

<sup>185</sup> Habermas, J., zit. nach Knappe, J. (1998): Zwangloser Zwang. Der Persuasions-Prozeß als Grundlage sozialer Bindung, in Ueding, G., Vogel, T. (Hrsg.), Von der Kunst der Rede und Beredsamkeit, Attempto Verlag, Tübingen, S. 54-69, hier S. 55.

<sup>186</sup> Vgl. Donnelly, D. (2021): An Introduction to the China Social Credit System, [https://www.rbnz.govt.nz/-/media/project/sites/rbnz/files/consultations/future-of-money/future-of-money---central-bank-digital-currency/13178988401\\_anon.pdf](https://www.rbnz.govt.nz/-/media/project/sites/rbnz/files/consultations/future-of-money/future-of-money---central-bank-digital-currency/13178988401_anon.pdf), S. 2.



Anstellungen, Zugang zu Finanzen und der Fähigkeit Verträge abzuschließen haben.<sup>187</sup> Dies geschieht vorrangig durch die digitale Überwachung der Bevölkerung.<sup>188</sup> Auch wenn eine solche Überwachung im öffentlichen Raum einen potenziell merklichen positiven Einfluss z.B. auf die physische Sicherheit in Städten haben kann, sind die repressive Natur digitaler Überwachung, sowie der gravierenden Konsequenzen durch ein solches System für das Individuum nicht zu leugnen. Es ist für den außenstehenden Beobachter also zunächst verwunderlich, dass solche Maßnahmen Unterstützung von der Bevölkerung erfahren. Xu et al. können in ihrer Analyse jedoch die zuvor aufgestellten Hypothesen bestätigen, so schreiben sie: „[...] [P]ublic support for the SCS [Social Credit Score] is partly due to citizens' lack of information concerning the SCS's repressive potential. This information problem is caused by the milder, less visible repression that the SCS entails and is exacerbated by government information control in dictatorships.“<sup>189</sup>

Da die breite Population Chinas weder die Qualität, der ihnen präsentierten Informationen bewerten kann, noch einen gleichwertigen Zugang zu diesen erhält, kann eine effektive Deliberation bezüglich der beschlossenen Politikmaßnahmen nicht stattfinden. Es kann demnach nicht von einer demokratischen Auseinandersetzung die Rede sein. Das dieses Phänomen allerdings nicht exklusiv auf undemokratische Systeme zutrifft kann man auch in westlichen Demokratien mit zunehmender Offensichtlichkeit beobachten.

### 3.5 Der kontemporäre Gegner der deliberativen Autorität: Die Postfaktizität

Die Ära der Postfaktizität hat die gemeinsame Informationsgrundlage moderner Gesellschaften tiefgreifend erschüttert und führt zu Dynamiken, die in ihrer Wirkung Parallelen zu totalitären und – in geringerem Maße – autoritären Systemen aufweisen. Während in totalitären Systemen die Kontrolle über Informationen zentralisiert und deren

---

<sup>187</sup> Ebd.

<sup>188</sup> Vgl. Xu, X., et al. (2022): Information Control and Public Support for Social Credit Systems in China, in The Journal of Politics, 84(4), S. 2230-2245.

<sup>189</sup> Ebd. S. 2243.

Zugang aktiv eingeschränkt wird, liegt das Problem im postfaktischen Kontext nicht in der aktiven Zensur, sondern in der Auflösung eines gemeinsamen Verständnisses von epistemologischen Standards. Die Fragmentierung von Informationsangeboten — insbesondere durch jene der Sozialen Medien — und die wachsende Polarisierung der Wahrnehmung führen dazu, dass auch in liberalen Demokratien Menschen sowohl die Qualität der zugrunde liegenden epistemischen Methoden nicht mehr bewerten können als auch bestimmte Informationen kategorisch ausschließen, weil diese nicht in ihr individuelles Weltbild passen.

Aktuelle Studien beschreiben diese Entwicklung bereits über einen längeren Zeitraum. So weist unter anderem die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina darauf hin, dass die Digitalisierung die demokratische Öffentlichkeit grundlegend verändert hat. Neben traditionelle Medien sind digitale Kommunikationsformate wie soziale Netzwerke getreten.<sup>190</sup> Auch Binder und Tenorth kamen in ihrer Analyse, wie algorithmische Vorstrukturierungen der medialen Kommunikation den selektiven Nachrichtenkonsum beeinflussen und somit die öffentliche Sphäre fragmentieren zu dem Schluss, dass die Personalisierung von Informationen durch Algorithmen zu einer Fragmentierung der Öffentlichkeit führen kann, wodurch gemeinsame Diskurse erschwert werden.<sup>191</sup>

Es sind jedoch insbesondere die gezielten Aushöhlungen von Fakten durch politische Akteure denen bereits Arendt damals besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat. So schreibt sie:

*„[U]m die Chancen der Tatsachenwahrheit, dem Angriff politischer Macht zu widerstehen, ist es offenbar sehr schlecht bestellt. Tatsachen stehen immer in Gefahr, nicht nur auf Zeit, sondern möglicherweise für immer aus der Welt zu verschwinden. Fakten und Ereignisse sind unendlich viel gefährdeter als was immer der menschliche Geist entdecken oder ersinnen kann [...] Sind sie erst einmal verloren, so wird keine Anstrengung des Verstandes oder der Vernunft*

---

<sup>190</sup> Vgl. Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, acatech — Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (2021): Digitalisierung und Demokratie, Halle (Saale), [https://www.leopoldina.org/uploads/tx\\_leopublication/2021\\_Stellungnahme\\_Digitalisierung\\_und\\_Demokratie\\_web\\_01.pdf?](https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2021_Stellungnahme_Digitalisierung_und_Demokratie_web_01.pdf?)

<sup>191</sup> Binder, U., Tenorth, H. E. (2021): Demokratische Öffentlichkeit und der Filterblasen-Effekt — ein Problem für die Politische Bildung?, in Hubacher, M. S., Waldis, M. (Hrsg.), Politische Bildung für die digitale Öffentlichkeit. Umgang mit politischer Information und Kommunikation in digitalen Räumen, Springer VS, Wiesbaden, S. 27-48; Vgl. zu den autoritären Auswirkungen sozialer Medien: Deibert, R. J. (2019): The Road to Digital Unfreedom: Three Painful Truths About Social Media, in Journal of Democracy, 30(1), S. 25-39.

*sie wieder zurückbringen können. Gewiß[sic] sind auch die Chancen, daß[sic] die euklidische Mathematik oder Einsteins Relativitätstheorie – von Platos Philosophie ganz zu schweigen – irgendwann in gleicher Form wiederaufgetreten wären, wenn ihre Urheber sie der Nachwelt nicht hätten überliefern können, nicht gerade gut. Sie sind dennoch erheblich besser als die Chance, daß[sic] eine einzige Tatsache, ist sie erst einmal vergessen oder, was wahrscheinlicher ist, fortgelogen, eines Tages wieder entdeckt werden wird.“<sup>192</sup>*

Fakten, so Arendt sind eine Art zur Überprüfung der Operationalisierung von Macht. Nach ihr können Bedeutung und Relevanz von diesen kann zur Disposition stehen, was jedoch nicht passieren darf, ist die allgemeine Ablehnung von Tatsachen durch politische Führungsakteure. Was Arendt noch als „organisiertes Lügen“ bezeichnete,<sup>193</sup> beschreibt die Agenda bestimmter Ströme politischer Macht objektiv feststellbare Tatsachen durch Lügen zu unterminieren. Die Absicht konstanten Lügens besteht also nicht darin, eine Wahrheit durch die Lüge zu ersetzen, sondern vielmehr darin Faktizität als Ganzes in Frage zu stellen: *„Denn das Resultat ist keineswegs, daß die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern daß der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird.“<sup>194</sup>*

Gleichwohl Arendt damit insbesondere wieder auf die Funktion totalitärer Regime rekurriert, ist die frappierende Ähnlichkeit zu dem insbesondere durch die Präsidentschaft Donald Trumps geprägten Begriff des postfaktischen Zeitalters und der damit verbundenen Aktualität ihrer Beobachtungen unbestreitbar. Es ist dementsprechend auch nicht verwunderlich, dass Arendt auch in der aktuellen wissenschaftlichen Literatur zur Postfaktizität herangezogen wird. So argumentiert z.B. Enroth, dass der sogenannte „postfaktische“ Zustand weniger eine epistemologische Krise der Wahrheit oder Fakten ist, sondern vielmehr Ausdruck einer tiefergehenden Krise der Autorität in modernen Demokratien. Er differenziert zwischen einer epistemologischen Krise (Verlust von Wahrheit und Fakten) und einer politischen Krise (Rückgang von Autorität und einer gemeinsamen Welt). Die aktuelle Krise sollte hierbei als politische verstanden werden, für die das Auftreten von Postfaktizität in der Bevölkerung symptomatisch, aber nicht Kern des Problems ist.<sup>195</sup> Enroth nutzt für seine Analyse das

---

<sup>192</sup> Arendt, H. (1972), S. 24.

<sup>193</sup> Ebd. S. 25.

<sup>194</sup> Ebd. S. 42.

<sup>195</sup> Vgl. Enroth, H. (2023): Crisis of Authority: The Truth of Post-Truth, in International Journal of Politics, Culture, and Society, 36, S. 179-195.

traditionelle Autoritätsverständnis. Aufgrund dessen entsteht seine Schlussfolgerung aus dem direkten Kausalzusammenhang des Verlustes von dieser und der daraus resultierenden Unterminierung von Faktizität. Während diese Konklusion durchaus nachvollziehbar ist, unterschlägt sie jedoch den Einfluss digitaler Medien und insbesondere digitaler Medien auf die selektive Informationsauswahl von Individuen. Diese — aus einer Mischung von durch Algorithmen gefilterte und politischen Akteuren intendierte — sich gegenseitig verstärkende Polarisierung von Fakten in Kombination mit der vorsätzlichen Unterminierung und Agitation von politischen Verantwortungsträgern, scheint zumindest empirisch der größere Katalysator für solche Prozesse zu sein.

Denn diese Entkopplung von gemeinsamen Informationsgrundlagen schafft eine Situation, in der der Zugang zu Information zwar formal gegeben ist, aber faktisch durch kognitive und soziale Barrieren begrenzt wird. Somit entsteht eine Form der 'selbstaufgelegten epistemischen Isolation', die ähnliche Folgen hat wie die aktive Informationskontrolle autoritärer Regime: Eine Bevölkerung, die weder über eine einheitliche Grundlage zur Bewertung der Realität verfügt noch die Möglichkeit hat, fundierte demokratische Entscheidungen zu treffen, weil die Validität von Wissen an Bedeutung verliert.<sup>196</sup> Die pathologische Ausprägung dieses Problems findet sich in Form von Verschwörungstheoretikern, wie sie während der Corona-Pandemie zutage traten. Simmerl fasst es in Bezug auf Amlinger und Nachtweys Analyse treffend zusammen: *„In den Reaktionen mancher Intellektueller auf die Corona-Krise hatten sie eine Wiederkehr von Schellers „Ressentimentmenschen“ erkannt und im Querdenken generell eine jener Formen kritischer Enthüllungssucht, die Boltanski „Generalverdacht“ genannt hatte – eine ‚zynische [...] und entfremdete [...] Form der Kritik, die der Realität die unbezweifelbare Evidenz einer Verschwörung gegenüberstellt‘.*<sup>197</sup>

Neben dem ungehinderten informationellen Zugang für Bürger in Demokratien, spielen jedoch auch andere Faktoren eine relevante Rolle in der Erosion deliberativ-demokratischer Autorität. Insbesondere Ungleichheiten in Bildungschancen und die zunehmende ökonomische Polarisierung innerhalb demokratischer Gesellschaften wirken sich negativ auf die Fähigkeit der Bürger aus, ein tiefgehendes Verständnis politischer Angelegenheiten zu

---

<sup>196</sup> Vgl. van Dyk, S. (2022): Post-Truth, the Future of Democracy and the Public Sphere, in *Theory, Culture & Society*, 39(4), S. 37-50.

<sup>197</sup> Simmerl, G. (14.12.2022), S. 2.

entwickeln und die Qualität epistemologischer Methoden zur Erkenntnisgewinnung kritisch zu bewerten. So kann eine anhaltende materielle Existenzgefährdung nicht nur zur Resignation mit vorherrschenden politischen Systemen allgemein führen, sondern ebenso einen direkten Einfluss auf die kognitiven Kapazitäten haben, welche Individuen für deliberative Prozesse außerhalb ihres eigenen Lebens zur Verfügung stehen. So postulieren z.B. Schäfer et al., dass: *„Sowohl die Analysen mit Individual- als auch die mit Aggregatdaten zeigen, dass Armut und soziale Problemlagen die Wahlbeteiligung deutlich senken.“*<sup>198</sup>

Um sich den Idealbedingungen für eine deliberativ-demokratische Autoritätsanerkennung anzunähern, benötigt es also effektive Bemühungen, diese sozioökonomischen Disparitäten zu verringern.

## 4. Ausnahmezustand in Demokratien

Ziel und Zweck dieser Arbeit ist die praxisorientierte Integration der Erkenntnisse aus Jahrzehnten der Autoritarismusforschung mit der Konzeption einer deliberativ-demokratischen Autorität, um festzustellen, wie in einer Demokratie im Ausnahmezustand auch ohne die direkte oder indirekte Beteiligung von Bürgern an Entscheidungen zu diesem Zeitpunkt sowohl die Legitimität dieser begründet, und Autokratisierungsvorgänge verhindert werden können. Dafür muss nach den Ausarbeitungsschritten der ersten beiden Kapitel erst noch definiert werden, was „Ausnahmezustand“ im Kontext demokratischer Systeme bedeutet. Dies soll in diesem Kapitel kurz ausgeführt werden, ohne dabei jedoch einen tiefgreifenderen Einstieg zu bieten, da es hier lediglich um die kontextuelle Anwendbarkeit der zuvor ausgeführten Annahmen gehen soll.

In der politischen Theorie und Rechtswissenschaft wird mit dem Begriff des Ausnahmezustands meist auf eine rechtliche oder faktische Situation, in der ein Staat außergewöhnliche Befugnisse in Anspruch nimmt, um auf eine Krise zu reagieren, die die normale Ordnung gefährdet, hingewiesen. Diese kann dabei sowohl durch externe wie auch

---

<sup>198</sup> Schäfer, A., et al. (2016): Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013, in Schoen, H., Weßels, B. (Hrsg.), Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013, Springer VS, Wiesbaden, S. 21-44, hier S. 23.

interne Schocks ausgelöst. Die Idee des Ausnahmezustands ist dabei bereits in der Antike zu finden, so schreibt Lemke: *„Das Instrument des Ausnahmezustandes war über die gesamte Geschichte westlicher, institutionalisierter Staatlichkeit seit der römischen Antike immer gegeben.“*<sup>199</sup>

Dennoch beschreibt erst Schmitt als einer der ersten Theoretiker den Ausnahmezustand als ein zentrales Merkmal der Souveränität. Für ihn ist der Ausnahmezustand ein Moment, in dem die normale rechtliche Ordnung nicht mehr angewendet werden kann und der Souverän entscheiden muss, was zur Wiederherstellung der Ordnung notwendig ist. Dabei argumentiert Schmitt, dass die Rechtsordnung im Ausnahmezustand auf den Willen des Souveräns zurückgeführt wird, wodurch die politische Macht über die Rechtsnorm gestellt wird. So Schmitt: *„Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“*<sup>200</sup> Die Ausführungen Schmitts müssen jedoch im zeithistorischen Kontext der Weimarer Republik und ihrer Schwächen betrachtet werden.<sup>201</sup> Agamben erweitert Schmitts theoretische Konzeption und analysiert damit den kontemporären Umgang demokratischer Staaten mit dem Ausnahmezustand. Agamben sieht den Ausnahmezustand nicht nur als temporäre Maßnahme, sondern als eine permanente Regierungsform in modernen Demokratien. Er argumentiert, dass demokratische Staaten den Ausnahmezustand zunehmend normalisieren, um Kontrolle auszuüben und Macht zu zentralisieren.<sup>202</sup> Diese Perspektive bekommt insbesondere in Anbetracht einer als „Polykrise“ titulierten Zeit eine besondere Bedeutung.

In diesem Kontext stellt sich die Frage, ab welchem Zeitpunkt eine als Krise definierte Situation einen existenziell bedrohlichen Charakter entwickelt, bzw. wann entschieden wird, dass eine solche die Aussetzung der regulären Rechtsordnung notwendig macht. Da der Ausnahmezustand die Abweichung von der Norm darstellt, ist es zudem notwendig, für diesen ein Beginn und Ende zu definieren. So schreibt Gebhardt dazu:

*„Der illokutionäre Sprechakt der staatlichen Autorität verkündet den Ausnahmezustand und markiert damit den Moment, der den Ausnahmezustand erschafft und in dem das Recht sich*

---

<sup>199</sup> Lemke, M. (2017): Was heißt Ausnahmezustand?, in ders. (Hrsg.), Ausnahmezustand. Theoriengeschichte — Anwendungen — Perspektiven, Springer VS, Wiesbaden, S. 1-12, hier S. 4.

<sup>200</sup> Schmitt, C. (2004): Politische Theologie: vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, 8. Auflage, Berlin, S. 13.

<sup>201</sup> Vgl. van Klink, B. M. J., Lembcke, O. W. L. (2011): Zwischen ‚Ausnahmezustand‘ und ‚Autoimmunisierung‘. Antiterror-Politik im Licht dezisionistischer, deliberativer und dekonstruktivistischer Politiktheorien, in Möllers, M. H. W., van Ooyen, R. C. (Hrsg.), Neue Sicherheit 1: Theorie der Sicherheit, Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 95-117, hier S. 97.

<sup>202</sup> Vgl. Agamben, G. (2003): State of Exception, University of Chicago Press, Chicago.

*selbst suspendiert. Die politische Macht der Regierung verwandelt sich hier in die souveräne Gewalt der Exekutive, da das Demokratische der Demokratie aufgehoben wird. Um den Ausnahmezustand nach außen hin zu rechtfertigen, muss er sprachlich – über Gefährdungs- und Dringlichkeitsnarrative – plausibilisiert werden“<sup>203</sup>*

Der Ausnahmezustand markiert in seiner Essenz den Punkt, an dem das Recht sich selbst suspendiert, um die politische Ordnung zu schützen. Dieser Prozess ist untrennbar mit der Verkündung durch die staatliche Autorität verbunden. Der illokutionäre Sprechakt der staatlichen Autorität ist demnach nicht nur eine sprachliche Handlung, sondern ein performativer Akt, der den Ausnahmezustand schafft und legitimiert. In den meisten Demokratien, insbesondere den stark gefestigten, finden sich jedoch auch für den Ausnahmezustand dezidierte Vorschriften für diesen, die den Handlungsspielraum auch hier begrenzen.<sup>204</sup>

Für eine exzeptionelle Lage qualifizieren sich also all diejenigen Momente, in denen die staatliche Führung eines Landes die regulären Entscheidungsprozesse des politischen Systems aussetzt, um zur (vorgeblichen) Existenzsicherung staatlicher Strukturen effektiv handeln zu können. Die Kennzeichnung durch die Suspendierung demokratischer und deliberativer Entscheidungsprozesse macht es dementsprechend erforderlich, die Machtausübung demokratischer Regierungen zu diesen Zeiten anderweitig zu legitimieren. Eine theoretische Annäherung hierfür wird im folgenden Kapitel aufgestellt.

## 5. Die Synthese von Autoritarismusforschung und deliberativ-demokratischer Autorität

In diesem Kapitel sollen nun in konziser Form die Erkenntnisse aus der Autoritarismusforschung und der deliberativ-demokratischen Autoritätskonzeption im Hinblick auf die Aussetzung regulärer Entscheidungsprozesse in demokratischen Systemen im Ausnahmezustand zusammengeführt werden.

---

<sup>203</sup> Gebhardt, M. (2017): Ökonomien der Un/Sichtbarkeit – Spektakel der Souveränität. Zur Figur des Ausnahmezustands im Angesicht des Anderen, in Lemke, M. (Hrsg.), Ausnahmezustand. Theoriengeschichte – Anwendungen – Perspektiven, Springer VS, Wiesbaden, S.87-101, hier S. 92 f.

<sup>204</sup> Vgl. Lemke, M. (2017), S.4.

## 5.1 Die Autoritarismusfallen für demokratische Regierungen während Krisenzeiten: Interaktionseffekte der Regierung mit der Bevölkerung

Die Ergebnisse aus der Autoritarismusforschung lassen sich in mehrere praktische Abschnitte unterteilen. Jeder davon beschreibt die unterschiedlichen Formen und Wirkweisen von Autoritarismus, sowohl auf individueller, wie auch kollektiver und systemischer Ebene.

Beginnend auf der individuellen Stufe, ist es vor allem die politische Psychologie, welche für diese Arbeit von Relevanz ist. Wie in den vorangegangenen Kapiteln hierzu aufgezeigt, kann ein Individuum über autoritäre Tendenzen auf Ebene seiner Persönlichkeitsstruktur verfügen. Die Frage, welche sich für diese Konzeption ergeben hatte, war, ob und wenn ja, wie diese durch politische Akteure aktiviert werden können. Hierfür ergaben sich mehrere Punkte. Zum einen konnte durch die Auswertung der empirischen Literatur festgestellt werden, dass insbesondere Bedrohungsszenarien eine relevante Variable in der Manifestierung des autoritären Syndroms darstellen. Die Prädispositionen dieser Individuen zeigten sich insbesondere durch die starke Identifikation mit spezifischen Gruppenautoritäten und der Neigung zu Konformität innerhalb der eigenen Gruppe.

Es sind deshalb vor allem solche Gefahren für die Aktivierung des autoritären Syndroms von Bedeutung, die sich gegen die Gruppe und weniger solche, die sich gegen das Individuum selbst richten. Aufgrund dessen spielt in diesem Zusammenhang die rhetorische Herangehensweise politischer Akteure an die Problematiken einer Krise eine wichtige Rolle. Sowohl die künstliche Schaffung antagonistischer Brüche innerhalb von Gesellschaften wie auch eine diffuse Kommunikation können hierbei als moderierende Variablen gesehen werden.

Da dem autoritären Syndrom in Krisenzeiten eine Art psychologische Schutzfunktion zukommt, muss durch politische Führungspersonen und Institutionen ein Sicherheitsgefühl vermittelt werden, um etwaige autoritäre Tendenzen zu begrenzen. Dieses können gleichzeitig auch ausgenutzt werden, da sie durch ein spezifisches Framing der Lösungsansätze die Kooperationsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung steigern können. Da



Krisensituationen prädestiniert für großen Wandel in der Politik sind,<sup>205</sup> ist es essenziell für Demokratien, in diesen Fällen autoritäre und demokratischeschädigende Unterstützungsmehrheiten gar nicht erst entstehen zu lassen. Selbst ein nur temporärer Anstieg autoritärer Tendenzen während Krisenzeiten kann ausreichen, um weitreichende Änderungen auf struktureller und systemischer Ebene demokratisch zu legitimieren.

Die weitere Relevanz von Vertrauen sowohl in die demokratische Handlungsabsicht der Regierung wie auch die Kompetenz effektive und adäquate Lösungsprozesse durchzuführen wird durch unter anderem durch die Proteste in Deutschland gegen Maßnahmen der Corona-Pandemie deutlich. Wird dieser Glaube durch Handlungen politischer Akteure unterminiert, können Vorgehen außerhalb der regulären rechtlichen Entscheidungsgrundlage als grundsätzlich illegitim wahrgenommen werden. Hierfür müssen sowohl Transparenz wie auch verständliche Kommunikation bezüglich der Probleme und Lösungsansätze geschaffen werden. Für den von Amlinger und Nachtwey beschriebenen Typus des libertär-autoritären Charakters hingegen kann innerhalb eines konsensorientierten Allgemeinwohls keine demokratische Strategie gefunden werden, da sich diese gegenseitig ausschließen. Da es sich bei dieser Gruppe dem bisherigen Forschungsstand nach jedoch lediglich um einen marginalen Anteil selbst innerhalb autoritärer Individuen handelt, ist dies insofern vernachlässigbar, dass diesbezüglich lediglich präventiv vor dem eigentlichen Krisengeschehen interveniert werden kann.

Der letzte Punkt in Bezug auf die Interaktion von Regierung und Bevölkerung ist die Notwendigkeit des Plausibilisierens von Notstandsmaßnahmen durch die Hervorhebung des Bedrohungspotenzials durch ein Krisenereignis. Da die Bedrohungswahrnehmung die individuelle Akzeptanz auch von autoritär getroffenen Maßnahmen steigern kann, muss hierbei bei einer demokratischen Absicht die Balance zwischen dem Verständnis für die Angemessenheit einer Reaktion mit der Angst der Angst innerhalb der Gesellschaft abgewägt werden. Der Grundsatz hierbei lautet: So wenig wie möglich, so viel wie nötig.

---

<sup>205</sup> Vgl. hierfür z.B. die Punctuated Equilibrium Theory von Baumgartner und Jones, Baumgartner, F. R., et al. (2018): Punctuated Equilibrium Theory: Explaining Stability and Change in Public Policymaking, in Weible, C. M., Sabatier, P. A. (Hrsg.), Theories of the Policy Process, 4. Auflage, Routledge, New York.

## 5.2 Der demokratische Handlungswillen in Krisenzeiten

Im zweiten Schritt sind es nun nach der Rolle von politischer Rhetorik und der Einbindung der Bevölkerung auf der einen Seite, die konkreten Handlungen auf der anderen Seite, welche ein demokratisches von autoritärem Handeln unterscheiden.

Diese durch die kontemporäre Forschung zu Autokratisierungsvorgängen in Demokratien informierte Perspektive ist im Ausnahmezustand schwieriger anwendbar, als dies zu Zeiten eines „normalen“ Politikbetriebs der Fall ist.

Da auch für Demokratien der Ausnahmezustand eine zentralisierte Machtkonzentration in der Exekutive bedeutet, reguläre Entscheidungsprozesse umgangen werden und zumindest partiell ein Entzug der parlamentarischen Kontrolle stattfindet, ist eine detailliertere Perspektive auf das politische Handeln notwendig.

Zuvorderst steht der demokratische Handlungswille einer Regierung. Dieser drückt sich im Ausnahmezustand dadurch aus, dass die Öffentlichkeit weder getäuscht, durch aktive Verbreitung von Desinformationen in die Irre geführt, und kritische Stimmen aus dem Diskurs ausgeschlossen bzw. unterdrückt werden. Auch Notstandsmaßnahmen dürfen hierbei nicht so gestaltet werden, dass sie einen diskriminierenden Charakter aufweisen (dies ist eng verbunden mit dem Framing von Problemen und Lösungsansätzen, welches nie so dargestellt werden darf, dass es sich (auch indirekt) gegen bestimmte Bevölkerungsschichten richtet, sondern der Bekämpfung des eigentlichen Problems dient).

## 5.3 Die Integration der Autoritarismusforschung mit der deliberativ-demokratischen Autoritätskonzeption

Für diese Arbeit wurden bewusst die vornehmlich diametral gegenüberstehenden Konzepte von Autoritarismus und Autorität auf der einen Seite und deliberativer Demokratie auf der anderen Seite gewählt.

Um ein Verständnis für eine auch gesellschaftlich akzeptierte, demokratische Legitimierung anscheinend autoritär getroffener Maßnahmen zu entwickeln, wurde im vorangegangenen Kapitel das Konzept der deliberativen Autorität erläutert. Diese Konzeptionalisierung ist

notwendig, um zwischen tatsächlich autoritären, undemokratischen Entscheidungen, und solchen, die sich durch ihren Charakter und Zweck der reinen Bekämpfung von Krisenereignissen unterscheiden.

Im Gegensatz zur traditionellen Autoritätskonzeption Arendts, ist hierfür eine größere Abstraktion auf Seiten des Individuums erforderlich. Um die deliberativ-demokratische Verfasstheit der Bevölkerung zu erreichen ist ein reziprokes Verständnis über die Ausgestaltung der Notstandsmaßnahmen zwischen Regierung und Bürger unabdingbar. Die Regierung auf der einen Seite hat nach der deliberativ-demokratischen Autoritätskonzeption eine duale Aufgabe, um Autorität zu evozieren. Sie muss sowohl das Krisenereignis wie auch die von ihr veranschlagten Lösungskonzepte klar und transparent kommunizieren. Das Framing sollte hierbei zum einen auf der Bedrohung durch das Ereignis selbst liegen und zum anderen verständlich machen, dass die gewählten Bewältigungsstrategien sich ausschließlich gegen dieses richten. Das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Regierung wird — so kann argumentiert werden — maßgeblich durch die Kompetenzen, welche die Bevölkerung dieser zuschreibt, hervorgerufen.

Genau hierbei kommt der epistemologischen Präpotenz wissenschaftlicher Individuen und Institutionen eine ausschlaggebende Rolle zu. Wie zuvor begründet, kann der wissenschaftliche Prozess der Erkenntnisgewinnung als der epistemologisch komplexeste und gleichzeitig am stärksten kontrollierte angesehen werden. Im Rahmen der deliberativen Demokratie Konzeption kann dem daraus resultierenden Wissen demnach ein besonders hoher Stellenwert beigemessen werden. Dies räumt durch einen kognitiven Transmissionsprozess anerkannten Persönlichkeiten und Institutionen innerhalb von diesem eine Domäne spezifische epistemologische Autorität ein. Diese Art der Autoritätsbeziehung entsteht also aufgrund des bereits bestehenden Wissens und dem Verständnis für die Qualität von diesem in einem speziellen Bereich. Dadurch werden Kompetenzerwartungen erzeugt, die es möglich machen Aussagen anzuerkennen, ohne diese hinterfragen zu müssen.

Im Falle der Krisenpolitik kann also argumentiert werden, dass die Wahrnehmung von Expertenwissen durch einen weiteren Transmissionsprozess auch auf politische Akteure übertragen werden kann. Dies bedeutet für Regierungen, dass sie die Unterstützung durch wissenschaftliche Persönlichkeiten und Institutionen nutzen können, um auch augenscheinlich autoritär und undemokratisch getroffene Entscheidungen legitimieren zu

können. Dabei darf es jedoch zu keiner breit wahrgenommenen Verflechtung von Politik und Wissenschaft kommen, da dies die Autorität letzterer unterminieren würde. Diese nimmt also eine beratende Autorität ein, die aber nicht mit politischer Entscheidungsmacht gekoppelt werden darf. Dies würde sowohl die demokratische Natur der Beschlussfassungen und demzufolge auch der Maßnahmen zerstören, aber ebenso auch Gegenreaktionen provozieren. Epistemologische Autorität verliert ihre allgemeine Gültigkeit, sobald sie vom Gegenüber als politisch gefärbt wahrgenommen wird. Aus dem gleichen Grund dürfen auch die Krisenereignisse selbst nicht durch Framing ideologisch aufgeladen werden, da dies im Falle einer weitläufigen Durchdringung der Gesellschaft dazu führen kann, dass auch objektiv gesehen neutrale Forschung, Personen und Institutionen als ideologisch geprägt oder sogar motiviert angesehen werden können. Zu beobachten lässt sich dies unter anderem mit Blick auf die Debatten zum Klimawandel. Dies erodiert die Grundlage der deliberativ-demokratischen Autoritätsanerkennung, da nun nicht die epistemologische Qualität von Wissen entscheidet, sondern die unterstellte Absicht der Veröffentlichung von diesem. Der Optimalfall der Autoritätsanerkennung durch die Bevölkerung wird in Abbildung 1 dargestellt.

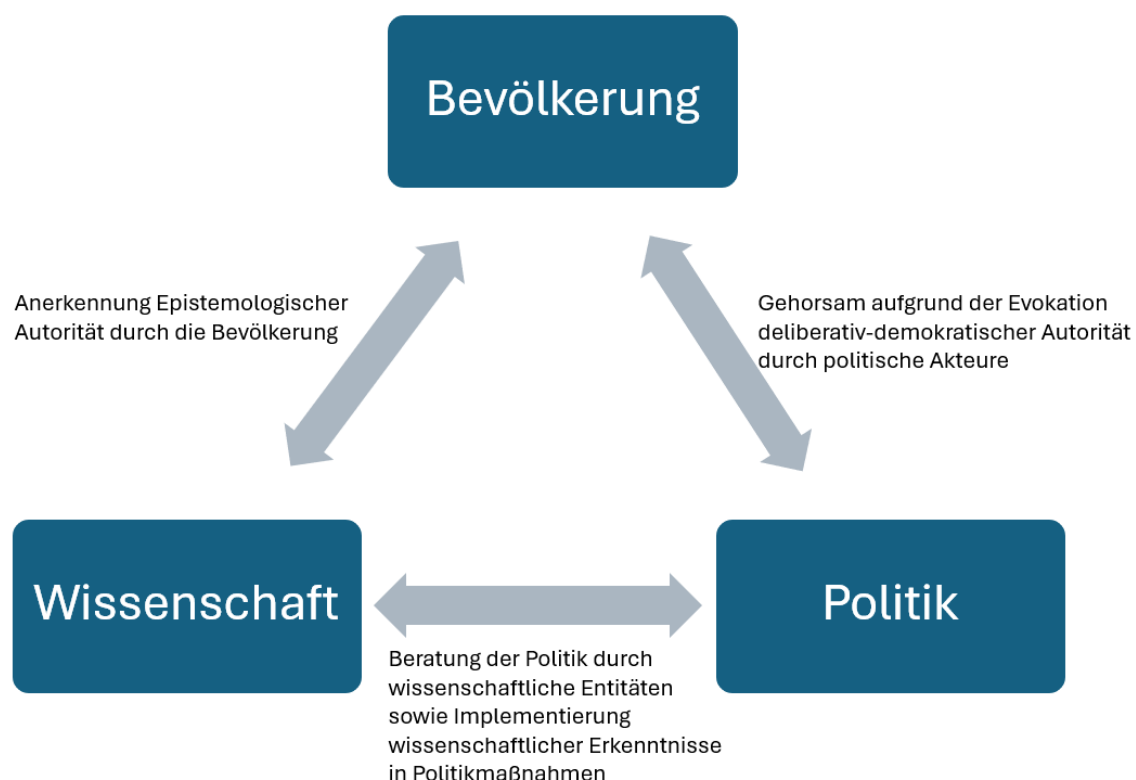


Abbildung 1: Modell der deliberativ-demokratisch erzeugter Autorität. Eigene Darstellung.

Es obliegt also der demokratisch gewählten Regierung zu entscheiden, ob und wie diese die Empfehlungen und die Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschungsarbeit in politische Maßnahmen umsetzt. Diese befindet sich dabei jedoch im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Beratung und politischer Realität. Nicht alle Empfehlungen können auch umgesetzt werden, es muss demokratischen Regierungen also immer auch eine gewisse Toleranz bei der Vorgehensweise in der Implementierung und Ausgestaltung zugestanden werden. Für die epistemologische Autorität schädlich ist in diesem Fall insbesondere die aktive Nichtbefolgung bzw. Widersetzen von Regierungen gegenüber wissenschaftlichen Informationen. Demokratieschädlich handeln diese hingegen besonders dann, wenn Notstandsmaßnahmen über die Empfehlungen und den aktuellen Wissenstand der Forschung bzw. der beratenden Institutionen hinausgehen.<sup>206</sup>

Aus deliberativ demokratischer Perspektive muss jedoch zusätzlich zwischen langanhaltenden und kurzfristigen Krisenreaktionen unterschieden werden. Es kann argumentiert werden, dass Kalamitäten, die einen staatlichen Ausnahmezustand erforderlich machen, praktisch nie kurzfristiger Natur sind (Ausnahmen hiervon wären z.B. Staatstriebe und andere Extremereignisse die in der totalen Auflösung staatlicher Strukturen resultieren). Langfristigere Krisen wie etwa die Corona-Pandemie müssen im Rahmen der deliberativen Demokratie mindestens in zwei Abschnitten unterteilt werden, um eine demokratische Legitimität sicherstellen zu können. So kann hierbei zwischen der Legitimierung von kurzfristigen Reaktionen, wie sie hier bereits beschrieben wurde, und auf der anderen Seite dem langfristigen Umgang mit kriseninduzierten Problemen differenziert werden.

Während es für erstere ausreicht, dass sie ihre Legitimität komplett durch die Autoritätsanerkennung der Bevölkerung in Bezug auf die Kompetenzen der Regierung beziehen, müssen langfristig effektive Deliberationsprozesse unter Einbezug der Allgemeinheit stattfinden. Nur so kann festgestellt werden, welche Prioritäten bei der

---

<sup>206</sup> Ein Beispiel für die Unterminierung wissenschaftlicher Autorität findet sich im Zuge der Corona-Pandemie z.B. in Donald Trump und seiner Negierung der Gefahr, die durch das Virus für die Bevölkerung ausgeht. Ein anderer Extremfall findet sich in China und der einerseits aktiven Unterdrückung wissenschaftlicher Erkenntnisse (Vgl. hierzu z.B. den Fall des chinesischen Augenarztes Li Wenliang, der durch chinesische Behörden zensiert wurde: Wurzel, S. (30.12.2024): Als Li Wenliang vor einer neuen Lungenkrankheit warnte, in deutschlandfunk.de, <https://www.deutschlandfunk.de/30-12-2019-der-arzt-li-wenliang-warnt-vor-neuer-lungenkrankheit-in-china-dlf-d2034610-100.html>), auf der anderen Seite gingen die Maßnahmen der chinesischen Regierung weit über die Bekämpfung der Pandemie hinaus. Vgl. hierfür z.B. Kretschmer, F. (20.6.2022): Aus Schutz wird Überwachung, in taz.de, <https://taz.de/Coronabekaempfung-in-China/!5859331/>.

Eindämmung einer Krise gesetzt werden sollten. Es muss also in der Verantwortung der Bevölkerung bleiben, wie Allgemeinwohl definiert wird. Dies kann im Kontext der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung im Zuge einer Krise als Kreislaufmodell dargestellt werden, siehe dazu Abbildung 2.

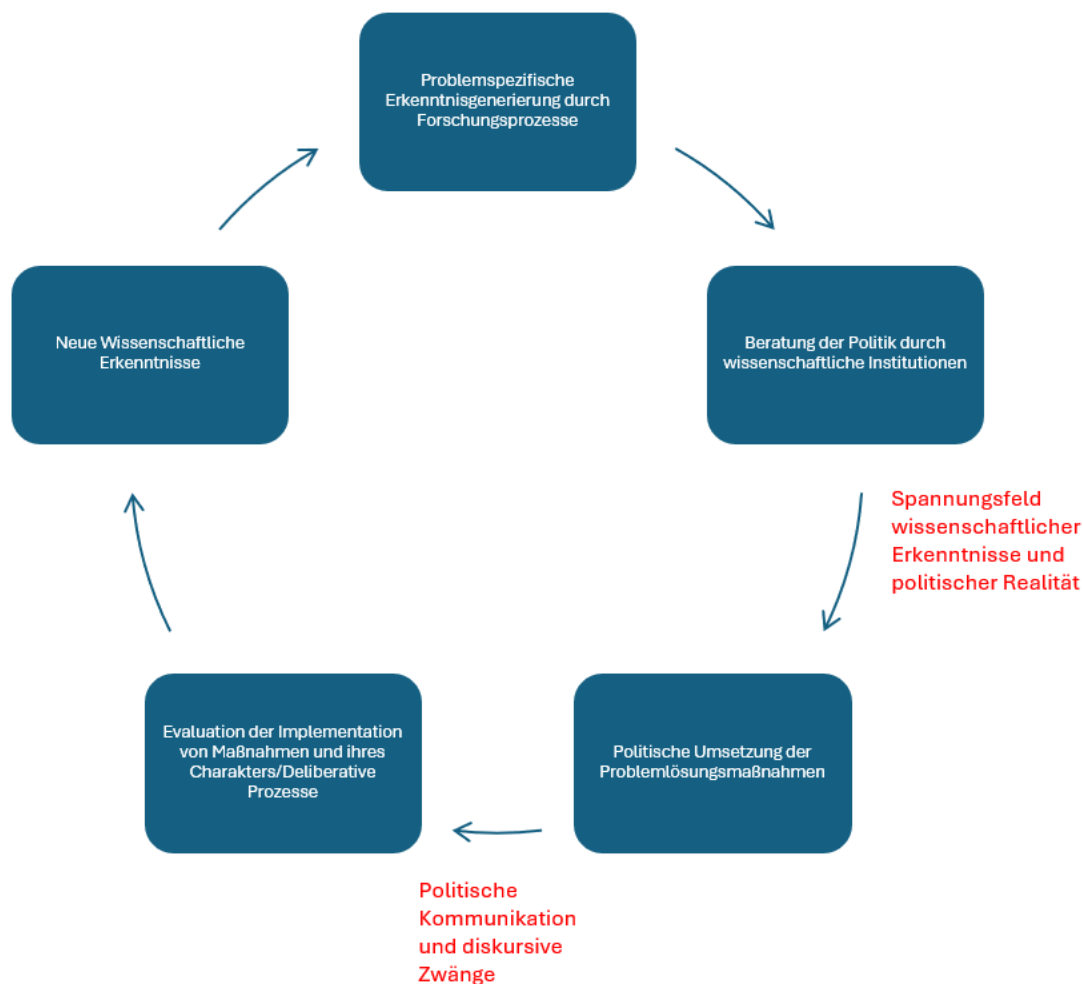


Abbildung 2: Kreislaufmodell der Einbindung wissenschaftlicher Erkenntnisse und öffentlicher Deliberation. Eigene Darstellung.

## 5.4 Anwendbarkeit der deliberativ-demokratischen Autoritätskonzeption

Der hier vorgestellte integrative Ansatz setzt eine Reihe an Grundannahmen voraus, um Gültigkeit zu besitzen. Die wichtigste und gleichzeitig aktuell umkämpfte hierbei ist ein geteiltes Verständnis innerhalb einer Gesellschaft bezüglich der Qualität epistemologischer

Methoden. Während es eben nicht zwangsläufig von Nöten ist, dass ein breites Verständnis z.B. über die genauen biologischen Funktionsmechanismen eines Virus vorhanden ist, um Maßnahmen gegen dieses zu legitimieren, ist die durch eigenes Verstehen anerkannte epistemologische Präpotenz wissenschaftlicher Erkenntnisse (dies trifft natürlich nur auf bereits als gesicherte Erkenntnisse zu und nicht auf die Ergebnisse vorläufiger Studien etc.) grundlegend um in dieser deliberativen Demokratiekonzeption Legitimität herzustellen. Wie schon Hannah Arendt in ihrer ursprünglichen Autoritätskonzeption, haben wir es auch heute mit dem kontemporären Phänomen des Verlustes dieser zu tun. Jedoch handelt es sich hier nicht um die Erosion traditioneller hierarchischer Gesellschaftsstrukturen und dem Autoritätsverlust bestimmter Entitäten wie der Kirche. Vielmehr ist es die pathologische Anzweiflung an der objektiven Gültigkeit jedweder Tatsache. Die Gründe hierfür sind mannigfach und wurden in einem vorangegangenen Kapitel bereits näher beleuchtet. Es ist diesbezüglich von essenzieller Bedeutung, dass Faktoren wie der ungleiche Zugang zu Bildung und sozioökonomische Disparitäten, wie sie auch einer sozialen Marktwirtschaft inhärent sind, weitestgehend minimiert werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass genügend kognitive Kapazitäten für deliberative Entscheidungs- und Abwägungsprozesse in der Bevölkerung breitflächig vorhanden sind.

Es kann zudem argumentiert werden, dass nicht jede Krise gleichermaßen von wissenschaftlicher Expertise profitiert bzw. wissenschaftliche Beratung als elementar bedeutsam angesehen wird. So wurden unter anderem im Deutschen Herbst 1977 bei staatlichen Reaktionen auf die RAF-Terroranschläge umfassende Überwachungs- und Polizeimaßnahmen erlassen, welche temporär Grundrechte einschränkten.<sup>207</sup> Auch wenn es sich hierbei um einen faktischen, aber keinen formal ausgerufenen Ausnahmezustand handelte, kann dieser als ein Gegenbeispiel angeführt werden. Im Sinne der zuvor aufgestellten deliberativ-demokratischen Autorität würde diese hierbei jedoch nur in sehr begrenztem Umfang greifen, da auch wenn politische Maßnahmen in diesem Fall durch Expertise von Polizei und Geheimdiensten beeinflusst wurden, die Akteure der Sicherheitsdomäne in diesem Fall mehr oder minder direkt an den Entscheidungen die

---

<sup>207</sup> Siehe z.B. das Kontaktsperregesetz, welches sich speziell gegen inhaftierte RAF-Terroristen wendete, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/kontaktsperregesetz-200104>.

Öffentlichkeit betreffend partizipierten. Diese waren hierbei also keine rein beratende Instanz.

Nichtsdestotrotz bedeutet dies, dass sich die idealtypische Vorstellung deliberativ-demokratischer Autorität durch die genannten Entwicklungen aktuell eher entfernt, als dass wir uns in unserer aufgeklärten Gesellschaft dieser annähern würden. Dass die Konzeptionalisierung dennoch von Bedeutung ist, wird nicht nur im Folgenden exemplarisch an der Corona-Pandemie in Deutschland demonstriert. Vielmehr ist es wie das Ideal der gleichberechtigten Machtverteilung in demokratischen Systemen etwas, dass normativ anzustreben ist, auch wenn es zum jetzigen Zeitpunkt nicht vollständig realisiert werden kann.

## 6. Exemplarische Anwendung der integrativen deliberativ-demokratischen Autoritätskonzeption: Die Corona-Pandemie in Deutschland

### 6.1 Die Pandemiebekämpfung in Deutschland aus Perspektive der Autoritarismusforschung

In diesem Kapitel sollen nun die Erkenntnisse aus Autoritarismusforschung gemeinsam mit der deliberativ-demokratischen Autoritätskonzeption auf die Reaktionen insbesondere der Bundesregierungen bezüglich der Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland exemplarisch angewandt werden. Dies bedeutet, dass weder ein Anspruch darauf besteht die Maßnahmen und Kommunikation der Regierung in ihrer Vollständigkeit abzubilden noch, dass die Aussagekraft der empirischen Analyse über die theoretischen Erkenntnisse hinausgeht. Da es vor allem anderen Ziel dieser Arbeit ist, durch das integrative Rahmenwerk von Autoritarismusforschung und deliberativ-demokratischer Autorität eine theoretische Antwort darauf zu finden, wie sich demokratische Regierungen in Krisen wie der Corona-Pandemie verhalten sollten, kann dies hier nicht geleistet werden. Es geht vielmehr darum, aufzuzeigen, ob die Regierung in ihrer Reaktion versucht hat, die oben beschriebene Art von Autoritätsevokationen zu erzeugen, wie sie das getan hat, und ob durch die Perspektive des



integrativen Rahmenwerks an ausgewählten Beispielen etwaige demokratieschädigende Reaktionen identifiziert werden können.

Sieht man sich die Reaktionen der Bundesregierung über den Gesamtverlauf der Pandemie an, fällt im Hinblick auf diese vor allem auf, dass zu keiner Zeit in Ausnahmezustand im verfassungsrechtlichen Sinne ausgerufen wurde. Dies ist jedoch nur auf den ersten Blick verwunderlich, verfügt das Grundgesetz schließlich über keine Regelungen in Bezug auf die Eindämmung übertragbarer Krankheiten. Stattdessen stützte sich das Vorgehen der Regierung und der Länder auf bestehende rechtliche Grundlagen, insbesondere das Infektionsschutzgesetz. Dieses wurde mehrfach geändert, um die notwendigen Maßnahmen zu ermöglichen.<sup>208</sup> Bereits 2001 eingeführt, regelt dieses den Schutz vor Infektionskrankheiten und gibt den Behörden weitreichende Befugnisse, um die Ausbreitung dieser zu verhindern. Während der Pandemie wurde es u.a. genutzt um Maßnahmen wie Quarantäneanordnungen, Veranstaltungsverbote und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durchzusetzen. Es wurde zusätzlich nach §5 des Infektionsschutzgesetzes durch die Zustimmung des Bundestags eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ festgestellt. Durch diese waren weitreichende Freiheitsbeschränkungen möglich.<sup>209</sup> Durch diese kann der Zeitraum der Corona-Pandemie trotz des Fehlens einer Ausrufung des formalen Ausnahmezustands von einem faktischen gesprochen werden.

Für den Zeitraum der Hochphase des pandemischen Geschehens von März 2020 – Juni 2021, kann auf die Daten des PanDem Indexes zurückgegriffen werden. Dieser zeigt, dass bezüglich potenziell demokratieschädigender Handlungen basierend auf der ursprünglichen Konzeption von Glasius hierdurch keine Verletzungen in Deutschland zu verzeichnen waren. Nach diesem wurden in dem Zeitraum also sowohl die gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen eingehalten, Maßnahmen nicht in diskriminierender oder missbräuchlicher Art und Weise eingesetzt und weder Medien unterdrückt noch durch Desinformationskampagnen die Transparenz beim Vorgehen unterminiert.

In Bezug auf strukturell demokratieschädigende Handlungen, kann also in diesem Zeitraum nicht ausgegangen werden, da es weder zu einer über die Bekämpfung der Pandemie

---

<sup>208</sup> Vgl. hier z.B. die Änderung zur Ermöglichung der 3G-Regeln: die Änderung des Infektionsschutzgesetzes zum 24.11.2021 §28b, <https://www.buzer.de/gesetz/2148/al161869-0.htm>.

<sup>209</sup> Vgl. Kingreen, T. (22.10.2021): Epidemie ohne epidemische Lage, in [verfassungsblog.de](https://verfassungsblog.de), <https://verfassungsblog.de/epidemie-ohne-epidemische-lage/>.

notwendige Machtkonzentration in der Exekutive gab, noch die Maßnahmen außerhalb der Eindämmung eingesetzt wurden, siehe Abbildung 2.

#### PanDem Component Indicators: Germany

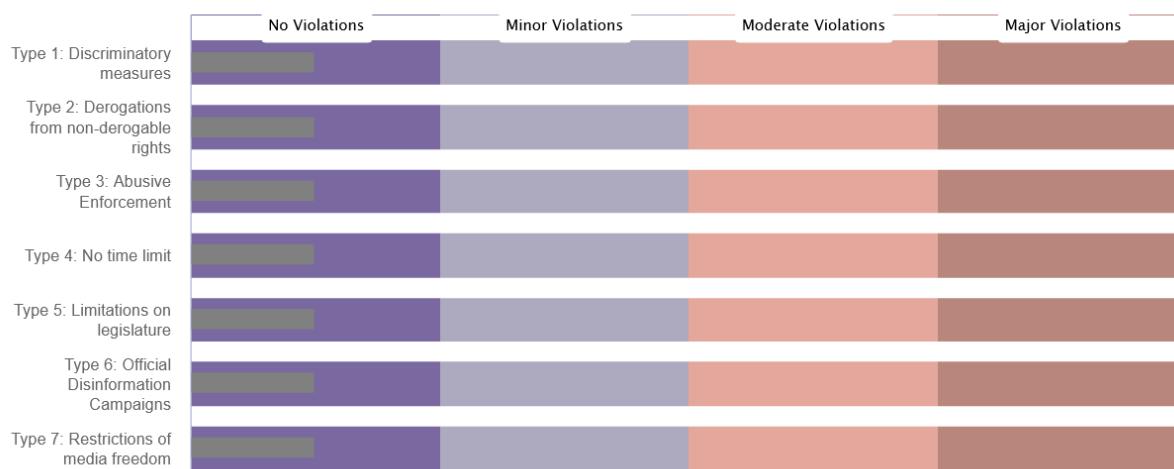


Abbildung 3: Demokratische Normverletzungen in Deutschland im Zuge der Corona-Pandemie zwischen März 2020 und Juni 2021, Quelle: PanDem Index, v-dem.net.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass es nicht auch Maßnahmen gab, welche in Retrospektive nicht zur Eindämmung des Coronavirus geeignet waren. So wurden regional z.B. nächtliche Ausgangssperren verhängt und in einigen Bundesländern Maskenpflichten im Freien eingeführt. Auch Maßnahmen wie die flächendeckende Desinfektion von Oberflächen stellten sich im Nachhinein als ungeeignet heraus.<sup>210</sup> Die Ineffektivität von Maßnahmen ist jedoch bezogen auf die Demokratieschädlichkeit dieser nicht relevant, sofern diese zum Zeitpunkt der Durchführung dem aktuell gültigen Kenntnisstand der Wissenschaft entsprachen und somit in demokratischer Handlungsabsicht getroffen wurden.

Die Bundesregierungen ließen sich im Verlauf der Pandemie nach eigener Aussage von Beginn an durch eine Reihe wechselnder interdisziplinärer Experten beraten.<sup>211</sup> Diese wechselten im sich im zeitlichen Fortschreiten der Pandemie und nach der Bundestagswahl 2021. Zu Beginn spielte insbesondere das Robert Koch-Institut (RKI) eine zentrale Rolle bei der Bewertung der epidemiologischen Lage und bei Empfehlungen für Schutzmaßnahmen unter der Leitung von

<sup>210</sup> Vgl. hierzu: Bulfone, T. C., et al. (2021): Outdoor Transmission of SARS-CoV-2 and Other Respiratory Viruses: A Systematic Review, in *The Journal of Infectious Diseases*, 223, S. 550-561; Goldman, E. (2020): Exaggerated risk of transmission of COVID-19 by fomites, in *The Lancet*, 20, S. 892-893; de Haas, S., et al. (2021): Measuring the effects of COVID-19-related night curfews: Empirical evidence from Germany, in *MAGKS Joint Discussion Paper Series in Economics*, 18-2021.

<sup>211</sup> Vgl. hierzu z.B. die Antwort der Bundesregierung in der Drucksache 19/32484 vom 16.09.2021, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/324/1932484.pdf>.

Lothar H. Wieler.<sup>212</sup> Das RKI ist jedoch keine unabhängige Forschungseinrichtung, sondern gehört zur sog. Ressortforschung, also Forschungsinstituten, die im Dienste des Staates spezifische Aufgaben wahrnehmen. Es ist weisungsgebunden und hat als Auftraggeber das Bundesgesundheitsministerium.<sup>213</sup> Das bedeutet nicht, dass dadurch auch die Forschung sowie die Beratung und die Handlungsempfehlungen des RKI beeinflusst wurden, schmälert jedoch im Sinne der deliberativ-demokratischen Autorität die Wirkungsreichweite dieser, da es sich bei diesem nicht um eine externe, beratende Autorität handelt. In den veröffentlichten Protokollen des RKIs zur Corona-Pandemie wird die Abhängigkeit vom Bundesgesundheitsministeriums aufgrund einer Einmischung auch selbst bekundet. So heißt es im Protokoll des 10.09.2021:

*„Aktuelle Einschätzung der RKI-Leitung ist, dass die Empfehlungen durch das RKI in der Rolle einer Bundesbehörde ausgesprochen werden, und einer ministeriellen Weisung zur Ergänzung dieser Empfehlung nachgekommen werden muss, da das BMG die Fachaufsicht über das RKI hat und sich als Institut nicht auf Freiheit der Wissenschaft berufen kann. Die wissenschaftliche Unabhängigkeit des RKI von der Politik ist insofern eingeschränkt.“<sup>214</sup>*

Dies ist wie zuvor festgestellt dann problematisch, wenn hinter der Beratungstätigkeit eine ideologisch gefärbte Absicht vermutet wird. Es ist jedoch aus rein logistischer Sicht nachvollziehbar, dass das RKI zu Beginn eine dominante Rolle gespielt hat. Zum einen ist die Bekämpfung und Eindämmung übertragbarer Krankheiten eine der Kernaufgaben von diesem, zum anderen war es auch zeitlich gesehen nicht ohne weiteres möglich eine breitgefächerte Expertengruppe zu rekrutieren. Es wurden dennoch auch in der Anfangsphase neben dem RKI auch mehrere unabhängige Experten für die Beratung der Bundesregierung herangezogen. So z.B. mehrere Experten der Virologie und Epidemiologie.<sup>215</sup> Auch der Deutsche Ethikrat, welcher sich mit den ethischen Implikationen von Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen befasste zählt hierzu.<sup>216</sup>

---

<sup>212</sup> Vgl. Bundesgesundheitsministerium: Chronik zum Coronavirus SARS-CoV-2, in [bundesgesundheitsministerium.de](https://www.bundesgesundheitsministerium.de), <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus>.

<sup>213</sup> Bader, N., et al. (09.08.2024): Wie unabhängig ist das RKI?, in [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/corona-aufarbeitung-rki-100.html>.

<sup>214</sup> Robert Koch-Institut: COVID-19-Krisenstabsprotokolle des Robert Koch-Instituts von Mai 2021 bis Juli 2023, S. 437.

<sup>215</sup> Vgl. <https://www.uni-hohenheim.de/expertenliste-corona-krise>.

<sup>216</sup> Vgl. <https://www.ethikrat.org/presse/pressekonferenzen/der-deutsche-ethikrat-zur-corona-krise>.

Im weiteren Verlauf kamen durch die dynamischen Entwicklungen des pandemischen Geschehens und wissenschaftlicher Forschung insbesondere in Bezug auf die Entwicklung eines Impfstoffs weitere wissenschaftliche Entitäten hinzu. Die für die Eindämmungsmaßnahmen relevantesten hierbei sind die Ständige Impfkommission (STIKO), der Wissenschaftliche Expertenrat der Bundesregierung unter Angela Merkel und der Corona-Expertenrat, welcher nach der Bundestagswahl 2021 und dem damit einhergehenden Regierungswechsel von CDU/CSU und SPD hin zu einer von der SPD geführten Koalition mit Grünen und FDP eingesetzt wurde.<sup>217</sup> Zusätzlich zu diesem, wurde mit Karl Lauterbach zudem explizit ein Epidemiologe als Gesundheitsminister durch Bundeskanzler Scholz ernannt.<sup>218</sup> Insbesondere der Corona-Expertenrat kann aufgrund seiner Zusammensetzung aus interdisziplinären externen Wissenschaftlern als epistemologische Autorität angesehen werden. Auch die durch Olaf Scholz dezidierte Anerkennung von diesem spricht hierfür:

*„In Gesundheitsnotlagen muss die Politik weitreichende und schnelle Entscheidungen bei in der Regel begrenztem und sich ständig änderndem Wissensstand treffen. Angesichts dessen kommt der Vorbereitung und Begleitung politischer Entscheidungen durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine große Bedeutung zu. Auf diese Weise können die verschiedenen Aspekte – insbesondere aber auch die Folgen – von Entscheidungen besser beleuchtet und in die Abwägung einbezogen werden. Zugleich sorgen wir damit für mehr Akzeptanz und Transparenz“<sup>219</sup>*

Sowohl der Bundesregierung unter Angela Merkel, wie auch der folgenden unter Olaf Scholz attestieren kann, dass sich beide bei den Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus zu großen Teilen, insbesondere bezüglich der freiheitsbeschränkten Maßnahmen, an die Empfehlungen der wissenschaftlichen Beratung hielten, gab es jedoch auch immer wieder Abweichungen. So unter anderem dem erlaubtem Weihnachtsmarkt- und Silvesterbetrieb 2020, welcher dem vom RKI formulierten Ziel einer „Verhinderung einer erneuten

---

<sup>217</sup> Vgl. <https://www.vdek.com/magazin/ausgaben/2022-01/corona-expertenrat-bundesregierung-wissenschaft.html>; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/corona-expertinnenrat-der-bundesregierung>.

<sup>218</sup> Vgl. Scholz, O. (06.12.2021): Live: Olaf Scholz stellt SPD-Minister vor, in *derspiegel*, youtube.com, <https://www.youtube.com/watch?v=sVjOncupoQ0>.

<sup>219</sup> Scholz, O. (2021), zitiert nach, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/corona-expertinnenrat-der-bundesregierung>.

unkontrollierten und raschen Ausbreitung des Erregers“ zuwiderlief.<sup>220</sup> Hier wurde das Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Realität deutlich, in der politische Entscheidungsträger wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte priorisierten. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die Maßnahmen insgesamt, vor allem den Empfehlungen der einberufenen wissenschaftlichen Beratungsorganen folgten. Dies ist durch die veröffentlichten RKI-Protokolle, wie auch den Stellungnahmen des Corona-Expertenrats zu entnehmen. Durch dieses (wenn auch im Falle der RKI-Protokolle erst auf Druck aus Öffentlichkeit und Politik) transparente Vorgehen zeugt von einer insgesamt demokratischen Handlungsabsicht beider Regierungen in Bezug auf die Corona-Maßnahmen.

Es gab jedoch insbesondere in der rhetorischen Rahmung problematische Aussagen, die zu einer gesellschaftlichen Spaltung und einer im autoritären Sinn, antagonistischen Erzeugung von Gruppen in der Bevölkerung beitrugen. Im Zuge der im Jahr 2021 angelaufenen Impfkampagnen gegen das Coronavirus äußerten Gesundheitsminister Jens Spahn sowie mehrere Ministerpräsidenten der Länder ihren Unmut gegen Teile der Bevölkerung, die sich bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht hatten Impfen lassen. So änderten sie das Framing, welches sich zuvor gegen das Virus selbst richtete und beschrieben die aktuelle Situation als eine „Pandemie der Ungeimpften“.<sup>221</sup> Bereits während der Pressekonferenz, in der Spahn diese Aussage traf, stellte der Leiter des RKI Wieler klar, dass es sich bei der Impfung trotz des Schutzes vor tödlichen und schweren Krankheitsverläufen nicht um eine „Wunderwaffe“ handle. Auch Impfdurchbrüche nahmen weiter zu.<sup>222</sup>

In den Protokollen des RKI kann hierzu nachgeschlagen werden, dass die gewählte Formulierung auch inhaltlich als falsch eingestuft wurde. So steht dort im Protokoll der Sitzung am 05.11.2021: *„In den Medien wird von einer Pandemie der Ungeimpften gesprochen. Aus*

---

<sup>220</sup> Robert Koch-Institut (23.10.2020): Die Pandemie in Deutschland in den nächsten Monaten – Ziele, Schwerpunktthemen und Instrumente für den Infektionsschutz, in rki.de, [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Strategie\\_Ergaenzung\\_Covid.html?](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Strategie_Ergaenzung_Covid.html?)

<sup>221</sup> Siehe hierzu die Äußerungen auf der Pressekonferenz im November: Spahn, J. (03.11.2021): Jens Spahn zur aktuellen Corona-Lage, in BMGeshundheit, youtube.com, <https://www.youtube.com/watch?v=kl8ohntP930>; Auch der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder übernahm dieses Framing: Söder, M., zitiert nach, Der Spiegel (03.11.2021): Söder will strengere Maßnahmen für Ungeimpfte, in spiegel.de, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/markus-soeder-zu-corona-massnahmen-wer-die-freiheit-liebt-sollte-sich-impfen-lassen-a-9c67747a-e605-4477-ae99-b64ea22d474c>.

<sup>222</sup> Vgl. Tagesschau (03.11.2021): „Die Pandemie ist alles andere als vorbei“, in tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-pandemie-viertewelle-101.html>.

*fachlicher Sicht nicht korrekt, Gesamtbevölkerung trägt bei. [...] Sagt Minister bei jeder Pressekonferenz, vermutlich bewusst, kann eher nicht korrigiert werden.“<sup>223</sup>*

Hierbei wurde ebenso auf die insbesondere durch das Auftreten neuer Varianten abnehmende Schutzwirkung der Impfstoffe verwiesen:

*„Man sollte dementsprechend sehr vorsichtig mit der Aussage sein, dass Impfungen vor jeglicher (auch asymptomatischer) Infektion schützen. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur Impfung trifft dies immer weniger zu. Dies gilt umso mehr, weil eine fortlaufende Adaptation des Virus an den Immunselektionsdruck in der Population anzunehmen ist, welche zukünftig ebenfalls die Schutzwirkung der Impfung gegen Infektion herabsetzen könnte.“<sup>224</sup>*

Die Aussagen Spahns widersprachen also nicht nur der wissenschaftlichen Evidenz, die das RKI zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung hatte, sondern richteten sich in ihrer kommunikativen Wirkung antagonistisch gegen einen Teil der Bevölkerung. Hierdurch wurde eine dichotome Aufspaltung willentlich in Kauf genommen, die dazu geeignet war, autoritäre Tendenzen insbesondere in Bezug auf SDO auf beiden Seiten zu verstärken.

Es konnte zudem auch ein prägnanter Fall von politischer Einflussnahme auf die wissenschaftliche Beratung während Pandemie festgestellt werden. Während der Pandemie nahm das RKI regelmäßig Risikobewertungen bezüglich des Virus für die Bevölkerung vor. Diese sollten eigentlich rein auf der Grundlage wissenschaftlicher Evidenz erfolgen. Aus den Protokollen des RKI geht jedoch hervor, dass das Bundesgesundheitsministerium mehrfach direkten Einfluss auf die Einstufung nahm. So geht z.B. aus dem Protokoll des 25.02.2022 hervor, dass die „Reduzierung des Risikos von sehr hoch auf hoch [...] vom BMG abgelehnt“ wurde, der „Text der Risikobewertung ist nicht mehr auf aktuellen Stand“.<sup>225</sup> Auch am 20.04.2022 wird geschrieben, dass: „In Hinblick auf das BMG sollte die Herabstufung aus strategischen Gründen zunächst auf hoch und nicht moderat erfolgen“. Es wurde also aufgrund politischer Überlegungen zumindest in Ausnahmefällen Einfluss auf die Veröffentlichungen des RKI genommen.

---

<sup>223</sup> Robert Koch-Institut: COVID-19-Krisenstabsprotokolle des Robert Koch-Instituts von Mai 2021 bis Juli 2023, S. 580 f.

<sup>224</sup> Ebd. S. 8 f.

<sup>225</sup> Ebd. S. 991.

## 6.2 Die deliberativ-demokratische Autoritätsevokation

Die Corona-Pandemie erreichte Deutschland im Januar 2020 mit der Ersten nachgewiesenermaßen an Covid-19 erkrankten Person.<sup>226</sup> Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht absehbar, welches Ausmaß die Pandemie annehmen würde. Dennoch fanden sich bereits vor Feststellung des ersten Falls hierzulande Mitglieder des RKI zusammen, um über das in China aufgetretene neuartige Coronavirus zu beraten.<sup>227</sup> Auch in der deutschen Politik wurde früh auf das Aufkommen der ersten Fälle reagiert. So mussten im Januar Rückkehrer aus Risikogebieten in Deutschland in Quarantäne, um sicherzustellen, dass eine unentdeckte Ausbreitung des Virus so weit wie möglich verhindert werden konnte.<sup>228</sup> Bereits am 30.01 hielt der damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eine Pressekonferenz ab, bei welcher er noch allein auftrat und insbesondere auf die Quarantänemaßnahmen von Rückkehrern einging.<sup>229</sup> Dies gilt auch noch für die nächsten Auftritte Spahns. Bereits im Februar begann der Bundesgesundheitsminister jedoch, seine Pressekonferenzen im Beisein des RKI-Leiters Lothar Wieler abzuhalten. Auch der nachfolgende Gesundheitsminister Karl Lauterbach setzte dies fort und trat bei den Pressekonferenzen zur Corona-Pandemie gemeinsam mit Wieler vor die Medien. Der Corona-Expertenrat hingegen wurde nicht im gleichen Maße öffentlich involviert, jedoch in seiner Rolle als wissenschaftliches Beratungsgremium immer wieder hervorgehoben. Gleichzeitig wurde hierbei unter anderem von Lauterbach die Distanz von diesen zu politischen Entscheidungen hervorgehoben und somit der Charakter der deliberativen Autorität von diesem hervorgehoben.<sup>230</sup> Die gemeinsamen Auftritte sowohl von den Gesundheitsministern Lauterbach und Spahn, aber ebenso auch Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den wissenschaftlichen Beratern weisen abgesehen von wenigen Ausnahmen wie der oben zitierten „Pandemie der Ungeimpften“ eine extrem hohe Harmonie zwischen den

---

<sup>226</sup> Vgl. Merlot, J. (16.05.2020): Die unglückliche Reise von Patientin null, in [spiegel.de](https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/erster-corona-fall-in-deutschland-die-unglueckliche-reise-von-patientin-0-a-2096d364-dcd8-4ec8-98ca-7a8ca1d63524), <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/erster-corona-fall-in-deutschland-die-unglueckliche-reise-von-patientin-0-a-2096d364-dcd8-4ec8-98ca-7a8ca1d63524>.

<sup>227</sup> Vgl. Robert Koch-Institut: COVID-19-Krisenstabsprotokolle des Robert Koch-Instituts von Januar 2020 bis April 2021, S. 3 ff.

<sup>228</sup> Vgl. hierzu die Chronologie der Coronavirus-Pandemie des Bundesministeriums für Gesundheit: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus.html>.

<sup>229</sup> Siehe hierzu: Spahn, J. (30.01.2020): Spahn zum Coronavirus, in [BMGesundheit, youtube.com](https://www.youtube.com/watch?v=mY1wzBGef2Q), <https://www.youtube.com/watch?v=mY1wzBGef2Q>.

<sup>230</sup> Vgl. z.B. Lauterbach, K. (14.12.2021): Corona-Expertenrat: Statement Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) nach erster Sitzung, in [phoenix, youtube.com](https://www.youtube.com/watch?v=l7WJzHnlQbg), <https://www.youtube.com/watch?v=l7WJzHnlQbg>.

Akteuren auf. Dadurch konnte praktisch durchgängig eine deliberativ-demokratische Autorität aufrechterhalten werden. Für den Erfolg des kognitiven Transmissionsprozesses von epistemologischer Autorität ausgehend von der wissenschaftlichen Beratung hin zur deliberativ-demokratischen Autorität der Regierung war es jedoch ebenso ein entscheidender Aspekt, dass die Regierungsmitglieder zeigen konnten, dass auch sie selbst ein Verständnis von dem ihnen präsentierten Wissen aufwiesen. Die Bedeutung hiervon wird klar, wenn man sich im Kontrast dazu die Pressekonferenzen von Donald Trump und dem damaligen Direktor des „National Institute of Allergy and Infectious Diseases“ Anthony Fauci ansieht. Während die Konstellation auch hier ähnlich strukturiert war, wie die der deutschen Pressekonferenzen, zeigten die Widersprüche von Trump und Fauci immer wieder ein fehlendes Verständnis des US-Präsidenten für das epidemiologische Geschehen und die zur Eindämmung getroffenen Maßnahmen.<sup>231</sup> Eine deliberativ-demokratische Autorität setzt also zumindest die kognitiven Grundvoraussetzungen bei den Regierenden voraus, die wissenschaftliche Beratung nachvollziehen zu können und dies auch öffentlich zu kommunizieren.

Anders als in den USA unter Donald Trump konnte in Deutschland insgesamt von einem dezidierten Handlungswillen gesprochen werden den aktuell gültigen Stand der Wissenschaft auch in politischen Maßnahmen umzusetzen. Auch geht aus den Protokollen zur Corona-Pandemie hervor, dass eine Einflussnahme auf das RKI während der Pandemie nur punktuell und in geringem Maße stattfand. Eine 2022 erschienene Studie, in der Bromme et al. das öffentliche Vertrauen und Wissenschaft vor und während der Pandemie im Zeitraum von September 2019 bis November 2020 untersuchten unterstützen die Aussagekraft der deliberativ-demokratischen Autoritätskonzeption. Nicht nur stieg das Vertrauen in die Wissenschaft allgemein während der Pandemie stark an, sondern die Zunahme war insbesondere bei formal höher gebildeten besonders hoch ausgeprägt.<sup>232</sup> Neben einem Anstieg des Vertrauens in die Wissenschaft stieg dieses ebenfalls in Bezug auf Politiker signifikant an und verblieb trotz eines anschließenden Abfalls auf einem höheren Niveau als vor der Pandemie.<sup>233</sup>

---

<sup>231</sup> Vgl. hierfür z.B. Der Spiegel (19.06.2024): US-Virologe Fauci beschreibt berühmte Trump-Pressekonferenz als „qualvoll“, in [spiegel.de](https://www.spiegel.de/wissenschaft/usa-virologe-anthony-fauci-beschreibt-beruehmte-pressekonferenz-mit-donald-trump-als-qualvoll-a-8dd82ff0-1c3d-4e8f-9c0e-75a8c39802cc), <https://www.spiegel.de/wissenschaft/usa-virologe-anthony-fauci-beschreibt-beruehmte-pressekonferenz-mit-donald-trump-als-qualvoll-a-8dd82ff0-1c3d-4e8f-9c0e-75a8c39802cc>.

<sup>232</sup> Vgl. Bromme, R., et al. (2022): An anchor in troubled times: Trust in science before and within the COVID-19 pandemic, in *PLoS ONE*, 17(2), e0262823, S. 7-9.

<sup>233</sup> Ebd. S. 10.



Die Ergebnisse legen zudem nahe, dass auch die zuvor aufgestellte These im Hinblick auf die Komplexitätsreduktion relevant für die Aufrechterhaltung dieses Vertrauens ist. So legen die Ergebnisse der Studie nahe, dass eine zu stark empfundene Komplexität wissenschaftlicher Informationen das Vertrauen negativ beeinflusst hat.<sup>234</sup>

Nach den Daten des Wissenschaftsbarometers 2024 ist das Vertrauen der Bevölkerung in Wissenschaft und Forschung auch bis zum Ende der Erfassung 2024 anhaltend höher, als dies vor der Corona-Pandemie der Fall war.<sup>235</sup> Von den drei Antwortmöglichkeiten bezüglich der Frage, wieso man Wissenschaftlern vertrauen kann, erfuhr die Antwort, dass Wissenschaftler Experten auf ihrem Feld sind, zudem durchgängig den höchsten Zuspruch. Während sich in den Pandemie Jahren 2020 bis 2023 die Regeln und Standards als zweite Option dieser annähernten, vergrößerte sich der Abstand im Jahr 2024 jedoch wieder.<sup>236</sup>

Sieht man sich die Ergebnisse zur Befragung über die Zustimmung dazu an, ob politische Entscheidungen durch die Wissenschaft beeinflusst werden sollten, zeigt sich zudem, dass neben einer auch vor der Pandemie anhaltend hohen Bejahung, dass Wissenschaftler sich äußern sollten, wenn politische Entscheidungen Forschungsergebnisse nicht berücksichtigen, während der Pandemie auch die Zustimmung zu der Aussage, dass politische Entscheidungen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen sollten, stark anstieg und die vorherige Antwort zu Beginn der Pandemie in Deutschland sogar kurzzeitig übertraf.<sup>237</sup>

Diese Ergebnisse legen nahe, dass die zuvor aufgestellte These, dass in Krisen, deren Ursprung in der breiten Öffentlichkeit insbesondere im Kompetenzbereich der Wissenschaft verortet wird ebenfalls zutrifft.

---

<sup>234</sup> Ebd. S. 16 f.

<sup>235</sup> Vgl. Wissenschaftsbarometer 2024, [https://wissenschaft-im-dialog.de/documents/332/2024\\_Wissenschaftsbarometer\\_Broschuere\\_web.pdf](https://wissenschaft-im-dialog.de/documents/332/2024_Wissenschaftsbarometer_Broschuere_web.pdf).

<sup>236</sup> Vgl. Ebd.

<sup>237</sup> Vgl. Wissenschaftsbarometer 2023, <https://wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/#erhebung-2023>.

## 7. Diskussion und Fazit

Die vorliegende Arbeit hatte zwei Ziele, um demokratisches Handeln während eines Ausnahmezustands besser verstehen zu können: Zum einen wurde eine deliberativ-demokratische Autoritätskonzeption geschaffen, die es erlaubt auch anscheinend autoritär getroffene Maßnahmen während eines Ausnahmezustands zu legitimieren und eine demokratische Fundierung von diesen erklären zu können.

Zum anderen wurde durch die umfangreichen Erkenntnisse aus der Autoritarismusforschung ein Extrakt gebildet, welches zusammen mit der deliberativ-demokratischen Autorität ein integratives Rahmenwerk bildete, um zusätzlich zur Legitimation von Maßnahmen im Ausnahmezustand auch politisches Handeln insgesamt auf potenziell demokratieschädliche Elemente untersuchen zu können.

Angewendet auf die Corona-Pandemie in Deutschland konnte exemplarisch festgestellt werden, dass die theoretischen Annahmen in diesem empirischen Fall aussagekräftige Erklärungen sowohl für die hohe Zustimmung innerhalb der Bevölkerung für restriktive Maßnahmen wie auch die aufkommende gesellschaftliche Spaltung liefern konnten. Dennoch legen auch die Erkenntnisse dieser exemplarischen Anwendung nahe, dass die Regierungen während der Pandemie fast durchgängig einen demokratischen Handlungswillen aufwiesen. Probleme in Zusammenhang mit der Autorität wissenschaftlicher Beratung etwa durch das RKI können daher eher auf teilweise schlechte oder nicht funktionierende Informationskanäle zurückgeführt werden. Dieses Problem sieht rückblickend auch Lothar Wieler als bedeutend an.<sup>238</sup>

Um das Vertrauen in die Erklärungskraft der Konzeption weiter zu steigern, müssen in der weiteren Forschung andere Arten von Krisen untersucht werden, um zu zeigen, welche Variablen noch von Bedeutung sein könnten, und ob sich die Ergebnisse der Corona-Pandemie, welche aufgrund ihrer Länge, ihres Ausmaßes und dem von der breiten Bevölkerung als wissenschaftliches Kompetenzgebiet verorteten Ursprung auch auf andersartige Ausnahmezustände übertragen lassen. In diesem Zusammenhang wurde jedoch

---

<sup>238</sup> Vgl. Tagesschau (22.03.2024): „Dass es so spalterisch wird, hätte ich nicht gedacht“, in tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/interview-wieler-100.html>.

die These aufgestellt, dass eine epistemische Autorität nicht zwangsläufig der Wissenschaft vorbehalten sein muss, sondern diese ebenfalls domänenspezifisch in anderen gesellschaftlich breit anerkannten Bereichen existieren kann.

Die Erkenntnisse dieser Arbeit sind insbesondere aufgrund der zahlreichen Herausforderungen, denen sich Demokratien in der aktuellen Zeit ausgesetzt sehen relevant. Durch die stetig weiter ansteigende Komplexität sowohl von Problemstellungen wie auch den differenzierten Gesellschaften demokratischer Länder, wird Wissen, welches aus epistemologisch anspruchsvolleren Methoden gewonnen wird, zunehmend relevanter, um nuancierte politische Entscheidungen treffen zu können die einem demokratischen Anspruch genügen. Die größte Gefahr hierfür stellt die Postfaktizität dar. Der Verlust einer gemeinsamen und geteilten Informationsbasis durch die Fragmentierung dieser und die Erosion der Bedeutung von gesichertem Wissen für politische Debatten stellt sowohl für eine deliberativ-demokratische Autorität wie auch demokratische Systeme insgesamt eine der wichtigsten Probleme dar.

## 8. Literaturverzeichnis

- Adorno, W. T., et al. (1949): The Authoritarian Personality, in Horkheimer, M., Flowerman, S. H. (Hrsg.), Studies in Prejudice (Studies in Prejudice Series), New York.
- Agamben, G. (2003): State of Exception, University of Chicago Press, Chicago.
- Aho, J. (2020): Revisiting Authoritarianism, in Critical Sociology, 46(3), S. 329-341.
- Altemeyer, B. (1996): The Authoritarian Specter, Harvard University Press.
- Amlinger, C., Nachtwey, O. (2023): Libertär und autoritär. Wie das Ich auf Kosten der Gemeinschaft regiert, in Blätter für deutsche und internationale Politik, 2, S. 107-117.
- Annaka, Susumu, (2021): Political regime, data transparency, and COVID-19 death cases, in SSM- Population Health, 15, 100832.
- Arendt, H. (1956): Authority in the Twentieth Century, in The Review of Politics, 18(4), S. 403-417.
- (1972): Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays, R. Piper & Co. Verlag, München.
- (2016): Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken, Ludz, U. (Hrsg.), Piper Verlag GmbH, München, 4. Auflage.
- (2017): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main.
- Azevedo et al. (2019): Neoliberal Ideology and the Justification of Inequality in Capitalist Societies: Why Social and Economic Dimensions of Ideology Are Intertwined, in Journal of Social Issues, 75(1), S. 49-88.
- Bader, N., et al. (09.08.2024): Wie unabhängig ist das RKI?, in tagesschau.de, [<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/corona-aufarbeitung-rki-100.html>] (abgerufen am 13.01.2025).
- Bradner, E. (23.01.2017): Conway: Trump White House offered 'alternative facts' on crowd size, in cnn.com, [<https://edition.cnn.com/2017/01/22/politics/kellyanne-conway-alternative-facts>] (abgerufen am 13.01.2025).
- Baker, M., Penny, D. (2016): Is there a Reproducibility Crisis? A Nature survey lifts the lid on how researchers view the 'crisis' rocking science and what they think will help, in Nature, 533, S. 452-454.
- Baumgartner, F. R., et al. (2018): Punctuated Equilibrium Theory: Explaining Stability and Change in Public Policymaking, in Weible, C. M., Sabatier, P. A. (Hrsg.), Theories of the Policy Process, 4. Auflage, Routledge, New York.

- Benhabib, S. (1996): *Toward a Deliberative Model of Democratic Legitimacy*, in dies. (Hrsg.), *Democracy and Difference*, Princeton University Press, Princeton.
- Benson, J. D. (2018): *An Epistemic Theory of Deliberative Democracy*. A thesis submitted to The University of Manchester for the degree of Doctor of Philosophy in the Faculty of Humanities.
- Bianchi, G. (2008): *Introducing Deliberative Democracy: A Goal, A Tool, Or Just A Context?*, in *Human Affairs*, 18, S. 100-106.
- Binder, U., Tenorth, H. E. (2021): *Demokratische Öffentlichkeit und der Filterblasen-Effekt — ein Problem für die Politische Bildung?*, in Hubacher, M. S., Waldis, M. (Hrsg.), *Politische Bildung für die digitale Öffentlichkeit. Umgang mit politischer Information und Kommunikation in digitalen Räumen*, Springer VS, Wiesbaden, S. 27-48
- Bíró-Nagy, A. (2017): *Illiberal Democracy in Hungary: The Social Background and Practical Steps of Building an Illiberal State*, in Pol, M. (Hrsg.), *Illiberal Democracies in the EU: The Visegrad Group and the Risk of Disintegration*, Barcelona: Center for International Affairs, S. 31-44.
- Boris, D., Eser, P. (2024): *Der rätselhafte Aufstieg des „Messias“ Milei. Argentinien als Experimentierlabor des libertären Autoritarismus?*, in *PROKLA*, 2, S. 325-350.
- Brennan, J. (2011): *The Right to a Competent Electorate*, in *The Philosophical Quarterly*, 61(245), S. 700-724.
- Bromme, R., et al. (2022): *An anchor in troubled times: Trust in science before and within the COVID-19 pandemic*, in *PLoS ONE*, 17(2), e0262823.
- Bulfone, T. C., et al. (2021): *Outdoor Transmission of SARS-CoV-2 and Other Respiratory Viruses: A Systematic Review*, in *The Journal of Infectious Diseases*, 223, S. 550-561.
- Cassan, G., Steenvoort, M. v. (2021): *Political regime and COVID 19 death rate: Efficient, biasing or simply different autocracies? An econometric analysis*, in *SSM - Population Health*, 16, 100912.
- Charlesworth, T. E. S., Banaji, M. R. (2022): *Patterns of Implicit and Explicit Attitudes: IV. Change and Stability From 2007 to 2020*, in *Psychological Science*, 33(9), S. 1347-1371.
- Choma, B. L., Hanoch, Y. (2017): *Cognitive ability and authoritarianism: Understanding support for Trump and Clinton*, in *Personality and Individual Differences* 106, S. 287-291.
- Conway, L. G. III (2020): *Left-wing authoritarians do not want to believe they are authoritarian (even though they probably are)*, in Conway, L. G. III (Vorsitzender), *Is left-wing authoritarianism real? Evidence on both sides of the debate*. Symposium auf der 21. Jahrestagung der Gesellschaft für Persönlichkeits- und Sozialpsychologen, New Orleans, LA.
- , et al. (2021): *The curious case of left-wing authoritarianism: When authoritarian persons meet anti-authoritarian norms*, in *Journal of Theoretical Social Psychology*, 5, S. 423-442.

—, et al. (2023): Is the myth of left-wing authoritarianism itself a myth?, in *Frontiers in Psychology*, 13:1041391.

Costello, T. H., et al. (2021): Clarifying the Structure and Nature of Left-Wing Authoritarianism, in *Journal of Personality and Social Psychology*, Advance online publication.

Crandall, C. S., et al. (2018): Changing Norms Following the 2016 U.S. Presidential Election: The Trump Effect on Prejudice, in *Social Psychological and Personality Science*, 9(2), S. 186-192.

—, Patrick, C. J. (2023): Development and Initial Validation of Two Brief Measures of Left-Wing Authoritarianism: A Machine Learning Approach, in *Journal of Personality Assessment*, 105(2), S. 187-202.

Dale, D. (26.10.2020): Fact check: Trump continues to falsely claim that spike in coronavirus cases is due to heightened testing, in *cnn.com*, [<https://edition.cnn.com/2020/10/26/politics/fact-check-testing-cases-october/index.html>] (abgerufen am 13.01.2025).

de Haas, S., et al. (2021): Measuring the effects of COVID-19-related night curfews: Empirical evidence from Germany, in *MAGKS Joint Discussion Paper Series in Economics*, 18-2021.

Deibert, R. J. (2019): The Road to Digital Unfreedom: Three Painful Truths About Social Media, in *Journal of Democracy*, 30(1), S. 25-39.

Der Spiegel (03.11.2021): Söder will strengere Maßnahmen für Ungeimpfte, in *spiegel.de*, [<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/markus-soeder-zu-corona-massnahmen-wer-die-freiheit-liebt-sollte-sich-impfen-lassen-a-9c67747a-e605-4477-ae99-b64ea22d474c>] (abgerufen am 13.01.2025).

Der Spiegel (19.06.2024): US-Virologe Fauci beschreibt berühmte Trump-Pressekonferenz als „qualvoll“, in *spiegel.de*, [<https://www.spiegel.de/wissenschaft/usa-virologe-anthony-fauci-beschreibt-beruehmte-pressekonferenz-mit-donald-trump-als-qualvoll-a-8dd82ff0-1c3d-4e8f-9c0e-75a8c39802cc>] (abgerufen am 13.01.2025).

Dittrich, S. (23.06.2020): Indien: Corona als soziales Stigma. Die neuen Unberührbaren, in *deutschlandfunkkultur.de*, [<https://www.deutschlandfunkkultur.de/indien-corona-als-soziales-stigma-die-neuen-unberuehrbaren-100.html>] (abgerufen am 13.01.2025).

Donnelly, D. (2021): An Introduction to the China Social Credit System, [https://www.rbnz.govt.nz/-/media/project/sites/rbnz/files/consultations/future-of-money/future-of-money---central-bank-digital-currency/13178988401\\_anon.pdf](https://www.rbnz.govt.nz/-/media/project/sites/rbnz/files/consultations/future-of-money/future-of-money---central-bank-digital-currency/13178988401_anon.pdf).

Duckitt, J. (1989): Authoritarianism and Group Identification: A New View of an Old Construct, in *Political Psychology*, 10(1), S. 63-84.

— (2001): A dual-process cognitive-motivational theory of ideology and prejudice, in *Advances in Experimental Social Psychology*, 33, S. 41-113.

- , et al. (2010): A Tripartite Approach to Right-Wing Authoritarianism: The Authoritarianism-Conservatism-Traditionalism Model, in *Political Psychology*, 31(5), S.685-715.
- , Sibley, C. G. (2009): A Dual-Process Motivational Model of Ideology, Politics, and Prejudice, in *Psychological Inquiry*, 20(2-3), S. 98-109.
- (2013): Introduction to the special section on authoritarianism in societal context: The role of threat, in *International Journal of Psychology*, 48(1), S. 1-5.
- Edgell, A. B., et al. (2021): Pandemic backsliding: Violations of democratic standards during Covid-19, in *Social Science & Medicine*, 285, 114244.
- Enroth, H. (2023): Crisis of Authority: The Truth of Post-Truth, in *International Journal of Politics, Culture, and Society*, 36, S. 179-195.
- Estlund, D. (2008): *Democratic Authority*, Princeton University Press, Princeton, NJ.
- Fabienne, P. (2016): The Epistemology of Deliberative Democracy (Penultimate version), in Brownlee, K., Coady, D. (Hrsg.), *A Companion to Applied Philosophy*, Blackwell, Oxford, S. 76-88.
- Feldman, S., Stenner, K. (1997): Perceived Threat and Authoritarianism, in *Political Psychology*, 18(4), S. 741-770.
- Foucault, M. (1990): The order of discourse, in Young, R. (Hrsg.): *Untying the text: a post-structuralist reader*, Routledge und Kegan Paul, London.
- Frankenberg, G. (2022): Exploring the Topography of the Authoritarian: Populism, Illiberalism, and Authoritarianism, in *The Journal of Illiberalism Studies*, 2(1), S. 1-15.
- Frimer, J. A., et al. (2014): Political Conservatives' Affinity for Obedience to Authority Is Loyal, Not Blind, in *Personality and Social Psychology Bulletin*, 40(9), S. 1205-1214.
- Gebhardt, M. (2017): Ökonomien der Un/Sichtbarkeit – Spektakel der Souveränität. Zur Figur des Ausnahmezustands im Angesicht des Anderen, in Lemke, M. (Hrsg.), *Ausnahmezustand. Theoriengeschichte — Anwendungen — Perspektiven*, Springer VS, Wiesbaden, S.87-101.
- Giesinger, J. (2021): Education as the Remedy: The Justification of Democracy and the Epistocratic Challenge, in Culp, J., et al. (Hrsg.), *Liberal democratic education: A paradigm in crisis*, Brill/Mentis, Münster, S. 67-81.
- Glasius, M. (2018): What authoritarianism is ... and is not: a practice perspective, in *International Affairs*, 94(3), S. 515-533.
- Glasze, G., Mattissek, A. (2009): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe, in dies. (Hrsg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, S. 153-179.
- Goldman, E. (2020): Exaggerated risk of transmission of COVID-19 by fomites, in *The Lancet*, 20, S. 892-893.

- Günther, K. (2022): Selbstbehauptung ohne Selbstbestimmung. Neue ideologische Attraktivität des Autoritären aus alten Konzepten, in, in Frankenberg, G., Heitmeyer, W. (Hrsg.), Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 161-195.
- Ha, H., et al. (2024): Authoritarian and democratic states: the COVID-19 pandemic and the efficacy of public health outcomes, in Journal of Public Policy, S. 767-784.
- Habermas, J. (1985): Der philosophische Diskurs der Moderne: Zwölf Vorlesungen, Surkamp Verlag, Frankfurt.
- Heinz, J. (2024): Libertärer Autoritarismus in Österreich – eine empirische Annäherung, in Eder, A., Prandner, D., Aschauer, W. (Hrsg.), Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft. Ergebnisse der Längsschnittstudie „Werte in der Krise 2020-2022“, Nomos, Baden-Baden, S. 353-392.
- Enyedi, Z. (2024): Concept and Varieties of illiberalism, in Politics and Governance, 12, Artikel 8521.
- Haugaard, M. (2018): What is authority?, in Journal of Classical Sociology, 18(2), S. 104-132.
- Interdisziplinäre Kommission für Pandemieforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) (2022): Wissenschaften in der Coronavirus-Pandemie. Erkenntnisse, Wissens- und Handlungslücken sowie Schlussfolgerungen für die Vorbereitung auf künftige Pandemien.
- Jörke, D. (2022): Liberale Demokratietheorie in der Krise, in Neue Politische Literatur, 67, S. 249-266.
- Kemmesies, U., et al. (2022): MOTRA-Monitor 2021, MOTRA, Wiesbaden; MDR Investigativ: Podcast-Transkript: Rechtsextreme und Querdenker – Wer steckt hinter der Partei „Freie Sachsen“?, in mdr.de, [<https://www.mdr.de/nachrichten/podcast/mdr-investigativ/podcast-investigativ-partei-freie-sachsen-rechtsextreme-querdenken100.html>] (abgerufen am 13.01.2025).
- Kingreen, T. (22.10.2021): Epidemie ohne epidemische Lage, in verfassungsblog.de, [<https://verfassungsblog.de/epidemie-ohne-epidemische-lage/>] (abgerufen am 13.01.2025).
- Kirby, P. und Thorpe, N. (13.02.2024): Who is Viktor Orban, Hungarian PM with 14-year grip on power?, in bbc.com, [<https://www.bbc.com/news/world-europe-67832416>] (abgerufen am 13.01.2025).
- Klebba, L. J., Winter, S. (2024): A matter of trust? Analyzing the relationship between attitudes toward COVID-19 countermeasures and right-wing ideology in Germany, in Analyses of Social Issues and Public Policy, S. 1-19.
- Knape, J. (1998): Zwangloser Zwang. Der Persuasions-Prozeß als Grundlage sozialer Bindung, in Ueding, G., Vogel, T. (Hrsg.), Von der Kunst der Rede und Beredsamkeit, Attempto Verlag, Tübingen, S. 54-69.



- Kretschmer, F. (20.6.2022): Aus Schutz wird Überwachung, in taz.de, [<https://taz.de/Coronabekaempfung-in-China/!5859331/>] (abgerufen am 13.01.2025).
- Laclau, E., Mouffe, C. (1985): Hegemony & socialist strategy: towards a radical democratic politics, Verso, London.
- Laishram, C., Kumar, P. (2021): Democracies or Authoritarians? Regime Differences in the Efficacy of Handling Covid-19 in 158 Countries, in Indian Journal of Public Administration, 67(3), S. 470-483.
- Laruelle, M. (2024): Introduction: Illiberalism Studies as a Field, in ebd. (Hrsg.), the Oxford Handbook of Illiberalism, Oxford Academic (Online Edition, 20.11.2023).
- Leggewie, C. (1987): Kulturelle Hegemonie – Gramsci und die Folgen, in Leviathan, 15(2), S. 285-304.
- Lehmann, P., Zehnter, L. (2022): The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic, in Government and Opposition: An International Journal of Comparative Politics, S. 1-19.
- Lemke, M. (2017): Was heißt Ausnahmezustand?, in ders. (Hrsg.), Ausnahmezustand. Theoriengeschichte — Anwendungen — Perspektiven, Springer VS, Wiesbaden, S. 1-12.
- Levitsky, S., Ziblatt, D. (2019): Wie Demokratien Sterben. Und was wir dagegen tun können, übers. V. Klaus-Dieter Schmidt, Pantheon, München (engl. 2018).
- Lührmann, A., et al. (2018): Regimes of the World (RoW): Opening New Avenues for the Comparative Study of Political Regimes, in Politics and Governance, 6(1), S. 60-77.
- Martin, J. L. (2001): The Authoritarian Personality, 50 Years Later: What Lessons Are There for Political Psychology?, in Political Psychology 22(1), S. 1-26.
- Merlot, J. (16.05.2020): Die unglückliche Reise von Patientin null, in spiegel.de, [<https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/erster-corona-fall-in-deutschland-die-unglueckliche-reise-von-patientin-0-a-2096d364-dcd8-4ec8-98ca-7a8ca1d63524>] (abgerufen am 13.01.2025).
- Mouffe, C. (1999): Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism?, in Social Research, 66(3), S. 745-758.
- Musch-Borowska, B. (13.04.2020): Corona-Epidemie in Indien. Industrie soll teils wieder hochfahren, in tagesschau.de, [<https://www.tagesschau.de/ausland/corona-indien-industrie-101.html>] (abgerufen am 13.01.2025).
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, acatech — Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (2021): Digitalisierung und Demokratie, Halle (Saale), [[https://www.leopoldina.org/uploads/tx\\_leopublication/2021\\_Stellungnahme\\_Digitalisierung\\_und\\_Demokratie\\_web\\_01.pdf](https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2021_Stellungnahme_Digitalisierung_und_Demokratie_web_01.pdf)] (abgerufen am 13.01.2025).

Nilsson, A., Jost, J. T. (2020): The authoritarian-conservatism nexus, in *Current Opinion in Behavioral Sciences*, 34, S. 148-154.

Osborne, D., et al. (2023): The psychological causes and societal consequences of authoritarianism, in *Nature Reviews Psychology*, 2, S. 220-232.

Pfahl-Traugber, A. (1998): „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Leske + Budrich, Opladen.

Proch, J., et al. (2019): Liberalism and Conservatism, for a Change! Rethinking the Association Between Political orientation and Relation to Societal Change, in *Political Psychology*, 40(4), S. 877-903.

Ringen, S. (2011): It's about authority, stupid! Having power is not enough to get things done, in *WZB-Mitteilungen*, 133, S. 7-9.

Ruisch, B. C., Ferguson, M.J. (2022): Changes in Americans' prejudices during the presidency of Donald Trump, in *Nature Human Behaviour*, 6, S. 656-665.

Rummens, S. (2009): Democracy as a non-hegemonic struggle: disambiguating Chantal Mouffe's agonistic model of politics, in *Constellations*, 16(3), S. 377-391.

Russo, S., et al. (2020): Actual Threat, Perceived Threat, and Authoritarianism: An Experimental Study, in *The Spanish Journal of Psychology*, 23(3), S. 1-7.

Schäfer, A., et al. (2016): Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013, in Schoen, H., Weßels, B. (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*, Springer VS, Wiesbaden, S. 21-44.

Schindler, S. (2020): The task of critique in times of post-truth politics, in *Review of International Studies*, 46(3), S. 376-394.

Schmitt, C. (2004): *Politische Theologie: vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, 8. Auflage, Berlin.

Schnelle C., et al. (2021): Authoritarianism Beyond Disposition: A Literature Review of Research on Contextual Antecedents", in *Frontiers of Psychology* 12:676093.

Schulze Wessel, J. (2006): Über Autorität, in Vorländer, H. (Hrsg.), *Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit*, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 57-65.

Schwäbe, C.: Jan-Werner Müller: Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie? Berlin: Suhrkamp (2021), in Friedrich-Ebert-Stiftung, fes.de, [<https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/buch-essenz/jan-werner-mueller-2021-freiheit-gleichheit-ungewissheit-wie-schafft-man-demokratie>] (abgerufen am 13.01.2025).

Schwartz, J. (2012): Compensating for the 'Authoritarian Advantage' in Crisis Response: A Comparative Case Study of SARS Pandemic Responses in China and Taiwan, in *Journal of Chinese Political Science*, 17, S. 313-331.

Sidanius, J., et al. (2004): Social Dominance Theory: Its Agenda and Method, in *Political Psychology*, 25(6), Symposium: Social Dominance and Intergroup Relations, S. 845-880.

Sidanius, J., Pratto, F., Mitchell, M. (1994): In-group identification, social dominance orientation, and differential intergroup social allocation, in *Journal of Social Psychology*, 134, S. 151-167.

Silva da, et al. (2023): National governance and excess mortality due to COVID-19 in 213 countries: a retrospective analysis and perspectives on future pandemics, in *Globalization and Health*, 19(80).

Simmerl G. (14.12.2022): Selbstgewisse Kritik: Literaturessay zu „Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus“ von Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey, in *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*.

Sinkkonen, E. (2021): Dynamic dictators: improving the research agenda on autocratization and authoritarian resilience, in *DEMOCRATIZATION*, 28(6), S. 1172-1190.

Sismondo, S. (2017): Post-Truth?, in *Social Studies of Science*, 47(1), S. 3-6.

Stenner, K. (2009): Three Kinds of "Conservatism", in *Psychological Inquiry*, 20(2-3), S. 142-159.

Stone, W. F. (1980): The myth of left-wing authoritarianism, in *Political Psychology*, 2, S. 3-19.

Straßenberger, G. (2013): Autorität: Herrschaft ohne Zwang — Anerkennung ohne Deliberation, in *Berliner Journal für Soziologie*, 23, S. 493-509.

Straßenberger, G. (2014): Autorität in der Demokratie. Zur republikanischen Rezeption des römischen auctoritas-Konzepts bei Hannah Arendt, in *Zeitschrift für Politische Theorie*, 5(1), S. 67-82.

Tagesschau (03.11.2021): „Die Pandemie ist alles andere als vorbei“, in [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-pandemie-viertewelle-101.html), [https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-pandemie-viertewelle-101.html] (abgerufen am 13.01.2025).

— (22.03.2024): „Dass es so spalterisch wird, hätte ich nicht gedacht“, in [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/interview-wieler-100.html), [https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/interview-wieler-100.html] (abgerufen am 13.01.2025).

van Dyk, S. (2022): Post-Truth, the Future of Democracy and the Public Sphere, in *Theory, Culture & Society*, 39(4), S. 37-50.

van Klink, B. M. J., Lembcke, O. W. L. (2011): Zwischen ‚Ausnahmezustand‘ und ‚Autoimmunisierung‘. Antiterror-Politik im Licht dezisionistischer, deliberativer und

dekonstruktivistischer Politiktheorien, in Möllers, M. H. W., van Ooyen, R. C. (Hrsg.), *Neue Sicherheit 1: Theorie der Sicherheit*, Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 95-117.

Waller, J. G. (2024): *Illiberalism and Authoritarianism Preprint*, in Laruelle, M. (Hrsg.), *the Oxford Handbook of Illiberalism*, Oxford Academic (Online Edition, 20.11.2023).

Warren, M. E. (1996): *Deliberative Democracy and Authority*, in *American Political Science Review*, 90(1), S. 46-60.

Weigel, M. (2021): *The Authoritarian Personality 2.0*, in *Polity*, 54(1), S. 146-180.

Wurzel, S. (30.12.2024): *Als Li Wenliang vor einer neuen Lungenkrankheit warnte*, in *deutschlandfunk.de*, <https://www.deutschlandfunk.de/30-12-2019-der-arzt-li-wenliang-warnt-vor-neuer-lungenkrankheit-in-china-dlf-d2034610-100.html>.

Xu, X., et al. (2022): *Information Control and Public Support for Social Credit Systems in China*, in *The Journal of Politics*, 84(4), S. 2230-2245.

Yu, V. (20.12.2022): *China changes definition of Covid deaths as cases surge*, in *theguardian.com*,

[\[https://web.archive.org/web/20221222175121/https://www.theguardian.com/world/2022/dec/21/china-covid-infection-surge-puts-end-of-global-emergency-in-doubt-who\]](https://web.archive.org/web/20221222175121/https://www.theguardian.com/world/2022/dec/21/china-covid-infection-surge-puts-end-of-global-emergency-in-doubt-who)

(abgerufen am 13.01.2025).

Zürn, M. (2011): *Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert*, in *Politische Vierteljahresschrift*, 52(4), S. 603-635.

Zürn, M. (2022): *Autoritäre Herrschaftsformen im 21. Jahrhundert*, in Frankenberg, G., Heitmeyer, W. (Hrsg.), *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 89-116.

## 9. Quellenverzeichnis

Bundesministerium der Justiz: *Änderung § 28a IfSG vom 24.11.2021*, o. D., abrufbar unter: [<https://www.buzer.de/gesetz/2148/al161869-0.htm>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Bundesministerium für Gesundheit: *Chronik zum Coronavirus SARS-CoV-2*, o. D., abrufbar unter: [<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Bundesregierung: *Corona-Expertinnenrat der Bundesregierung*, o. D., abrufbar unter: [<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/corona-expertinnenrat-der-bundesregierung>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Deutscher Bundestag: (Drucksache 19/32484), 16. September 2021, abrufbar unter: [<https://dserver.bundestag.de/btd/19/324/1932484.pdf>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Deutscher Bundestag: *Kontaktsperregesetz – Überblick und Archiv*, o. D., abrufbar unter: [<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/kontaktsperregesetz-200104>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Deutscher Ethikrat: *Der Deutsche Ethikrat zur Corona-Krise*, o. D., abrufbar unter: [<https://www.ethikrat.org/presse/pressekonferenzen/der-deutsche-ethikrat-zur-corona-krise>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Lauterbach, K.: *Corona-Expertenrat: Statement Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) nach erster Sitzung* [Video], 14. Dezember 2021, auf YouTube, abrufbar unter: [<https://www.youtube.com/watch?v=l7WJzHnIQbg>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Merkel, A.: „Wir werden Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“, Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho, 1. September 2011, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, abrufbar unter: [<https://www.blaetter.de/dokumente/wir-werden-wege-finden-die-parlamentarische-mitbestimmung-so-zu-gestalten-dass-sie-trotzdem-auch>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Orbán, V.: *Prime Minister Viktor Orbán's Speech at the 25th Bálványos Summer Free University and Student Camp*, 26. Juli 2014, abrufbar unter: [<https://2015-2019.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Robert Koch-Institut: *Die Pandemie in Deutschland in den nächsten Monaten – Ziele, Schwerpunktthemen und Instrumente für den Infektionsschutz*, 23. Oktober 2020, abrufbar unter: [[https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Strategie\\_Ergaenzung\\_Covid.html](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Strategie_Ergaenzung_Covid.html)] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Robert Koch-Institut: *COVID-19-Krisenstabsprotokolle des Robert Koch-Instituts von Januar 2020 bis April 2021*, o. D., abrufbar unter: [<https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/C/COVID-19-Pandemie/COVID-19-Krisenstabsprotokolle.html>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Robert Koch-Institut: *COVID-19-Krisenstabsprotokolle des Robert Koch-Instituts von Mai 2021 bis Juli 2023*, o. D., abrufbar unter: [<https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/C/COVID-19-Pandemie/COVID-19-Krisenstabsprotokolle.html>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Scholz, O.: *Live: Olaf Scholz stellt SPD-Minister vor* [Video], 6. Dezember 2021, auf YouTube, abrufbar unter: [<https://www.youtube.com/watch?v=sVjOncupoQ0>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

—: „Corona-Expertinnenrat: Erklärung der Bundesregierung zu den Empfehlungen des Expertengremiums“, in: *Bundeskanzleramt*, 2021, abrufbar unter: [<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/corona-expertinnenrat-der-bundesregierung>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Spahn, J.: *Jens Spahn zur aktuellen Corona-Lage* [Video], 3. November 2021, auf YouTube, abrufbar unter: [<https://www.youtube.com/watch?v=kl8ohntP930>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

—: *Spahn zum Coronavirus* [Video], 30. Januar 2020, auf YouTube, abrufbar unter: [<https://www.youtube.com/watch?v=mY1wzBGef2Q>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Universität Hohenheim: *Expertenliste zur Corona-Krise*, o. D., abrufbar unter: [<https://www.uni-hohenheim.de/expertenliste-corona-krise>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek): *Corona-Expertenrat der Bundesregierung: Wissenschaft im Krisenmodus*, Januar 2022, abrufbar unter: [<https://www.vdek.com/magazin/ausgaben/2022-01/corona-expertenrat-bundesregierung-wissenschaft.html>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

V-Dem Institute: *Pandemic Democratic Violations*, o. D., abrufbar unter: [<https://www.v-dem.net/pandem.html>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

V-Dem Institute: *Country Graph*, o. D., abrufbar unter: [[https://v-dem.net/data\\_analysis/CountryGraph/](https://v-dem.net/data_analysis/CountryGraph/)] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Wissenschaft im Dialog: *Wissenschaftsbarometer 2024*, o. D., abrufbar unter: [[https://wissenschaft-im-dialog.de/documents/332/2024\\_Wissenschaftsbarometer\\_Broschuere\\_web.pdf](https://wissenschaft-im-dialog.de/documents/332/2024_Wissenschaftsbarometer_Broschuere_web.pdf)] (abgerufen am 13. Januar 2025).

Wissenschaft im Dialog: *Wissenschaftsbarometer 2023*, o. D., abrufbar unter: [<https://wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/#erhebung-2023>] (abgerufen am 13. Januar 2025).

## 10. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Modell der deliberativ-demokratisch erzeugter Autorität. Eigene Darstellung, S. 73

Abbildung 2: Kreislaufmodell regierungspolitischer Einbindung wissenschaftlicher Erkenntnisse und öffentlicher Deliberation. Eigene Darstellung, S. 74

Abbildung 3: Demokratische Normverletzungen in Deutschland im Zuge der Corona-Pandemie zwischen März 2020 und Juni 2021, Quelle: PanDem Index, v-dem.net, [<https://www.v-dem.net/pandem.html>] (abgerufen am 13. Januar 2025), S. 79